

THEORIE UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Radikale Aufklärung als Archetyp der Moderne?

Israel, Jonathan I./Mulsow, Martin (Hrsg.): Radikalaufklärung, 277 S., Suhrkamp, Berlin 2014.

Die Epoche der Aufklärung ist jenseits der philosophiegeschichtlichen Spezialforschung ein vernachlässigtes Gebiet. Sowohl in der öffentlichen Debatte, wo sie als islamkritisches Schlagwort erhalten muss, als auch der aktuellen politischen Theorie, wo die immergleichen Philosophen als Probestein der eigenen Position gelesen werden, spielt die Philosophie der Aufklärung heute noch eine Rolle. Mehr noch: Die postmoderne oder kulturkritische Aufklärungskritik kann es sich leisten, ihren Spott ohne profunde Kenntnisse dessen, was sie ablehnt, vorzutragen.

Gegen diese Verachtung schreibt seit Jahren der britische Historiker Jonathan I. Israel an. Er insistiert nicht nur auf dem emanzipativen Charakter der Aufklärungsphilosophie, er differenziert auch die jeweiligen Philosophen danach, inwieweit sie den herrschaftskritischen Kern der Aufklärung zu Ende gedacht haben. Galt für die Gemäßigten die nach der Glorreichen Revolution erreichte Ordnung als Ideal, die durch kluge Reformpolitik des aufgeklärten Monarchen gewonnen werden sollte, waren die Radikalen schon aufgrund ihres Atheismus zu solchen Konzessionen kaum bereit. Indem die radikalen Aufklärer als Pioniere der Moderne einen philosophischen Monismus vertraten, mussten sie nicht nur eine atheistische, sondern auch eine demokratische Position einnehmen. Helden dieser Erzählung sind Baruch de Spinoza und der Spinozismus sowie die holländische Aufklärung insgesamt. Israels philosophiegeschichtliche Darstellung verschiebt sich von den Starautoren der Aufklärung zu den klandestin schreibenden Außenseiterphilosophen. Bei aller Sympathie für eine Ideengeschichte der „schrägen Vögel“ (Caspar Hirschi) hat die Rezeption von Israels Büchern zwei Probleme aufgeworfen: Trifft seine so verallgemeinerte philosophiegeschichtliche Interpretation im Einzelfall, etwa auf Spinoza, überhaupt zu? Und behindert nicht der starke Normativismus in der Argumentation die eigene ideengeschichtliche Arbeit?

In dem als erweiterte Einleitung zu lesenden Beitrag beschreibt Margaret C. Jacob, wie „die

Krise des europäischen Geistes“ (Paul Hazard) im 17. Jahrhundert den Boden für eine radikale Aufklärung bereitete, weil der in England erreichte politische Kompromiss aus Sicht der Radikalen weder den Idealen der Aufklärung entsprach, noch auf die kontinentaleuropäischen Staaten übertragen werden konnte. Auch der Beitrag von Antony McKenna liegt dicht an den Thesen Israels. Er stellt den radikalen religionskritischen Ansatz der französischen klandestinen Literatur vor, die jeden Zusammenhang von Moral und Religion zu zerstören, um auf der sozialen und politischen Aushandlung von moralischen Werten zu insistieren. Vorsichtiger ist Gianni Paganini, der einen der einflussreichsten Texte der klandestinen Literatur, den „Theophrastus rivivus“, als Wegweiser eines radikalen und scharf religionskritischen Libertinismus präsentiert: Zwar vertrete dessen Autor einen radikalen Individualismus, aber wie für jeden Libertin bedeute dies kein explizites Plädoyer für Revolution und Demokratie. Dass das mit der Aufklärung geknüpfte Freiheitspathos durchaus ambivalent ist, betont auch Silvia Berti. Sie zeigt, dass die Religionskritik Spinozas von der klandestinen Literatur zwar als Waffe gegen die Offenbarungsreligion aufgegriffen wurde, die Radikalität seines Materialismus dabei aber zugunsten einer reinen, sozinianischen Religiosität unter den Tisch fallen musste. Auch Wiep von Bunge zeigt am Beispiel der holländischen Rezeption Spinozas, dass man in ihm zwar einen Kritiker der Offenbarungsreligion, aber eben keinen Streiter für eine atheistische Position sah.

Solche Details verweisen auf methodische Probleme Israels, wie sie insbesondere von Winfried Schröder und Martin Mulsow diskutiert werden. So ließe sich nicht nur an einer konsistenten inhaltlichen Füllung des eher formalen Begriffs Radikalaufklärung zweifeln: Wer philosophisch radikal war, braucht nicht zwangsläufig politisch „emanzipatorisch“ gewesen zu sein, und ein Radikaler muss philosophisch nicht innovativ denken. Problematisch ist die teleologische Ideengeschichtsschreibung Israels, die Aufklärung im Lichte eines spezifischen Verständnisses von Moderne zu lesen. So fragt Schröder, ob nicht bestimmte Aufklärer die Folgen der Aufklärung selbst reflektiert haben und deshalb – aber eben nicht aus politischem Opportunismus heraus – eine radikale Position verwarfen. Das modernisierungstheoretisch-dualistische Grundgerüst Israels erweist sich als Hindernis für weitere Forschungen. In diese Richtung geht auch Mulsows Kritik, der in Israels Fixierung auf emanzipative Ideen eine Geschichte der *unit ideas* à la Arthur

Lovejoy erkennt. Mulsow zeigt mit Blick auf die kulturellen und materiellen Bedingungen der Wissensproduktion beziehungsweise -transformation, dass die Radikalaufklärung mitunter eher eine „unintendierte Nebenfolge“ (S. 225), denn Ergebnis eines geheimen Gesprächskreises war.

Israel antwortet seinen Kritikern, indem er abermals die Beziehung von politischer Radikalität und monistischer Philosophie hervorhebt. Der angemahnte Zusammenhang von philosophischen Ideen und sozio-politischem Rahmen setze voraus, Ideen (zunächst) als eigenständig anzuerkennen, weil sonst die politisch verhandelten Konzepte selbst unverständlich blieben. Man mag ihm widersprechen und seinen methodischen Zugang als antiquiert kritisieren – für eine *intellectual history* muss er provozierend und eben deshalb instruktiv bleiben. Konkret haben Israel und die hier versammelten Beiträger der Aufklärungsforschung mehr Impulse geliefert als jene, die sich wohlfeil von ihr verabschiedeten, ohne jemals ein tiefergehendes Interesse und Verständnis an ihr zu entwickeln.

Chemnitz

Frank Schale

Die Vielzahl der Seinsweisen

Latour, Bruno: Existenzweisen. Eine Anthropologie der Modernen, 666 S., Suhrkamp, Berlin 2014 (franz. 2012).

Seit einem Vierteljahrhundert verfolgt Bruno Latour das Thema der „Existenzweisen“, seit seiner Arbeit an dem Buch „Wir sind nie modern gewesen“, das im französischen Original 1991 erschien und in dem er auf erfrischende und provozierende Weise den Versuch unternommen hat, die Erzählung der Moderne über sich selbst zu sezieren. In dieser Abhandlung ging er gegen die Dichotomien vor, welche die Moderne kennzeichnen und die sich mit so bekannten Gegensatzpaaren wie Kultur–Natur, Geist–Materie, Rationalität–Magie und zahlreichen anderen benennen lassen. Am auffälligsten ist der von Latour prominent gemachte Versuch einer Überwindung des Subjekt-Objekt-Gegensatzes geworden, indem er zur Konstitution neuer Kollektive von menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren aufrief.

Die Frage, die sich im Anschluss an Latours These aufdrängt (die aber auch alle beschäftigt, die sich mit postmodernen oder sonstigen alternativen Entwürfen herumschlagen), lautet daher,

was wir denn ansonsten sind und waren, wenn wir nie modern waren. Darauf soll Latours neues Buch, das den Untertitel „Eine Anthropologie der Modernen“ trägt, eine Antwort geben. Diese Antwort lautet in aller Kürze, dass wir es mit einer Pluralität der Ontologien zu tun haben.

Eigentlich ist es unnötig zu erwähnen, dass es an dieser Stelle unmöglich ist, die Argumentation eines über 600-seitigen Buchs angemessen zusammenzufassen. Im Sinne einer nahezu kriminellen Verkürzung selbst der wesentlichen Inhalte sollten wohl drei Argumentationsschritte hervorgehoben werden. Erstens wendet sich Latour gegen die genannte Dichotomisierung, wie sie tief in die Kultur der Moderne eingelassen ist. Zweitens schlägt er demgegenüber die Konzentration auf Referenzketten vor, die es ermöglichen, mittels zahlreicher Diskontinuitäten eine Kontinuität zu demjenigen Gegenstand herzustellen, auf den referiert wird. Klassisches Beispiel ist die Landkarte, die keinerlei materielle Ähnlichkeit mit der Landschaft hat, auf die sie referiert – und trotzdem funktioniert. In gewisser Parallele zur Systemtheorie geht Latour drittens davon aus, dass sich in bestimmten Bereichen solche Referenzketten institutionalisieren und eigene Existenzweisen ausbilden. Es sind diese Existenzmodi, die im Mittelpunkt der Argumentation stehen. Neben vertraut klingenden Bereichen wie Recht, Technik, Fiktion, Politik und Religion finden sich unter anderem auch Reproduktion, Metamorphose, Gewohnheit, Bindung oder Netzwerk als solche Existenzweisen vor. Wichtig ist Latour vor allem, die Singularisierung des Seins aufzuheben, um stattdessen eine Vielzahl der Seinsweisen zu betonen. Damit würde die Frage obsolet, ob wir es tatsächlich mit ‚der Wirklichkeit‘ zu tun haben beziehungsweise wie wir uns auf sie beziehen können, um vielmehr den Blick auf die vielen Seinsformen zu richten, von denen wir umgeben sind und die wir beständig hervorbringen.

Wirft man einen spezifisch geschichtswissenschaftlichen Blick auf Latours Buch, ergeben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte – sowohl in empirischer als auch in theoretischer Hinsicht. Die Anthropologie der Modernen, die Latour einfordert, müsste zum Beispiel aus historischer Sicht erst noch geschrieben werden. Und mit den begrifflichen Instrumentarien der Referenzketten und der Existenzweisen könnte versucht werden, den Arten und Weisen nachzugehen, wie sich eine Gegenwart auf eine nicht mehr existierende Vergangenheit beziehen kann.

Mit einer solchen historischen Perspektive offenbart sich aber auch die eine oder andere

Lücke in Latours Argumentation. Denn wenn wir niemals die Modernen waren (eine Analyse, der ich durchaus folgen würde), steht immer noch die Frage im Raum, wie man dieses Kollektiv alternativ bezeichnen kann – denn gänzlich ohne Selbstbezeichnung und damit auch historischer Selbstverortung kann es kaum abgehen. Und wenn dementsprechend ‚die Vormodernen‘ nicht die Vormodernen sind – wer sind sie dann? Und wer sind die im globalen Kontext so bezeichneten ‚Anderen‘, die zwar gleichzeitig mit uns leben, aber nicht zu den Modernen gerechnet werden?

Wirklich problematisch erscheint aber inzwischen, dass Latours theoretische Bemühungen im Lauf der Jahre (mit einem vorläufigen Höhepunkt in diesem Buch) dazu geführt haben, eine begriffliche Parallelwelt aufzubauen, die möglicherweise seinen eigenen Intentionen zuwiderläuft. Wenn es das Vorhaben ist, die Dinge einfacher zu machen, zu einem deutlicheren Verständnis unserer Welt und unserer Gesellschaft zu gelangen, dann ist es fraglich, ob zur Erreichung dieses Ziels ein Begriffsapparat hilfreich ist, der ein eigenes, mehrseitiges Glossar benötigt, um übersetzbar zu bleiben, bei dem jede Form kollektiver Institutionen und kollektiven Handelns mit einer eigenen metaphorischen Begrifflichkeit belegt wird und der inzwischen sogar soweit gediehen ist, dass selbst die Erde mit der mythischen Bezeichnung „Gaia“ einen neuen Namen erhält. Latour scheint hier an einer Parallelwelt zu arbeiten, die immer weniger dazu in der Lage ist, die Dinge tatsächlich einfacher zu machen. Nur ein Faktor kommt in diesem Modell nicht vor, und das ist Latours Position selbst. In all den Referenzketten, die er aufbaut, reflektiert er interessanterweise seine eigene Form des Wahrsprechens nicht.

Die Verstiegenheiten im Begriffsapparat gehen mit ausufernd gepflegten Eigenheiten im Stilistischen einher. Sicherlich kann man über die ästhetische Einschätzung individuellen Schreibens füglich streiten. Aber Latour, so mein Eindruck, neigt zunehmend zu einem zirkulierenden, repetierenden Stil, der zuweilen einfach nur ermüdend wirkt. Argumente werden wiederholt, Beispiele aufeinander gehäuft und literarische Stilmittel gesucht, die nicht immer überzeugend wirken. So werden zahlreiche wichtige Überlegungen und enorm hilfreiche theoretische wie auch begriffliche Instrumente von einem selbst gezimmerten Überbau zugedeckt, der für das gesamte Unternehmen nur bedingt hilfreich zu sein scheint.

Düsseldorf

Achim Landwehr

Software Kultur

Schmidt, Siegfried J.: Kulturbeschreibung ÷ Beschreibungskultur. Umriss einer Prozessorientierten Kulturtheorie, 201 S., Velbrück, Weilerswist 2014.

Kultur als Programm – diese Formel hat Siegfried J. Schmidt, Professor Emeritus für Medienkulturwissenschaft und Kommunikationstheorie an der Universität Münster, verschiedentlich thematisiert. Die Formel beschreibt ein konstruktivistisches Kulturkonzept, das ähnlich klingt wie andere gängige Begriffe: Kultur als Text, als Performanz, als Gedächtnis et cetera. Schmidt geht es jedoch nicht um solche Manifestationen von Kultur, sondern um eine Art Softwareprogramm, das Gesellschaften verwenden, um für kulturell gehaltene Leistungen und Phänomene zu generieren. In seiner jüngsten Monographie entfaltet er eine prozessorientierte Kulturtheorie, basierend auf Schriften der vergangenen drei Jahrzehnte, die er zusammenführt, systematisiert und aktualisiert.

Wer sich gegenwärtig mit kulturwissenschaftlicher Forschung beschäftigt, kommt um einen scheinbaren Widerspruch nicht umhin: Die Rede von Kultur ist beinahe inflationär, doch ihre Konjunktur dauert an. So konstatiert Schmidt treffend die jüngere „Proliferation von Kulturbegriffen“ (S. 12). Auch die traditionellen Philologien treiben kulturwissenschaftliche Fragestellungen als Syndrom disziplinärer Verunsicherung und umstrittener Neuausrichtung weiterhin um. Zuweilen, wie etwa in der Anglistik hierzulande, führt dies dazu, dass verschiedene Paradigmen recht unverbunden nebeneinander stehen, oder die notwendige Forschungsdiskussion durch einzelne Ausrichtungen wie die britischen *cultural studies* kurzgeschlossen wird. Zudem herrschen häufig Anwendungsfelder sowie eine Engführung von akademischer Betrachtung und politischen Aspekten vor (wie z. B. hinsichtlich der Gender-Frage).

Demgegenüber verfolgt Schmidt eine dezidiert kulturtheoretische Stoßrichtung. Der langen Liste von Kulturbegriffen will der Autor keinen weiteren hinzufügen, sondern ein „prozessuales Kulturkonzept“ (S. 15) vorstellen, das gleichsam quer zu den gängigen Kulturbegriffen liegt und nicht zuletzt deren Status als „Interessensprodukte“ offenlegen soll (S. 27). Während Kulturwissenschaftler meist Ausdrucksformen oder Symbolisierungen untersuchen, verschiebt sich das Augenmerk damit auf die vorgelagerten

Prozesse der Wahrnehmung und Bewertung, was auf welche Weise und mit welchen Begründungen überhaupt als Kultur angesehen wird.

Diese Frage führt Schmidt hin zu den grundlegenden Operationen des Beobachtens, Unterscheidens und Benennens, anhand derer er seine Kulturtheorie entwickelt. Diese besteht aus zwei als komplementär gedachten Komponenten: dem Wirklichkeitsmodell von Gesellschaften (oder sozialer Gruppen darin) und einem zugehörigen Kulturprogramm, das Bezugnahmen auf dieses Modell regelt. Zentral ist dabei der Mechanismus von Setzung und Voraussetzung, den der Verfasser von G. W. F. Hegels „Wissenschaft der Logik“ übernimmt und zum Grundprinzip eines sich selbst begründenden Konstruktivismus macht. Kultur äußert sich und ist demnach nur beobachtbar in den Setzungen des Kulturprogramms, das aber die Kategorien und Sinnorientierungen eines Wirklichkeitsmodells zur Voraussetzung hat, die es selektiv verknüpft, sozialverbindlich gewichtet und affektiv bewertet. Jede ‚Kulturbeschreibung‘, auch die theoretischen Konzepte der Wissenschaft, greift aus dieser Sicht auf eine ‚Beschreibungskultur‘ zurück, wie Schmidt schon im Titel seines Buches andeutet.

Wenn Kultur als Prozess fokussiert wird, verschiebt sich das Untersuchungsinteresse von Kunstobjekten, Riten oder Gesetzestexten auf Kulturprogramme als „Directricen für das Unterscheidungsmanagement von Aktanten in sozialen Kontexten“ (S. 47). Kulturwissenschaft beschäftigt sich Schmidt zufolge nicht mit Gegenständen, sondern mit „Problemen“ (S. 186). Zur Illustration diskutiert er einige „Problemlösungsfelder“ (S. 185) wie jenes von Kultur und Gedächtnis, von Kunst und Politik, Entwicklungen von Globalisierung und Transkulturalität, den Zusammenhang von Bildern und Emotionen oder den Bereich der Unternehmenskultur. Diese Beispiele belegen eindrucksvoll Schmidts vielfältige Expertise für das „Forschungsprogramm“ (S. 166) und demonstrieren dessen breiten potentiellen Anwendungsbereich, das er aufgrund der zentralen Rolle von Medien in heutigen Gesellschaften dezidiert als *Medienkulturwissenschaft* sowie als flexible „Forschungsrichtung [...] im Rahmen ganz unterschiedlicher disziplinärer Verortung“ konzipiert (ebd.).

Der Ausblick auf relevante Forschungsfelder ergänzt zudem willkommen die über weite Strecken recht abstrakte Argumentation, die auf Multiplikatoren hoffen muss und kann (viele lässt der Autor bereits zu Wort kommen). Inwiefern sich Medienkulturwissenschaft als inter-

disziplinärer „Interaktionsplafond“ (S. 154) eignet, macht unter anderem Schmidts breit rezipierter Kompaktbegriff ‚Medium‘ deutlich, der in diesem Buch nochmals präsentiert wird. Ob sich die Vorstellung von Kultur als Programm ähnlich behaupten wird, bleibt abzuwarten. Während der Autor von der Computermetapher „fasziniert“ (S. 48) ist, erscheinen der Programmbegriff durchaus ambivalent und die kulturelle Teilhabe individueller ‚Anwender‘ problematisch, wenn man etwa an die hegemonialen Interessen global agierender Medien- und Technologieunternehmen denkt.

Dies sind jedoch nur wenige offenbleibende Fragen nach der Lektüre dieses äußerst instruktiven Bandes, der eine weitläufige Forschungslandschaft überblickt und sich immer wieder mühelos aus der Vogelperspektive an die Graswurzelarbeit der Begriffsexplikation begibt. Eingeschlossen sind dabei ausführliche erkenntnis- und wissenschaftstheoretische Überlegungen, die – so der Autor – in „prononciert postmodernen wissenschaftlichen Arbeiten [...] ziemlich aus der Mode gekommen“ sind (S. 17). In jedem Fall wird so das Ziel erreicht, eine gemeinsame Arbeitsgrundlage zu schaffen, die nicht nur verschiedene Kulturkonzepte vergleichbar macht und in ihren historischen Entstehungszusammenhängen rekonstruieren hilft, sondern auch zahlreiche Impulse für zukünftige kulturwissenschaftliche Forschungen bereit hält.

Heidelberg

Jan Rupp

Moralstolze Kritik

Wippermann, Wolfgang: Luthers Erbe. Eine Kritik des deutschen Protestantismus, 224 S., Primus, Darmstadt 2014.

Wolfgang Wippermann, der in den letzten Jahren gleich mehrere populär gehaltene Bücher zu ganz unterschiedlichen religionshistorischen Themen veröffentlicht hat, beginnt seine entschiedene Kritik des deutschen Protestantismus mit einem selbstkritischen Schuldbekenntnis aus dem „Darmstädter Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche“ vom 8. August 1947: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir meinten, eine Front des Guten gegen die Bösen, des Lichts gegen die Finsternis, der Gerechten gegen die Ungerechten im politischen Leben und mit politischen

Mitteln bilden zu müssen“. Wippermann möchte die Gründe für den politischen Irrweg oder die vielen Irrwege des deutschen Protestantismus benennen. Und mit einer Formulierung des Darmstädter Schuldbekennnisses fragt er zudem: „Haben ‚wir‘ uns zu unseren in der Vergangenheit gemachten Fehlern bekannt und versetzt uns das und unsere Kirche in die Lage, fortan zu einem ‚besseren Dienst zur Ehre Gottes und zum ewigen und zeitlichen Heil der Menschen‘ beizutragen?“ (S. 7).

In der Perspektive eines unter seiner Kirche leidenden Protestanten nimmt Wippermann eine Haltung ein, in der er zugleich kritischer Richter, hilfreicher Seelsorger und auch Moralapostel meint sein zu können. Er will auf die Frage nach dem Irrtum des deutschen Protestantismus eine ganz klare, eindeutige Antwort geben: „Die deutschen Protestanten sind vor allem deshalb ‚in die Irre gegangen‘, weil sie Staat, Krieg und Kapital für gut, Juden, Roma und Frauen dagegen für böse gehalten haben. Die Verherrlichung von Staat, Krieg und Kapital ‚im politischen Leben‘ und die Verdammung von Juden, Roma und Frauen ‚mit politischen Mitteln‘ wurden mit Ideologen [!], das heißt mit Begriffen (*ideo*) und Wörtern (*logien*) begründet, mit denen etwas gerechtfertigt oder eingefordert wird“ (S. 7f.). Die „Ideologien des Autoritarismus, Bellizismus und Mammonismus sowie des Antisemitismus, Antizionismus und Antifeminismus“ hätten „das Verhalten der Kirche gegenüber Staat, Krieg und Kapital sowie Juden, Roma und Frauen geprägt und widerspiegelt zugleich“ (S. 8).

Mithilfe von ideengeschichtlichen Methoden und durch einen ideologiekritischen Zugriff will der ‚protestantische Profanhistoriker‘ in seiner verständlichen, dem Rezensenten jedenfalls sympathischen „kirchen- und religionskritischen Absicht“ dann zunächst in drei Kapiteln am normativen Maßstab „der Bibel und ihren Geboten und Verboten“ fragen, ob die Kirche denn wirklich „Gott mehr gehorcht hat als den Menschen“, sie ihre und des Staates „Feinde geliebt“ und wirklich nicht dem „Mammon gedient“ hat (S. 9). In drei weiteren Kapiteln – das Ganze ist offenkundig streng trinitarisch konzipiert – wird dann analysiert, „ob die Kirche die Juden dämonisiert, die Roma verfolgt und die Frauen verachtet hat – was mit einigen Stellen aus der Bibel begründet werden konnte, aber nicht unbedingt musste“ (S. 8). Und in seiner Zusammenfassung möchte der ‚Profanhistoriker‘ Wippermann eine wahrlich fundamentale Frage endlich klären: „ob die

Kirche ihren heilsgeschichtlichen Auftrag erfüllt und zu einem ‚ewigen und zeitlichen Heil der Menschen‘ beigetragen hat“ (ebd.).

Als historisch interessierter protestantischer Theologe gestehe ich nun die Grenzen meines Wissenkönnens ein: Wie ein ‚Profanhistoriker‘ wissen können will, ob ‚die Kirche‘ – gemeint sein kann ja immer nur eine bestimmte, historisch partikuläre – zum ‚ewigen Heil‘ der Menschen beigetragen hat, entzieht sich meiner Deutungskompetenz. Allerdings weiß ich, dass der Autor Wippermann dem Stand der Historikerdebatte über den „politischen Protestantismus“ in Deutschland keine Beachtung schenkt: Fritz Fischer – wohl nie gelesen –, protestantische Historiker wie Johann Gustav Droysen, Leopold von Ranke und Georg Gottfried Gervinus ignoriert. Und auch von den Protestanten Thomas Nipperdey, Hans und Wolfgang Mommsen, Hans-Ulrich Wehler keinerlei Erkenntnisspur. Schon ein Blick ins Personenregister zeigt, wie peinlich eng die Perspektive auf die deutsche protestantische Theologie ist, die Wippermann einnimmt: Namen liberalprotestantischer Gelehrter wie Otto Baumgarten, Adolf von Harnack, Ernst Troeltsch sucht man ebenso vergeblich wie die prominenter konservativer Kulturlutheraner vom theologischen Rang eines Paul Althaus, Werner Elert und auch, trotz seines aggressiven Nazitums, Emanuel Hirsch.

Was soll man von einer politischen Kritik des deutschen Protestantismus halten, in der der aus einer Synagogengemeinde stammende Konvertit Friedrich Julius Stahl, der im Tübinger Stift sozialisierte Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Friedrich Wilhelm IV. – für David Friedrich Strauß der „Romantiker auf dem Throne der Cäsaren“ –, aber auch Staatsrechtslehrer wie Rudolf Smend und Ernst Rudolf Huber sowie die Bundespräsidenten Theodor Heuss, Gustav Heinemann, Richard von Weizsäcker und Roman Herzog nirgends erwähnt werden? Nicht einmal ihre eigene Wissenschaftsgeschichte ist manchen deutschen ‚Profanhistorikern‘ noch präsent. Wer den politischen Protestantismus – zurecht! – kritisiert, sollte zumindest den Namen Heinrich von Treitschkes richtig schreiben. Auch hat Max Weber niemals ein Buch über „Die protestantische Ethik“ publiziert. All das provoziert nur eine einzige Frage: Weshalb erscheint ein derart moralstolzer, biblizistisch frömmelnder Traktat in einem Verlag, der sich eine Ausgründung der „Wissenschaftlichen Buchgesellschaft“ nennt?

München

Friedrich Wilhelm Graf

Fotografische ‚Zigeuner‘-Stereotype

Reuter, Frank: Der Bann des Fremden. Die fotografische Konstruktion des „Zigeuners“, 568 S., Wallstein, Göttingen 2014.

Das Verhältnis der Geschichtswissenschaft zu Bildern hat sich in den letzten Jahren fundamental gewandelt. Sie hat Bilder nicht nur als adäquate Quellen ‚entdeckt‘, sondern fragt inzwischen grundlegend nach dem Zusammenhang zwischen visuellen Medien und der Konstruktion von ‚Wahrheit‘ und Geschichte. In diese Entwicklung fügt sich auch Frank Reuters Dissertation zu fotografisch vermittelten ‚Zigeuner‘-Stereotypen.

Hierfür positioniert sich Reuter im Dreieck der historischen Stereotypenforschung, der *visual history* und historischen Bildforschung sowie der Antiziganismusforschung. Dabei betont er die Verknüpfung zwischen antiziganistischen Stereotypen und einer übergreifenden Kommunikations- und Mediengeschichte (S. 31, 47). Als Leitfaden entwirft er eine „Phänomenologie des ‚Zigeuner‘-Bildes“ (S. 85ff.), um dessen zentrale Motive in einem Überblick zu bündeln. Dass sich diese Motive in Fotografien verdichten, verdeutlichen Reuters Analysen eindrücklich.

Diese beinhalten erstens nationalsozialistische Fotografien, zweitens exotisierende ‚Zigeuner‘-Fotografien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sowie drittens visuelle (Dis)Kontinuitäten nach 1945. Damit entscheidet Reuter sich gegen eine chronologische Narration und begreift den Zusammenhang zwischen Fotografie und nationalsozialistischem Genozid als Ausgangs- und Schwerpunkt seiner Arbeit. Konsequenterweise ist es, sich zunächst dem Bestand der „Rassenhygienischen und Bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle“ zu widmen, der für eine „totale fotografische Erfassung“ (S. 144) steht. Zu den mehr als 30.000 Fotografien zählen anthropologische Aufnahmen zum Zweck der Forschung sowie Selbstinszenierungen der Rassenforscher. In ihrer Verbreitung, so schlussfolgert Reuter, sind sie als „integraler Bestandteil des genozidalen Prozesses“ (S. 162) zu werten, da sie eine Objektivierung und Entmenschlichung wesentlich forcierten. In seiner Analyse von „Zeugnisse[n] der Verbrechen“ (S. 195ff.) richtet der Autor seinen Fokus auf Fotografien von Lagern und Konzentrationslagern im Deutschen Reich, in Böhmen und Mähren, Frankreich, den Niederlanden, Polen und der Sowjetunion, von Deportationen sowie von Morden in Serbien und Kroatien. Diese verdeutlichen die europäische Dimension

des Genozids und machen innere Dynamiken der ‚Zigeuner‘-Verfolgung (wie das Lagersystem oder die beteiligten Akteure) sichtbar. Das gilt auch für Fotografien der Propagandakompanien und sogenannte „Knipser-Fotos“, die in private Fotoalben ehemaliger Wehrmachtssoldaten wanderten. Sie repräsentieren auf besondere Weise die von Reuter als Leitmotiv bezeichnete Dichotomie zwischen den ‚fremden Wilden‘ und der ‚eigenen‘ zivilisierten Moderne (S. 82). Das schlägt auf beeindruckende Weise einen Bogen zur frühen Zigeunerfotografie.

Einen Verbreitungsschub folkloristischer Motive belegt Reuter für das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts anhand von Atelierfotografien, illustrierten Postkarten, Feldpostkarten et cetera. Hieran wird die Omnipräsenz eines verklärten ethnographischen ‚Zigeuner‘-Bildes deutlich. Auffallend ist die Austauschbarkeit und Ortlosigkeit der fotografischen Motive. So wanderte die Inszenierung von Nacktheit als Marker der Rückständigkeit und Amoralität von ‚Zigeunern‘ von der ethnografischen Fotografie zur illustrierten Massenpresse der Weimarer Republik und wurde letztlich in den „Knipser-Fotos“ reproduziert. Der Anfang des 20. Jahrhunderts entstandene Bildercodes erkenntungsdienstlicher Fotografien (S. 381) wiederum fand Eingang in populäre Zeitschriften der Weimarer Republik, bis er im Kontext der rassenideologischen Forschung aufgegriffen wurde. Darüber fand eine Kriminalisierung der Abgebildeten sowie eine beständige Legitimierung der ‚Zigeuner‘-Verfolgung statt (S. 386ff.). Dass auch visuelle Gegendiskurse nicht frei von tradierten Motiven waren, deutet Reuter anhand der ambivalenten Rolle der Sozial- und Arbeiterfotografie unter anderem in der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung an – ein Feld, das zweifelsohne Potenzial für weiterführende Untersuchungen bietet.

Eine kontinuierliche Wirkmacht bestehender Bildercodes bis weit in die 1970er Jahre arbeitet der Verfasser im dritten – teils etwas eklektisch wirkenden – Analyseteil heraus. Dies gilt etwa für den anhaltenden kriminalisierenden Gebrauch erkenntungsdienstlicher Fotografien der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus nach 1945. Zudem illustrieren Reportagen, Bildbände oder lexikalische Einträge, dass „das alte, vornehmlich exotisch-romantische Blickregime [...] bruchlos fortgesetzt“ (S. 446) wurde. Selbst vereinzelt anklingende kritische Töne auf textueller Ebene führten kaum zu einer Verschiebung der Bildwelten. Erst für die 1980er Jahre konstatiert Reuter eine Infragestellung etablierter

visueller Marker und einen Paradigmenwechsel in der visuellen Repräsentation von ‚Zigeunern‘. Dieser lässt sich an das Engagement der Roma- und Sinti-Bürgerrechtsbewegung und die Erzeugung von (erinnerungspolitischen) Gegenbildern sowie an die Etablierung alternativer sozialkritischer Diskurse rückbinden.

Die Arbeit zeigt in beeindruckender Materialfülle, dass ethnologische, kriminologische oder rassenideologische Diskurse mit je eigenen Bilderwelten verbunden waren (S. 54), dass Fotografien jedoch gerade aufgrund ihrer permanenten Übertragung in andere Kontexte ihre Wirkkraft entfalteten. Reuters fruchtbare Verbindung zwischen Ansätzen der *visual history* und der historischen Bildforschung ist freilich auch eine Gratwanderung. Damit besteht teils die Gefahr, die Rekonstruktion historischer Vorgänge und die Suche nach der „Wahrheit hinter den Bildern“ (S. 307) in den Vordergrund zu stellen. Nichtsdestotrotz vermag Reuter es durch ein differenziertes und reflexives Vorgehen, nicht nur Einblicke in bisher kaum systematisch gesichtetes Material zu geben, sondern auch zahlreiche Anregungen für weitere Auseinandersetzungen mit visuellen Fremd- und Selbstbildern zu liefern.

Bremen

Yvonne Robel

Unternehmerschaft

Plumpe, Werner (Hrsg.): Unternehmer – Fakten und Fiktionen. Historisch-biografische Studien, 380 S., Oldenbourg, München 2014.

Der Titel des Sammelbandes „Unternehmer – Fakten und Fiktionen“ verweist zunächst einmal auf ein Grundproblem der Geschichtswissenschaft, das weit über die Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichtsschreibung hinausragt, nämlich den Wahrheitsgehalt historischer Aussagen. Werner Plumpe konstatiert in seiner Einleitung, dass es schwer zu sagen sei, ob es sich bei Behauptungen über die Bedeutung der Unternehmerschaft um faktisch zutreffende Aussagen oder fiktive Annahmen handele. Dieses Problem trifft auch für andere historische Untersuchungsgegenstände zu. Jede Wahrheit nimmt stets universale Geltung für sich in Anspruch, insofern wäre an dieser Stelle eher nach dem Zusammenhang von Wahrheit und Macht zu fragen als zwischen Fakten und Fiktionen zu unterscheiden. Marcel Proust stellte bereits fest, dass die Welt

für uns alle wahr, doch verschieden für jeden einzelnen ist. Allerdings schließt der Band weniger an Debatten über Wahrheitstheorien an, wie der Titel vielleicht suggerieren könnte, vielmehr fragt er nach der Bedeutung des Unternehmers für die Entwicklung einzelner Unternehmen und den Kapitalismus insgesamt. Zur Beantwortung greift Plumpe auf Überlegungen Joseph Schumpeters zurück, der die Entwicklungsdynamik des kapitalistischen Wirtschaftssystems besonders auf den unbändigen Tatwillen individueller Persönlichkeiten zurückgeführt hat. Doch während Schumpeter die Figur des Unternehmers in seiner ökonomischen Funktion recht genau beschrieben hat, blieb dessen positive Bestimmung des handelnden Individuums vage. Andere wirtschaftssoziologische und betriebswirtschaftliche Ansätze sind nach Plumpe ebenfalls nur beschränkt geeignet den Unternehmer zu fassen. Unternehmensentwicklungen sind lediglich über das Handeln von Individuen unter konkreten Bedingungen zu erklären und somit im Grunde nur unternehmenshistorisch greifbar.

Die drei einleitenden Beiträge von Alfred Kieser, Sebastian Fischer/Michael Frese und Jürgen Kocka gehen aus betriebswirtschaftlicher, psychologischer und geschichtswissenschaftlicher Perspektive zunächst der Frage nach, inwiefern der Kapitalismus erfolgreiche Unternehmer braucht. Kieser vertritt die These, dass der Einflussfaktor der Persönlichkeit wegen der zunehmenden Bürokratisierung des Unternehmens an Bedeutung verloren habe, der Kapitalismus deshalb aber umso mehr auf die Charismatisierung erfolgreicher Unternehmer angewiesen sei. Fischer und Frese erklären hingegen aus psychologischer Sicht die Bedeutung von eigeninitiativ-aktivem Handeln für das Unternehmertum. Dabei kommen sie zu dem nicht ganz überraschenden Ergebnis, dass eine passende Ausbildung, Expertenwissen und Erfahrung sowie eigeninitiativ-unternehmerisches Handeln wesentliche Voraussetzungen für erfolgreiche Unternehmer darstellen. Im Unterschied hierzu kann Kocka mit seinem Plädoyer für die Wiederverwendung des Kapitalismusbegriffs und seiner Einordnung des Unternehmers in den Kapitalismus einige spannende Facetten aufzeigen. Die begriffliche Differenzierung zwischen Unternehmern, Kapitalisten und Managern verweist insbesondere auf unterschiedliche Funktionen innerhalb des Unternehmens. Insgesamt brauche der Kapitalismus, nach Kocka, erfolgreiche Unternehmer, die nach Bereicherung und Verbesserung streben, über unterschiedliche

Wissensbestände und Fertigkeiten verfügen und die Bereitschaft einbringen, Systemverantwortung mitzutragen.

Den Anfang der folgenden Unternehmerbiografien macht Boris Gehlen mit einer Skizze über Paul Silverberg, der vor allem durch seinen intellektuellen Habitus und seine prinzipientreuen Entscheidungen aus der Masse der Unternehmer herausstach, dessen Risikobereitschaft als Bewahrer und Organisator jedoch überschaubar war. Der langjährige Generaldirektor des Luftschiffbaus Alfred Colsmann war ebenso kein Erfinder, sondern verstand sich – wie Roman Köster nachzeichnet – als Kaufmann und Organisator, der den Erfindern und Ingenieuren ihre Grenzen aufzeigen musste. Mit Richard Kaselowsky skizzieren Jürgen Finger und Sven Keller einen recht untypischen Unternehmer. Nach dem Tod von Rudolf Oetker heiratete Kaselowsky dessen Frau, übernahm die Rolle eines Treuhänders und verwaltete den Oetker-Konzern bis zur Übergabe an den Stammhalter Rudolf-August Oetker. Jörg Lesczenski, Johannes Bähr und Kim Priemel rekonstruieren anschließend die Lebenswege von August Thyssen, Robert Bosch, Paul Reusch, Jürgen Ponto und Friedrich Flick. Nur dank der finanziellen Unterstützung seiner Familie gelang es Thyssen, sein unternehmerisches Potenzial in die Tat umzusetzen; ebenso spielte das Elternhaus für die Karrieren von Bosch, Reusch und Ponto eine wichtige Rolle. Ihre persönlichen Interessen gingen über das ökonomische Feld hinaus, sie waren auch außerökonomischen Werten verpflichtet und alle Karrieren waren an ein bestimmtes Unternehmen gebunden. Flicks mobiles Anlageverhalten und seine ökonomische Binnenrationalität unterschieden sich hiervon grundlegend. Cornelia Rauh/Hartmut Berghoff, Jan-Otmar Hesse und Friederike Sattler wenden sich anschließend den Lebenswegen von Fritz Kiehn, Hans Ringiers sowie Ernst Matthiensen und Alfred Herrhausen zu, bevor Ben Wubs und Hervé Joly einen Einblick in niederländische und französische Unternehmerverläufe geben.

Insgesamt versammelt der Band eine Reihe spannende, größtenteils auf umfangreicheren Studien basierende Beiträge, aus denen sich am Ende jedoch kein generalisierungsfähiges Bild der Unternehmerschaft ergeben will. Plumpe konstatiert schlussendlich selbst, dass das Ergebnis der gemeinsamen Diskussion über die Bedeutung und Spezifika des Unternehmers ernüchternd war. Ob der Unternehmer tatsächlich vor allem durch seinen Aufstiegswillen und seine soziale Selbstbehauptung zu erklären ist oder

Herkunft und soziales Milieu eben doch entscheidende Bedingungen von Unternehmerschaft waren, können nur weitere unternehmenshistorische Arbeiten klären.

Trier

Christian Marx

Das Unsagbare aushandeln?

Frieden, Kirstin: Neuverhandlungen des Holocaust. Mediale Transformationen des Gedächtnisparadigmas, 368 S., transcript, Bielefeld 2014.

Seit vielen Jahren nun schon wird der Holocaust in seiner medial vermittelten Funktion als ‚negativer Gründungsmythos Europas‘ bemüht. Seine Anerkennung ist gleichsam „zur europäischen Eintrittskarte geworden“, wie es Tony Judt („Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart“ 2009, S. 933) vor einigen Jahren formulierte: „Am Ende des 20. Jahrhunderts schien sicher zu sein, daß der Holocaust von zentraler Bedeutung für die Identität und das Gedächtnis Westeuropas war“ (ebd.). Die Formulierung in der Vergangenheitsform bei Judt weist auf das Hinzutreten der Erinnerung an Gulag und die Sowjetherrschaft nach der Wende 1989/1991 hin und auf die gesamteuropäische Herausforderung, mit diesen teilweise ineinander übergehenden Narrativen umzugehen.

Kirstin Frieden, Literaturwissenschaftlerin in Münster, wendet sich in ihrer Darstellung über die „Neuverhandlungen des Holocaust“ jedoch vor allem dem generationellen Wandel des Umgangs mit dieser Thematik in Deutschland zu und in welchen medialen Formaten dieser erfolgt. Ziel ihrer Studie ist es, herauszuarbeiten, wie „sich der Wandel sozial- und gedächtnistheoretisch kennzeichnen lässt und welche kulturellen, medialen Erzeugnisse ihn repräsentieren“ (S. 13). Ihre Untersuchung gliedert sich neben einer einleitenden Bestandsaufnahme der Transformationen in drei Teile, in denen sie sich „literarischer Verhandlungen“, „Performances“ und den „Neuen Medien“ annimmt. Frieden beobachtet dabei auf der einen Seite eine anhaltende Flut an „medialen Formate[n] [über den Holocaust, MS] in der Literatur, im Film und Kino, der Kunst, dem Theater etc.“, konstatiert auf der anderen Seite jedoch ein eher „oberflächige[s] Interesse“ sowie abnehmende Grundkenntnisse über den Holocaust (S. 12).

Die Autorin verortet ihre Arbeit in der Tradition kulturwissenschaftlicher Literaturwissenschaft, was für sie bedeutet, sich des „hier zu verhandelnden Gegenstandes, der Erinnerungskultur des Holocaust“, als eines interdisziplinären und gesamtulturellen Gebietes zu nähern (S. 15). Frieden betrachtet ‚Erinnerung‘ vor allem als einen Raum des Aushandelns, weswegen sie den Begriff der „Erinnerungshandlung(en)“ (S. 19) stark macht. Prägend sind für sie dabei Epochenbrüche wie 1989/1991 oder 9/11 (S. 16), jene ‚Benchmarks‘, wie sie dies etwas unglücklich bezeichnet. Denn es bleibt etwas unscharf, warum 9/11 eine solche ‚Benchmark‘ war; dies wird genauso wenig erklärt, wie die Behauptung, warum die Wiedervereinigung für die Lesart des Holocaust so bedeutsam gewesen sei. Frieden betont die generationellen Unterschiede anhand dieser Ereignisse ein wenig zu stark, anstatt auch hier stärker auf die fließenden Übergänge zu verweisen.

Mit Aleida Assmann rückt Frieden vor allem die „85er-Generation“ in den Fokus, die sie selbst als eine ‚kriegsschadenfreie‘ untersucht, deren „Schlüsselerlebnisse [...] vielfältig und von globaler Bedeutung“ seien: „zu ihnen zählen das Ende des Kalten Krieges, der Mauerfall und die deutsche Wiedervereinigung, Tschernobyl, die Terroranschläge vom 11. September 2001, AIDS und HIV, Migration, Konsum, Markenidentität und die neuen Medien“ (S. 39). Insbesondere an dieser Stelle lässt sich auf die auch bei der 68er-Generation vorhandenen Kontexte verweisen, die die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ebenso beeinflussten: Vietnam-Krieg, Schah-Besuch, Bericht des Club of Rome, Ölkrise, Kennedy-Morde, Mode und Musik sind zentrale Schauplätze, die sie den Holocaust durch ‚ihre‘ Gegenwart beobachten und bereits damals eine globale Perspektive einnehmen ließ.

Frieden sucht die veränderte Sprache in der literarischen Auseinandersetzung einer jüngeren Generation anhand einiger Beispiele zu skizzieren. So wird der deutsche Autor Kevin Vennemann, Jahrgang 1977, als eine solche Stimme vorgestellt, dessen Erzählform sich moralisch-pädagogischer „Sinnbildung“ in Bezug auf die Vergangenheit entzieht (S. 86) und die Holocaust-Narrative auf „globale und gegenwärtige Zusammenhänge“ hin anwendet (S. 87). Darüber hinaus verweist Frieden auf das Vorgehen Vennemanns – ähnlich den Musikkompositionen eines John Cage –, gängige Erzähl- und Bedeutungskonstruktionen zu zerstreuen (S. 105). Als weniger subversiv stellt Frieden mit Maxim Biller einen weiteren Autor, Jahrgang 1960, vor, der sich vor

allem an einer *political correctness* des Umgehens mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland reibt. Biller misstraut der so selbstverständlich daherkommenden Bekenntnisse zur negativen Vergangenheit, die gleichsam ohne Probleme mit dem Bekenntnis zur gängigen Pop-Welt (S. 129) einhergehen. In Billers Brechungen und Offenlegungen von Sprach- und Denkgewohnheiten im Umgang mit dem Holocaust sieht Frieden (S. 139) eher die Möglichkeit, „neue Energien für eine mögliche Neuverhandlung dogmatischer Begrifflichkeiten und Zuschreibungen frei“ (ebd.) zu setzen. Gleiches arbeitet sie (S. 180ff.) auch für Performances wie das Theater-Stück von Yael Ronen, „Dritte Generation-Work in Progress“, heraus, in dem ebenfalls das Gedenken an den Holocaust als sich in der dritten Generation verändernd dargestellt wird und aktuelle Kontexte wie den Nahost-Konflikt aufgreift.

Frieden gewährt in ihrem Buch einen reichhaltigen Überblick über verschiedene ‚Erinnerungsräume‘ und deren Chancen und Grenzen einer Auseinandersetzung mit dem ‚Erinnerungsthema‘ Holocaust, ohne dabei jedoch der Illusion zu verfallen, bisherige Medien verlören ihre jeweiligen Relevanzen: „Die traditionellen kulturellen Medien werden [...] keinesfalls abgelöst oder ersetzt, sondern lediglich dem aktuellen Medienwandel angeschlossen“ (S. 241). Diese Einordnung ist wohlthuend, wird in anderen Bänden zum Thema gerne der eigene Gegenstand überbewertet. Schließlich ergibt sich die Signifikanz von ‚Erinnerungsmedien‘ nach wie vor auch aus ihrer Verbreitung und Wirkmächtigkeit. Viel gesehene, historisch problematische Filmevents wie (zuletzt) „Unsere Mütter, unsere Väter“ erreichen weitaus mehr Menschen als noch so anregende Performances. Der Verfasserin ist zuzustimmen, wenn sie auf die Vielfältigkeit der Formen von Erinnerung aufmerksam macht, wie zum Beispiel die Schwierigkeiten und Möglichkeiten von den Tod überdauernden Facebook-Profilen Holocaustüberlebender. Damit weist sie auf die zukünftigen Konstellationen verschiedener Erinnerungsmedien und deren Zusammenspiel hin.

Frieden veranschaulicht die Dynamik von Erinnerungsnarrativen und deren Räumen und setzt sich entschieden für einen diskursiven Prozess des Miteinanderaushandelns über die ‚Sprache‘ des Vergangenen ein. Frieden ist ein überaus stimmiger Ausschnitt aus einem unübersichtlichen Feld gelungen, an dem man bei zukünftigen Beiträgen zum Thema nicht vorbeikommen wird.

Essen

Marcel Siepmann

Europa von Süden?

Hansen, Peo/Jonsson, Stefan: Eurafica. The Untold History of European Integration and Colonialism, 344 S., Bloomsbury, London 2014.

Garavini, Giuliano: After Empires. European Integration, Decolonization, and the Challenge from the Global South 1957–1986, 304 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2012 (ital. 2009).

Die historische Forschung zur europäischen Integration konzentriert sich stark auf die Binnenperspektive. Die zwei zu besprechenden Bücher von Giuliano Garavini, Peo Hansen und Stefan Jonsson setzen einen willkommenen Kontrast zu diesem Forschungsstand und erweitern das Verständnis des Einigungsprozesses wesentlich. Die Autoren sehen in Europa eine weltpolitische Größe und fragen nach den globalen Spannungsfeldern, in denen die supranationalen europäischen Körperschaften nach dem Zweiten Weltkrieg möglich wurden. Dabei steht nicht der Ost-West-Konflikt, sondern der Nord-Süd-Konflikt im Vordergrund. Der Antagonismus zwischen den USA und der Sowjetunion ist als Bezugspunkt der europäischen Einigung gut untersucht. Das Verhältnis der sich konstituierenden europäischen Gemeinschaft zu den Kolonialgebieten und ihre Haltung zur entstehenden Dritten Welt ist hingegen bislang zu wenig beachtet worden. Oft wird argumentiert, Frankreich, die Niederlande, Belgien und – ab 1973 – auch Großbritannien hätten sich deshalb mit Westdeutschland verbunden, weil sie ihrer kolonialen Verpflichtungen entledigt gewesen seien und in der imperialen Politik keine Zukunft mehr bestand. In dieser Sichtweise stellt die Spannung zwischen Nord und Süd eine Polung dar, die fast magnetisch von der Dynamik der europäischen Einheit abstößt.

Die Dissertation von Giuliano Garavini, die 2009 auf Italienisch publiziert wurde, und seit 2012 in einer überarbeiteten englischen Fassung vorliegt, legt entgegen dieser dominanten Sichtweise die vielfältigen Bezüge des Integrationsprozesses zum „Globalen Süden“ frei. Das unter der Ägide von Antonio Varsori entstandene, äußerst kenntnisreiche Buch, das auf der Lektüre einer eindrucklichen Fülle an politologischer und politikgeschichtlicher Forschungsliteratur basiert, setzt den „Globalen Süden“ als eine Gegenmacht zur europäischen Politik ein. In sechs Kapiteln und einem substanziellen Epilog zeichnet Garavini die Konturen der frühen Außenpolitik der EWG gegenüber den Entwicklungsländern nach, die mit der ersten UNCTAD-Konferenz in Genf 1964

auf der Bühne der Weltpolitik zu einer einheitlichen Stimme fanden. Er argumentiert überzeugend, dass die Assoziationspolitik der EWG mit Afrika ausgehend vom Vertrag von Jaunde von 1963 das Potenzial gehabt habe, eine wirtschaftlich ausgeglichene Weltordnung zu generieren. Diese Perspektive sei in Europa mit dem gesellschaftlichen Umbruch um 1968 mehrheitsfähig geworden. Doch die wirtschaftliche Krise der 1970er Jahre, die Verschärfung des Ost-West-Konflikts um 1980 und die ordnungspolitischen Normen des „Neoliberalismus“ hätten diese Zukunftsperspektive verbaut.

Die politikgeschichtliche Studie von Garavini umkreist implizit immer wieder die Frage, warum nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa eine länderübergreifende politische Körperschaft überhaupt entstand. Und auch die Entstehung einer Gegenstimme hierzu aus der „Dritten Welt“ wird beschrieben. Erklärungen für diese Findungsprozesse von nationalen Interessen zu übernationalen Körperschaften finden sich in Garavinis Buch aber nicht. Die Forschung gibt dafür drei Deutungen. Man sieht in der europäischen Einigung erstens ein Friedensprojekt gegen den Nationalismus. Dieser hatte zu zwei Weltkriegen geführt, und schon in der Zwischenkriegszeit rief eine paneuropäische Bewegung die Nationalstaaten zur friedlicheren Zusammenarbeit auf. Der zweite Grund ist der wirtschaftliche Wiederaufbau des Kontinents nach 1945, der wohl keinem europäischen Land für sich selbst so rasch gelungen wäre. Und drittens sei es darum gegangen, Europa zwischen den zwei Blöcken des Kalten Krieges auf einen „dritten Weg“ zu bringen.

Diese dritte Deutung ist heftig: Wer die EU als den Versuch versteht, nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges die europäische Weltgeltung wiederherzustellen, begibt sich in einen direkten Widerspruch zur vermeintlichen Friedensabsicht des europäischen Projektes. An diesem Punkt setzen Peo Hansen und Stefan Jonsson an. Sie argumentieren, sowohl die Montanunion (1952) als auch die EWG (1957) hätten vor allem der Wiederbelebung des europäischen Kolonialismus in Afrika gedient. Die europäischen Länder schlossen sich zusammen, um ihre Kolonien zu halten. Allerdings würden die kolonialen Ursprünge der EU gerne übergangen, so Hansen und Jonsson. Die Stelle, an der sich der französische Außenminister Robert Schuman in seinem Gründungstext der Montanunion 1952 auf Afrika bezog, fehlt auf den meisten EU-Webseiten. Ihr Buch schildert die europäischen Großmachtsphantasien bezüglich Afrika in der Zeit vom Ersten Weltkrieg bis zum

Marshallplan. Dann gehen sie darauf ein, welche Rolle die Bezugnahme auf die kolonialen Territorien Frankreichs und Belgiens in den Verhandlungen spielte, die zu den Römischen Verträgen von 1957 führten. Das wird mit einem Gestus der Neuheit vorgetragen, der dem Forschungsstand nicht entspricht. Die Problematik der Kolonialterritorien ist vielfach aufgearbeitet worden. Das Problem ist, dass diese Forschungsergebnisse bislang keinen Einfluss auf die Geschichtspolitik der EU hatten. Brüssel imaginiert sich nach der Entgegennahme des Friedensnobelpreises 2012 als „good guy“ und will keine koloniale Vergangenheit. Das berechtigte Anliegen von Hansen und Jonsson ist es, zu zeigen, wie sehr die Geschichtsforschung versagt, wenn es um die Ideologieproduktion von übernationalen Körperschaften geht. Die kolonialen Bezüge und der nationale Eigennutz der einzelnen Nationalstaaten seien stärker in Erinnerung zu bringen. Es sei an der Zeit, in der Forschung zur Geschichte der EU die gleichen ideologiekritischen Maßstäbe anzusetzen, die in der Forschung zur Geschichte der einzelnen Nationen längst als Standard gälten.

Die heutige EU geht auf die „Einheitliche Europäische Akte“ von 1986 zurück, als man die Freiheit des Kapitalverkehrs, der Arbeitskräfte, der Waren und der Dienstleistungen verkündete. Garavini sieht in diesem Rechtsschluss einen Endpunkt der Südbeziehungen des europäischen Einigungsprojekts, das seiner Meinung nach einen hoffnungsvolleren Horizont gehabt hätte. Hansen und Jonsson rufen die kolonialen Ursprünge der EU in Erinnerung, und kritisieren zu Recht den selektiven Umgang dieser Institution mit ihrer Vergangenheit. Beide anzudeutenden Bücher weisen auf die umstrittene Identität der Europäischen Union hin, indem sie deren Bezüge nach außen sichtbar machen. Erstaunlich ist allerdings, dass weder Garavini noch Hansen und Jonsson die Stimme des „Südens“ untersuchen. Senghor, Nkrumah oder Nyerere hätten ihre Bücher wohl beiseitegelegt.

Luzern

Daniel Speich Chassé

EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

Die Gewalt der Segmente

Riekenberg, Michael: Staatsferne Gewalt. Eine Geschichte Lateinamerikas (1500–1930),

247 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.

Über Gewalt in Lateinamerika ist so viel geschrieben worden, dass diese Region fast reflexartig mit Gewalt in Verbindung gebracht wird. Der Lateinamerikahistoriker Michael Riekenberg hat nun ein Werk vorgelegt, das auf 247 Seiten vielmehr die besonders gelagerten Strukturen der Gewalt in Lateinamerika aufzuzeigen vermag.

In der Einleitung stellt Riekenberg dafür zunächst seine Grundbegriffe der Staatsferne und der Gewalt vor. Beide sind, wie der Autor selbst anführt, strittig. Riekenbergs Vorgehen ist daher historisch induktiv: Gewalt soll „auf der Grundlage des Wissens“ verstanden werden, „das Menschen, die Gewalt begingen, von ihr besaßen“ (S. 9). Mit dem Begriff der Staatsferne wird hingegen der Umstand erfasst, dass „der Staat keinen Schutz und keine Sicherheit zu geben vermochte, ohne dass die Menschen daran Anstoß genommen hätten, weil sie diese Erwartung gar nicht hegten“ (S. 16). Die Suche nach Ordnungsmodellen jenseits des Staates hat mittlerweile Konjunktur in den Sozialwissenschaften, womit sich das Buch in einen großen Rahmen derjenigen Studien einordnen lässt, die nicht von Staatlichkeit als selbstverständliche Grundlage sozialen Miteinanders ausgehen. Methodisch durchzieht die Suche und Diskussion von „Sprachspielen“, die aus den Quellen herausgelesen werden, die Studie. Wenn der Staat den Menschen fern ist, so schlussfolgert Riekenberg aus seinem eigenen Sprachspiel, muss man also fragen, „was denn den Menschen nah war“ (S. 22). Im Fall der Gewaltbeziehungen, so der Autor, rückten daher „Verhältnisse wie Reziprozität, Wertegefüge wie die moralischen Ökonomien und Institutionen wie das Ritual“ (ebd.) in den Blickpunkt.

Die folgenden zwei Kapitel führen weiter in die Fallstudien und die dichte, vor allem anthropologische Theorie des Buches ein. Unter dem Lemma „Wissenshorte“ findet sich im dritten Kapitel seine Definition von Gewalt als eine „Operation des Zerteilens, Trennens und Auflösens“, die von den „symbolischen Ordnungen des Mythos – oder der Wissenschaft“ im Rahmen einer Erzählung wieder „integriert und zu einem Ganzheitlichen gemacht“ wird (S. 48). Aufgrund der konsequenten Berücksichtigung indigener Kulturen gelingt es ihm dazu einleuchtend zwischen somatischen und Schrift-Kulturen zu unterscheiden. Die Schlussfolgerung, dass der Körper als Aufbewahrungsort des Wissens über die Gewalt „vom Staat weg“ führe, wohingegen

eine Schriftsprache die „Herstellung einer idealen Ordnung, wie der Staat sie anstrebt, begünstigt“ (S. 72), ist nicht neu, aber in ihrer komplexen Diskussion in diesem Abschnitt des Buches doch gewinnbringend untergebracht.

Im vierten Kapitel, dem Hauptteil des Buches, erörtert Riekenberg „segmentäre Gewaltbeziehungen“, deren Struktur er als „Netzwerk lokaler Organisationskreise der Gewalt“ beschreibt und als für Lateinamerika typisch ansieht (S. 77). Kennzeichnend sind dafür nach ihm vor allem reziproke Gewaltbeziehungen, also solche, in denen die Gewaltakteure einander als Gleiche anerkannten. Mit Blick auf die dörfliche Gewalt, oft am Rande von Festlichkeiten entstanden, stellt der Verfasser fest, dass sich diese meist direkt gegen die lokal bestellten staatliche Akteure richtete. Am Beispiel der argentinischen Pampa – einem Spezialgebiet des Autors – weist er hingegen nach, dass eine zunehmende Ethnisierung der Konflikte seit den Bourbonischen Reformen Ende des 18. Jahrhunderts von den staatlichen Stellen ausging, während an der *frontier* vielmehr Gewaltmärkte, die eine solche Unterscheidung nicht kannten, die Beziehungen bestimmten.

Im fünften Kapitel handelt der Autor unter der Überschrift „Schwellengewalt“ die zahlreichen millenarischen Bewegungen, vor allem der indigenen Bevölkerungen, ab, in denen ein Übergang zwischen zwei Ordnungen durch die zeitliche Aufhebung jeglicher Ordnung in der Gewalt vollzogen wurde. Die „Moderne“, vom Autor selbst als Überschrift des sechsten Kapitels in Führungszeichen gesetzt, machte sich in Lateinamerika dadurch bemerkbar, dass sich die Eliten und wachsende Teile der Bevölkerung nun ein Leben ohne Staat nicht mehr vorzustellen vermochten. Die allorts vollzogene Bildung von Milizen schleuste jedoch auch in diesen Prozess der Verstaatlichung einen segmentären Charakter kollektiver Gewalt ein, in dem – wie Riekenberg anhand von Beispielen mestizischer wie indigener Milizen zeigt – die Bedeutung egalitärer Beziehungen nach wie vor einen hohen Stellenwert besaßen und die Ordnung der Staatsferne zu reproduzieren halfen. In Berücksichtigung der vor allem technisch rasanten Entwicklungen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hebt der Verfasser in seinem entsprechenden Unterkapitel interessanterweise die Fotografie hervor, mit der eine neue Form von Gewalterzählung, nämlich die des seriellen Zeigens von Gewalt möglich wurde. Mit der „Zivilisierung des Staates“ (S. 188, Kap. VII), ging schließlich die Zeit der Staatsferne im Übergang zum 20. Jahrhundert zu

Ende. Doch statt in eine teleologische Erfolgsgeschichte der Staatsentstehung zu verfallen, fasst Riekenberg unter diesem Thema auch den Staatsterror, der sich bei dem Versuch, eine innere Homogenität herbeizuführen, gewaltsam gegen die eigene Bevölkerung richtete. Dabei betrachtet er auch die Rolle der Intellektuellen und ihrer Versuche, Gewaltakteure aus lokalen Loyalitäten herauszulösen und auf eine universale oder nationale Idee zu verpflichten. Das Buch endet mit einer Reflektion über Distanzierung von der Gewalt in der Erzählung.

In „Staatsferne Gewalt“ schreibt Riekenberg eine Wissenschaftsgeschichte der Gewalt mit Blick auf Lateinamerika und liefert damit die erste historische Gewaltsoziologie dieser Region. Diesem Mangel auf elegante wie innovative Art abgeholfen zu haben, ist ein großes Verdienst des Buches.

Berlin

Lasse Hölck

Goldenes Zeitalter – jenseits von „Fiddler on the Roof“

Petrovsky-Shtern, Yohanan: The Golden Age Shtetl. A New History of Jewish Life in East Europe, 448 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2014.

In seinem Buch „The Golden Age Shtetl“ erzählt der in der Ukraine geborene und in den USA lehrende Historiker Yohanan Petrovsky-Shtern die Geschichte des *shtetl* tatsächlich so neu, wie er es im Klappentext des Buches ankündigt. Sein opulentes Buch mit einem farbenprächtigen Einband, der ebenso vom Autor selbst entworfen wurde, wie die Vignetten innerhalb des Textes, verspricht nichts weniger, als die erste Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des *shtetl* zu sein. Das überrascht auf den ersten Blick, denn der *shtetl* als Heimat hunderttausender osteuropäischer Juden erscheint Forschern und Forscherinnen der osteuropäischen jüdischen Geschichte wohl vertraut. Dennoch steht meist der Topos „Shtetl“, der romantisierende Blick auf die Vergangenheit oder die literarische Tradition des Erinnerungsortes, und nicht die historische Lebenswelt im Mittelpunkt der Untersuchungen. Obwohl die Überlagerung der historischen Erfahrung durch den Topos des *shtetl* als Heimat des „Fiddler on the Roof“ vielfach kritisiert worden ist, hält sich diese Fiktion hartnäckig. Das *shtetl*, so

will es die kollektive Erinnerung, war möglicherweise unter polnischer Herrschaft, im von Simon Dubnow so genannten „Goldenen Zeitalter der Juden in Polen“ ein Zentrum jüdischer Selbstverwaltung. Spätestens mit den Teilungen Polens und der russländischen Herrschaft über die ehemals polnischen Juden begannen aber die Zeiten von wirtschaftlicher Krise und gesellschaftlicher Ausgrenzung, die geradezu folgerichtig in der antijüdischen Gewalt des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu münden scheint.

Petrovsky-Shtern erzählt eine andere, eine neue Geschichte. In seiner Studie stehen einige Duzend *shtetl* in den Gouvernements Kiew, Podolien und Wolhynien (in der heutigen Ukraine) im Mittelpunkt. Um die Geschichte dieser jüdischen Marktflecken zu rekonstruieren hat der Verfasser umfangreiche Archivstudien betrieben und kommt auf dieser Grundlage zu einem ganz anderen Ergebnis: Die Juden im ukrainischen *shtetl* erlebten von etwa 1790 an bis in die 1840er Jahre hinein ein „goldenes Zeitalter“, das von wirtschaftlicher Prosperität ebenso geprägt war, wie von gegenseitiger Kooperation mit den russländischen Behörden. Den *shtetl*, die oftmals den Status privater Städte polnischer Adliger hatten, eilte der Ruf voraus, wirtschaftlich blühende Handelsknotenpunkte zu sein. Deshalb hatten russische Adlige großes Interesse an diesen Städten. Auch galten die Juden im Gegensatz zu den Polen als zuverlässige und loyale Untertanen. Petrovsky-Shtern zeigt anhand bemerkenswerter Beispiele, dass die Juden sich zu ihren neuen russischen Herren hingezogen fühlten. Er beschreibt, wie die Juden sich gegen Napoleon positionierten und solcherart loyal zu ihrem neuen Kaiser standen. Diese Beschreibung verweist auf die Identifizierung der osteuropäischen Juden mit dem Russischen Reich, welche die transnationale Gemeinschaft der europäischen Juden in Ost und West teilte. Im Westen begann für die Juden mit dem napoleonischen Zeitalter die Emanzipation, im östlichen Europa galt Napoleon als Feind des Russischen Reiches und damit auch als Feind der loyalen jüdischen Untertanen.

Besonders originell argumentiert Petrovsky-Shtern, dass die chassidischen Höfe, die in der Zeit nach den Teilungen Polens entstanden, sich am höfischen Zeremoniell des russischen Zarenhofes orientierten und deutet auch das als Hinwendung der religiösen Juden zu ihrem neuen Kaiser. Auf der anderen Seite führt er eine Reihe von russischen Reisebeschreibungen an, die zeigen können, dass auch der erste Eindruck der Russen vom jüdischen *shtetl* häufig überaus positiv war. Mit dieser neuen Sichtweise rüttelt der Autor

an ein paar sicher geglaubten Grundannahmen russisch-jüdischer Historiographie. Die Einberufung jüdischer junger Männer zum Dienst in den russländischen Armeen seit 1827 etwa bewertet er nicht als antijüdische Maßnahme Nikolaus II., sondern als Zeichen dafür, dass die russländische Obrigkeit die Juden als loyale Untertanen ansah und ihnen vertraute (im Unterschied etwa zu den Polen, die als unzuverlässig galten).

Die wirtschafts-, sozial- und kulturgeschichtliche Analyse Petrovsky-Shterns betrifft eine Vielzahl von Themen, die an verschiedene Felder der zeitgenössischen historiographischen Diskussion anschlussfähig sind. Petrovsky-Shtern betrachtet etwa den Handel sowohl auf den Märkten der *shtetl*, als auch den Schmuggel im „imperial borderland“. Er interessiert sich für Gewalt, Kriminalität und Rechtsprechung, ebenso wie für den Alkohol als Geschäft der Juden im *shtetl*. All diese Bereiche verhandeln die Interaktion von Juden und nicht-jüdischen Untertanen im Russischen Reich. Aber auch die sogenannten innerjüdischen Aspekte des Lebens im *shtetl* wie die Themen Familie und Ehe, Sexualität sowie Geschlechterrollen und Normen finden ihren Platz in diesem faszinierenden Panorama. Architektur- und kunstgeschichtlich interessant ist das Kapitel über das jüdische Haus im *shtetl*, in dem Urbanität und Landleben sich auf einzigartige Weise verbinden. Im letzten Kapitel wird schließlich das religiöse Leben im *shtetl* verhandelt.

Das florierende *shtetl*, wie Petrovsky-Shtern es in seinem Buch nachzeichnet, erlebte seinen Niedergang um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Motive dafür waren vielfältig. Äußeres Anzeichen des Verfalls war häufig eine sichtbare Katastrophe, ein Feuer, das sowohl von den Menschen als auch von den Chronisten häufig als Zäsur wahrgenommen wurde. Dennoch gab es politische oder ökonomische Ursachen längerer Dauer. Die Russifizierung der imperialen Grenzgebiete hatte den Niedergang der Traditionen aus polnischer Zeit zur Folge, zu denen auch die *shtetl* als Marktplätze gehörten. Die Industrialisierung entzog den *shtetl* zunächst die Funktion als Märkte, später die Menschen und schließlich stellte sie religiöse Bindungen in Frage. Aber diese Gründe für den Niedergang des *shtetl* sind in der Forschung lange bekannt. Die detaillierte und quellennahe Kenntnis dieser untergegangenen Welt vor ihrem Niedergang aber verdanken wir nun dem Buch „The Golden Age Shtetl“ von Yohanan Petrovsky-Shtern.

Bremen

Anke Hilbrenner

Die Verrechtlichung des Unrechts

Schaper, Ulrike: *Koloniale Verhandlungen. Gerichtsbarkeit, Verwaltung und Herrschaft in Kamerun 1884–1916*, 446 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2012.

Ulrike Schaper hat mit der überarbeiteten Dissertationsschrift zu kolonialer Gerichtsbarkeit in Kamerun von 1884 bis 1916 eine grundlegende Studie zur deutschen Kolonialgeschichte vorgelegt, die auch Praktiken der Kolonialverwaltung in den Blick nimmt. Dabei fragt die Autorin, wie „Recht und Gerichtsbarkeit im kolonialen Kamerun“ als „Herrschaftsinstrument der deutschen Kolonialmacht“ fungierten. Schaper belässt es allerdings keineswegs bei einem Ansatz, der koloniale Herrschaft von Seiten der Kolonialherren untersucht, sondern analysiert auch die „ermächtigenden Wirkungen für die kolonisierte Bevölkerung“ (S. 11). Herrschaft wird somit – so könnte man in Anlehnung an Alf Lüdtke sagen – als „soziale Praxis“ verstanden. Um diesen Ansatz einlösen zu können, was ihr durchwegs sehr gut gelingt, analysiert Schaper neben Kolonialverwaltungsakten aus den Beständen des Reichsarchivs in Berlin-Lichterfelde und Missionsakten der Basler Mission auch sehr umfänglich Unterlagen aus den Kameruner Nationalarchiv in Yaoundé, die mehr Rückschlüsse auf das konkrete Geschehen vor Ort und beispielsweise auch die wichtige Rolle von Dolmetschern erlauben.

Der erste Teil der Studie behandelt die Verrechtlichung kolonialer Herrschaft. Dabei handelt es sich ja letztlich um ein perfides Unterfangen, bei dem sich die Protagonisten des deutschen Kolonialismus bemühten, das Unrechtssystem kolonialer Unterdrückung in ein scheinbar rechtliches Gewand zu kleiden. Hier hätte Schaper vielleicht deutlicher die Problematik der Verrechtlichung von Unrecht debattieren können. Sodann werden der Aufbau von Institutionen der kolonialen Gerichtsbarkeit in den Blick genommen und diese innerhalb ihrer Stellung zwischen Arenen deutscher Öffentlichkeit sowie den kolonialen Behörden vor Ort und den jeweiligen einzelnen Beamten untersucht. Im zweiten Teil der Studie werden Recht und Gerichtsbarkeit in ihrer Funktion als koloniale Herrschaftsinstrumente ausgelotet. Der dritte Teil stellt die Praxis der Gerichtsverhandlungen selbst in den Mittelpunkt, wobei auch nach „Aneignungen“ und „Widerstand“ durch die betroffenen Kolonisierten gefragt wird (S. 206). Der vierte Teil fragt nach dem Stellenwert des Rechts im großen und – wie in den letzten Jahren von neueren

Untersuchungen zur Geschichte des Kolonialismus immer wieder herausgestellt wurde – immens wichtigem Feld des „Wissens“. Sehr weiterführend ist an dieser Stelle der Abschnitt, in dem Schaper den „scientific colonialism“ im Zusammenhang mit kolonialer Gerichtsbarkeit in seiner zweifachen Konsistenz analysiert: Nämlich zum einen als Phänomen kolonialer Ausbeutung, in dem das Wissen der Kolonisierten in die Metropole übertragen und dort – auch für ganz eigene Belange – genutzt wurde (S. 229) und zum anderen die kolonialwissenschaftliche und ethnologische Erschließung der Kolonie, bei dem „Wissen“ der Durchsetzung von Herrschaft dient (S. 231). Hier gelingt es der Autorin, aufzuzeigen, wie groß das Interesse deutscher Kolonialbehörden und -beamten in Kamerun war, das zu erforschen, was sie für „afrikanisches Recht“ hielten, wie eng die Allianzen zwischen Missionaren, Kolonialbeamten und Ethnologen auch bei diesem Gegenstand kolonialer Forschung waren und welchen zentralen Stellenwert dieses freilich häufig projizierte und konstruierte „Wissen“ für die Herrschaftsausübung hatte. Im fünften Kapitel der Studie zeigt Schaper denn auch auf, wie plural und miteinander konkurrierend koloniales Recht in Kamerun sein konnte, nicht zuletzt durch jenes „Wissen“ über vermeintlich urafrikanische Verhältnisse. Ziel dieses Rechts war grundsätzlich, die koloniale Herrschaft und „Ordnung“ aufrechtzuerhalten, nicht zuletzt – so Schaper ausführlich – um bis hin zu den Körpern der Kolonisierten allumfassend vorzudringen durch die Regulierung von Sexualität und Geschlechterbeziehungen.

Durchaus zu würdigen an Schapers Arbeit ist, wie vorbildhaft es ihr immer wieder gelingt, die Rolle und die Praktiken aller Beteiligten zu untersuchen. So widmet sie sich umsichtig auch den Handlungen sogenannter „kultureller Makler“, die sich oft selbst als zwischen den Welten stehend ansahen, und als Dolmetscher oder Informanten durchaus soziales und kulturelles Kapital seitens der Kolonialherren wie auch Kolonisierten anhäuferten. Damit befindet sich Schapers Studie auf der Höhe der aktuellen Forschungen zu Kolonialgesellschaften, wobei sie überdies immer wieder Bezug auf interdisziplinäre Ansätze wie die *post-colonial studies* und die *legal anthropology* nimmt. Nicht nur im Rahmen der deutschen Kolonialgeschichte ist Ulrike Schapers Arbeit empfehlenswert und zentral. Sie ist auch ein Beispiel für eine durchwegs gelungene und anregende Studie, wie über Kolonialismus oder gar Machtausübung überhaupt geschrieben werden sollte.

Gießen

Hubertus Büschel

German Women in Germany's Pacific Colonies

Loosen, Livia: Deutsche Frauen in den Südsee-Kolonien des Kaiserreichs. Alltag und Beziehungen zur indigenen Bevölkerung, 1884–1919, 675 pp., transcript, Bielefeld 2014.

Livia Loosen has advanced the field of German colonial history with this impressively researched book. With it, she steps into a very sparsely researched subfield, even within the area of German colonial history. Almost any overarching study, then, might by default become the standard work on German women in the Pacific colonies under German rule. All the better, then, that she has written a high-quality book that should be the standard work. It is a comprehensive account that stays close to its sources. Based primarily on writings of German women, the book also draws on administrative records located today in Australia, New Zealand, and New Guinea, in addition to Berlin and elsewhere in Germany. Loosen reflects thoughtfully on the possibilities and limitations of these sources. Her book excels in the breadth, comprehensiveness and careful analysis of its source base.

To be clear about what this book is not: This is not the sort of book one would assign to university students as course reading. It is a long, detailed book for the researcher. It is not a book of daring arguments, and I do not think that was Loosen's goal. For instance, there is no innovative thesis advanced here about the colonial mixed marriage debate ('Mischehendebatte'), but Loosen does provide a detailed, sensitive grounding in Pacific materials of this topic that has received only lopsided examination to date. She explicitly states what she has demonstrated in each chapter, and these conclusions are well-considered but not surprising. Not that they necessarily should be; the value of this book is that it makes the difference between surmising and knowing, and given that the Pacific colonies were very different from Qingdao and from Germany's African colonies, that is important. The book is more empirical than theoretical—a completely different sort of book from, say, George Steinmetz's book "The Devil's Handwriting". Finally, I would classify it as a work of women's history rather than gender history. What I mean here is that Loosen does not reveal the gendered nature of, for example, the nation, missionary work, labor policy, settlement, or private property. Rather, German women are her subject: individual German women who lived

for various periods of time in the Pacific colonies, and what we can know about what they saw, did, and thought. Loosen is not a naive thinker, but she does not reflect at any length on the question of whom to count as a German or Samoan woman. Her careful detail nevertheless shows the reader vividly that such labels cannot be taken for granted. Like many other colonies, the Pacific colonies were highly international places. While her focus is on Germans and on Melanesian, Polynesian, and Micronesian colonial subjects, Chinese laborers, cooks, and servants are a recurring presence in these pages. Who will research their lives?

Loosen has organized her complex material into nineteen chapters. She asks what motivated German women to go to the Pacific colonies, what they expected to find and to what extent their expectations were met, how their everyday life transpired, what social mobility and perhaps different relations with German men their colonial lives brought, and how German women interacted with the "indigenous" population, with what effects for both (pp. 18–19). These are the questions one might expect, but one might not expect the care and detail with which Loosen rotates her objects of analysis, especially these women's writings, to reveal ever more facets, from the experience of the ship journey to the use of household space to departure at various points of the First World War. Loosen is attentive to how the writers' intended audiences inflected their writings (e.g. public or private, prescriptive or descriptive, pertinent to their work or formulated in passing). The heart of the book seems to be Chapter 13 on German women's interactions with colonial subjects, particularly as Loosen's original ambition was to use sources on both colonized and German women to explicate their interactions. She had to reconfigure that plan given the paucity of texts produced by colonized women, though she does make use of one fascinating source found in the colonial administration's files (pp. 408–411). She takes up questions of race and racism in this chapter especially, and makes astute observations about how one and the same writer may express racism or not in various parts of that writer's text(s). However, Loosen provides very little information about labor coercion in the Pacific colonies and the resulting drive to establish social barriers in order to racialize laborers, so in this book the racisms of the Pacific colonies appear almost exclusively as legal and cultural matters. Therefore, over against her summing-up (p. 615), I am not sure that this

book provides enough material on race to help us reach a comprehensive understanding of how racisms in the Pacific colonies operated or how they compared to those in the African colonies or Qingdao or in other colonial empires.

Most of these German women were missionaries or were connected to missionaries; the second notable and fairly well-documented contingent were medical nurses. The fact that many of these missionaries and all the nurses were unmarried working women was anomalous in Germany but prominent in the Pacific colonies—one of the interesting ways in which Pacific colonies' distinctiveness directly relates to gender relations. A third group, hardest to document, were private persons joining husbands or other family members. She shows that we know the least about poorer private persons. In addition, she discusses women travelers and scientists, who were few in number but well-documented.

The great virtue of Loosen's research stamina and exhaustive detail is that the reader gains a sure sense of proportion (for instance regarding the prominence of missionaries). This is no small thing—too many works on German and other colonialisms examine their sources in an isolated, excessively historicist fashion, leaving the reader uncertain about the larger significance or impact of the phenomenon under analysis. After reading this book, you almost feel like you have followed Loosen into the archives, and if you are wondering about something that was not her focus, you have a good sense of whether and how you would be likely to find it.

Houston, TX

Lora Wildenthal

Political Reformer and Feminist

Orr, Brooke Speer: The 'People's Joan of Arc'. Mary Elizabeth Lease, Gendered Politics and Populist Party Politics in Gilded-Age America, 316 pp., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2014.

Brooke Speer Orr's biography of Mary Elizabeth Clyens Lease (1853–1933) provides a rewarding perspective on the most significant woman in American Populism. She begins with Mary Elizabeth Clyens's birth to a Pennsylvania family of Irish immigrants. Her father's anti-British sentiment, Union army service, and death as a prisoner of war proved important. Young Clyens despised southern slavery, the Confederacy, and, thanks to her

Republican family, its Democratic apologists. She moved to Kansas at age seventeen to teach in a Catholic school and in 1873 married Charles Lease. The mother of six children, Lease experienced hardship as the couple tried, without success, to earn a living on Kansas farms.

These experiences contributed to Lease's interest in social reform. During the 1880s, Lease became a leader for women's suffrage, the Irish National League, the Knights of Labor, the Women's Christian Temperance Union, and the Union Labor Party. Lease believed "the greatest social evils plaguing America were wealth stratification, the maldistribution of property, and the exploitation of working farmers and the industrial classes" (pp. 37–38). In 1890, Lease helped found the Kansas Populist Party. Over the next six years, she emerged as one of its outstanding figures. Lease achieved this status largely as a result of her enormous skill and enthusiasm as a public speaker. She attended prominent meetings, traveled extensively, and impressed important members of the party.

Orr focuses on gendered reactions to Lease. Lease's ideas and actions challenged the male political monopoly and offered a unique variety of Populism. Populist speakers typically suffered from personal attacks and ridicule. Yet Lease also experienced special hostility on gendered grounds. Anti-Populists called her a "rabble rousing female fanatic", "the people's party Amazon", "Patrick Henry in petticoats", and "a self-made man" (pp. 65–66). The author emphasizes Lease did not reject her gender, but "remained firmly tied to the notion that women best served their nation and community through motherhood" (p. 98).

For Lease, as for all Populists, converting Populist principles into law proved to be a disappointing challenge. Orr demonstrates Lease's contradictory political strategies. In 1892, she campaigned as a Populist, but criticized cooperation, or fusion, between Populists and Democrats. However, after the election she accepted a lucrative appointment as president of the Kansas State Board of Charities from the new fusion governor. In early 1896, Lease took an editorial position with Gold Democrat Joseph Pulitzer's New York newspaper. Nevertheless, during the 1896 presidential election she campaigned for the silver fusion candidate, Democrat William Jennings Bryan, and opposed Tom Watson, the Populist vice-presidential nominee.

After 1896, when Lease moved to New York City, her political inconsistencies intensified.

In 1899, she praised the Socialist Democratic Party and gave speeches with Eugene Debs. However, in 1900 she received money from Republicans to promote conservative William McKinley against Bryan and to endorse gold coinage and American expansionism. Between 1904 and 1933, Lease admired Theodore Roosevelt, Woodrow Wilson, Herbert Hoover, and Franklin Roosevelt. According to Orr, this behavior demonstrated waning radicalism.

The author also documents Lease's policy proposals, some of which reflected bigotry. Lease explained rural hardship as a conspiracy led by international bankers, which Orr describes as "related to her well-developed anti-Semitic discourse" (p. 106). Lease's 1895 book "was a peculiar, rambling amalgam of racism, nativism, and socialism, and drew from the racial ideas of Social Darwinists" (p. 145). It proposed sending unemployed Asian and black Americans to colonies in Latin America as tenant farmers.

Orr's strongest contribution to historiography is her detailed attention to Lease's leadership as a woman. The gendered approach demonstrates that feminism shaped Populism. Lease's experiences as daughter, wife, and mother influenced her reform career. Typically, historians view Populism through the lives of its male leaders. But Lease's combination of support for women's suffrage and temperance, praise of motherhood, and Populist advocacy show critical links between gender and agrarianism.

By contrast, Orr's contribution to the history of reform political strategy is less obvious. For example, she associates Lease with anti-fusion politics, suggesting that this was a more genuine form of Populism. Nevertheless, as already noted, Lease's career did not reflect Populist purity. She campaigned for practically every political party that existed between 1870 and 1930. She even championed the extreme fusion presidential ticket of Democrats Bryan and Arthur Sewall in 1896. Conceptually, Orr seems to rely on the late historians C. Vann Woodward and Lawrence Goodwyn. This reflects a larger problem in the book, a general absence of references to Populist scholarship published in the past fifteen years.

Overall, Orr's biography makes a revealing contribution. In addition to providing fascinating information about Mary Lease, it expresses a contemporary political purpose. Orr forgives much, including Lease's shallow economic analysis, political maneuvering, and racial prejudice. In the end, Lease is best viewed as "an advocate for social justice", a "modern", and a "radical"

who wisely proposed greater federal government power. Indeed, Lease should be remembered favorably as a "forerunner of modern feminism", and part of the "anti-monopoly tradition" connected to Thomas Jefferson, Andrew Jackson, Populism, Progressivism, and the New Deal (p. 226).

Macon, GA

James L. Hunt

Kulturelle Rezeption auf den Theaterbühnen

Becker, Tobias: Inszenierte Moderne. Populäres Theater in Berlin und London, 1880–1930, 504 S., Oldenbourg, München 2014.

Eine Geschichte Europas an der Wende zum 20. Jahrhundert kommt ohne die Geschichte einer kulturellen Rezeption nicht aus. Der Stellenwert der Musik in der Gesellschaft und der Bühnenkultur insgesamt machen ihre Aneignung und Bewertung zu einem Schlüsselthema. In diesem innovativen Forschungsfeld ist die Studie von Tobias Becker entstanden. Becker ist Wissenschaftler am Deutschen Historischen Institut in London und wurde für die vorliegende Dissertation 2014 mit dem Friedrich-Meinecke-Preis ausgezeichnet. Er richtet seinen Blick auf Aufführungen in populären Theatern (Operette, Musical Comedy, Revue) in Berlin und London zwischen 1880 und 1930. Damit greift er über die klassische Periodisierung hinaus, achtet auf Entwicklungen auch nach dem Ersten Weltkrieg. Ihn interessiert die Bedeutung musikalischer und theatralischer Inszenierungen, deren Stellenwert als öffentliche und mithin eminent soziale, ökonomische und politische Angelegenheit. Welche Folgen hatte die Erwartungshaltung der Groß- und Kleinbürger, der Unternehmer und der Journalisten in beiden Metropolen für die gesellschaftliche Funktion der Aufführungen? Mit guten Gründen warnt Becker davor den Spielbetrieb nicht als oberflächliche oder sogar unwirkliche Verschleierung gesellschaftlicher Tatsachen zu begreifen. Da die Theater und Opernhäuser im Unterschied zu anderen Kunstformen der Aufführung vor einem Publikum bedürfen, stellt das Reden und Schreiben über Kunstwerke im Allgemeinen und über Inszenierungen im Besonderen einen wesentlichen Bestandteil öffentlicher Kommunikation dar.

Deutlich hebt diese Studie den Stellenwert von Berlin und London hervor. Beide Metropolen

boten zahlreiche Lebenschancen – politisch als Hauptstädte, wirtschaftlich als Orte der Kapitalkonzentration und neuer Konsummöglichkeiten, sozial durch den Fortbestand der Aristokratie und der Ausdifferenzierung des wachsenden Bildungs-, Wirtschafts- und Kleinbürgertums. Dabei war London die führende Metropole des musikalischen Konsums. Die erfolgreich befriedigte Nachfrage nach den besten Künstlern und den wichtigsten Werken spiegelte die ökonomische Macht Londons und stellte die musikalischen Konsummöglichkeiten in Berlin lange Zeit in den Schatten.

Um die „inszenierte Moderne“ in Berlin und London vergleichen zu können, also die künstlerische Produktion und die gesellschaftliche Rezeption an den verschiedenen Orten, gliedert der Autor sein Buch in vier Themenfelder: Erstens die Liberalisierung der Theaterpolitik, zweitens die Rolle der Theater als räumliche Bezugspunkte in den Hauptstädten, drittens die Analyse des Publikums und viertens die ökonomischen Herausforderungen des Spieltriebs. Zwischen 1880 und 1930 nahm die Komplexität der Produktionsbedingungen rasant zu. Geschichten über die Inszenierungen und die Künstlergagen faszinieren den Leser ebenso, wie Analysen herrschender Geschlechterfantasien und der Aufstieg von Kino und Radio. Denn der Genuss und die Verschwendung musikalischer Waren spiegelt die Vielfalt moderner Lebensstile.

Becker macht die Angleichungsprozessen und Abgrenzungsstrategien bestimmter Praktiken, Geschmäcker und Konsumgewohnheiten zwischen den beiden Metropolen und ihren Spielstätten deutlich. Der kulturelle Austausch erreichte aufgrund neuartiger Kommunikations- und Verkehrssysteme, sowie der gesteigerten Bedeutung der Märkte und technischen Medien eine nie zuvor erreichte transnationale Dimension. Das Interesse an guten Produktionen und die Rolle reisender Sänger und Ensembles wird lebendig gezeigt. In Folge des wachsenden Kulturtransfers zeichnet sich eine Konvergenz der kulturellen Praktiken ab. Auch wenn auf der Ebene der Genres und der Geschmacksmuster eine Pluralisierung nachweisbar ist, deutet das Konsumverhalten des Publikums in eine andere Richtung.

Diese Studie überzeugt auch deshalb, weil sie belegt, dass ein Vergleich der Musik- und Theaterkultur in Berlin und London, nicht allein die politischen, ökonomischen und sozialen Differenzen in den Blick nehmen sollte. In der Musikrezeption scheint es gewinnbringender eine andere

Position zu vertreten, denn die Ähnlichkeiten in Europa insgesamt übertrafen die Unterschiede bei Weitem. Allerdings setzte der Theaterbetrieb in einer Stadt im Regelfall keine Standards für andere Orte. Zwar sind immer wieder Lernprozesse in Berlin und London um 1900 zu erkennen. In den meisten Fällen aber vollzogen sich trotz aller Wechselwirkungen die Diskurse, Konsumweisen und Verhaltensmuster in den Metropolen parallel zueinander. Kennzeichnend dafür waren Variationen, seltener aber exakte Kopien erfolgreicher kultureller Praktiken.

Trotz aller kulturellen und ökonomischen Konvergenz macht Becker klar, dass die politischen und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten sich in Berlin und London erheblich voneinander unterschieden. In London bestanden innerhalb der kulturellen Institutionen und im Publikumsverhalten größere politische Handlungsspielräume. Auch die Durchsetzung einer habituellen Freiheit und eines eigenen Geschmacksurteils gelang in London leichter als in Berlin. Die gezielt genutzten politischen Provokationen der *middle class* fielen im weniger staatlich-aristokratisch geregelten Großbritannien schärfer aus, weil die gesellschaftlichen bereits vor den musikalischen Reformen angelaufen waren. Becker verweist auf zwei Modi, die Moderne auf der Bühne darzustellen. Intensiver als Künstler in Deutschland nutzten Briten Ironie und Humor zur Kritik an der Gesellschaft.

Nur selten trüben wenige methodische oder inhaltliche Ungenauigkeiten die hohe Qualität dieser Arbeit. Selbstredend ist das Hören von Musik mindestens so sehr ein gesellschaftlicher wie ein rein ästhetischer Prozess. Doch trotz Beckers Erklärung auf eine Analyse der Musik ganz zu verzichten, nutzt er Kompositionen gleichwohl, um deren gesellschaftliche Rezeption zu zeigen. Zudem unterschätzt er im deutsch-britischen Vergleich des populären Musiktheaters im Zeitalter des Imperialismus die begrenzte transnationale Reichweite deutschsprachiger Produktionen. Im britischen Empire ging die Sonne nie unter und Gilbert und Sullivans „Mikado“ konnte im Unterschied zum „Land des Lächeln“ auch in Australien, Kanada und Südafrika gespielt werden.

Eine Konsequenz aus dieser innovativen und brillant geschriebenen Studie über das populäre Theater in Berlin und London ist, dass der Fokus der Forschung sich weniger streng als bislang dem Repertoire der sogenannten „ernsten Musik“ um 1900 widmen und erweitert werden sollte. Die gemeinsame Begeisterung für eine bestimmte Produktion vermochte soziale, politische und

kulturelle Differenzen zu überbrücken, wenn der Kontext stimmte – in diesem Fall der Erfolg des populären Theaters. Dabei relativiert Becker auch die herkömmliche Trennung von E- und U-Musik, das heißt, die strikte Unterscheidung von Erbauung einerseits und Amüsement andererseits und skizziert Entwicklungen des Musik- und Theaterbetriebs, die weit ins 20. Jahrhundert hineinreichen.

Berlin

Sven Oliver Müller

Neue Aristokratiekonzepte

Conze, Eckart u. a. (Hrsg.): Aristokratismus und Moderne. Adel als politisches und kulturelles Konzept, 1890–1945, 384 S., Böhlau, Köln u. a. 2013.

Der vorliegende Band bildet den Auftakt einer neuen Reihe mit dem Titel „Adelswelten“, die herausgegeben wird von führenden deutschen Adelsforschern und -forscherinnen: Eckart Conze, Ewald Frie, Gudrun Gersmann und Tatjana Tönsmeier. Das hiermit eine weitere Reihe für dieses historiographische Feld auf den Markt kommt, verweist auf einen derzeit herrschenden Boom. Bezeichnete Hans-Ulrich Wehler die Geschichte des Adels im 19. und 20. Jahrhundert zu Beginn der 1990er Jahre noch treffend als „terra incognita“, so hat sich seitdem die Historiographie von der völlig überbewerteten Bürgertumsforschung ab- und dem Adel zugewandt.

Die hier programmatisch vorgestellten Ansätze zur Adelsforschung sind äußerst breit gefächert. Eingeführt wird der Begriff des „Aristokratismus“, den die Herausgeber Meyers Konversationslexikon aus den Jahren 1888 und 1905 entnommen und in zweifacher Hinsicht als Analysekategorie erweitert haben. Zum einen verstehen sie darunter Wahrnehmungen und Deutungen von „Adel“, „Aristokratie“ und des „Aristokratischen“, wobei ausdrücklich die ästhetische Verwendung des Begriffs einbezogen wird. Hier soll es vor allem um Fremdbeschreibungen und Fremdzuschreibungen gehen und weniger um Selbstbeschreibungen oder -wahrnehmungen. Zum anderen soll untersucht werden, wie die Zeitgenossen Adel und Aristokratismus als Begriffe für traditionelle oder neue gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen genutzt haben. Der historische Adel als soziale Formation konnte hier sowohl Vorbild sein als auch als zu kritisierendes Zerrbild dienen.

Im Rahmen dieser Rezension ist nicht möglich, alle achtzehn Beiträge eingehend vorzustellen. In dem dezidiert interdisziplinär angelegten Band beschäftigen sich gleich sechs Beiträge mit literaturwissenschaftlichen Themen wie dem Dandytum (Günter Erbe), Adel als poetischem Konzept (Jörg Schuster), Adelssemantik (Jochen Strobel), Adel im George Kreis (Barbara Stiewe), Habitusformen des Aristokratischen in der Literatur der 1920er Jahre (Helmut Lethen) sowie Aristokratismus im nationalrevolutionären Diskurs (Ulrich Fröschle), wobei nicht immer klar ist, wie repräsentativ die von den Autoren ausgewählten einzelnen Schriftsteller beziehungsweise deren Œuvre sind. Auffällig ist insgesamt, dass der Adel vor allem als Projektionsfläche diene. So wurden Fiktionen von Adel konstruiert und reflektiert oder adliger Habitus von Bohemekreisen „kopiert“. Weitere Beiträge analysieren Adelskonzepte bei Friedrich Nietzsche (Ulrich Sieg) und Max Weber (Dirk Kaesler).

Darüber hinaus werden dann doch Selbstbeschreibungen beziehungsweise Statusbestimmungen in drei Beiträgen vorgestellt. Dina Gusejenova thematisiert Selbstbilder, welche adlige Schriftsteller im Rahmen eines deutschsprachigen Europadiskurses entwarfen. Sie stilisierten sich als Retter der europäischen Zivilisation. Michael Seelig untersucht Adelsbilder anhand des „Deutschen Adelsblatts“. In diesem offiziellen Organ der „Deutschen Adelsgenossenschaft“ präsentierte Adel sich weiterhin als entschieden altkonservativ, antimodern und utopisch rückwärtsgewandt. Einen ganz wichtigen Pfeiler des adligen Selbstverständnisses und Wertehimmels analysiert Daniel Menning überzeugend auf breiter Quellenbasis: die Bedeutung des adligen Familienverbandes. Martin Kohlrausch geht der Frage nach, welche Rolle Wilhelm II. als Referenzpunkt für adliges Selbstverständnis gehabt haben könnte. Nachdrücklich legt er dar, dass dieser Kaiser den Adel mehrheitlich derart enttäuschte, dass Aristokratiekonzepte besser ohne dieses Monarchen funktioniert haben.

Zwei weitere Beiträge kreisen um die Themen völkische Bewegung und Nationalsozialismus sowie ihr Verhältnis zum Adel beziehungsweise umgekehrt. Wo gab es ideologische Übereinstimmungen, Affinitäten und Abgrenzungen? Sympathisierte der Adel aufgrund der schwerwiegenden Erschütterungen (Erster Weltkrieg, Weimarer Republik) mit rechtsradikalen Bewegungen? Stimmt Werte und Ziele überein? Häufig kam es zu ideologischen Spannungen, auch wenn bezüglich eines mehr oder weniger ausgeprägten

Antisemitismus, Nationalismus und Demokratiefeindlichkeit Konsens herrschen mochte. Vor allem die in ihren Positionen bedrohten jüngeren Adligen schlossen sich rechtsradikalen Bewegungen an, in der Hoffnung einer neuen nationalen Elite anzugehören (Eckart Conze). Der Autor analysiert darüber hinaus Neuadelskonzepte der SS und zeigt, wie weit Neuadelsdiskurse selbst bei den Hitlerattentätern vom Juli 1944 verbreitet waren. Welche verhängnisvolle Ausrichtung völkische Neuadelskonzepte und rassenmaterialistische Züchtungsutopien nehmen konnte, legt Ingo Wiw-jorra dar. Zu diesem insgesamt spannenden Themenkomplex besteht noch ein erheblicher Forschungsbedarf, der sich keineswegs auf die diskursanalytische Forschung beschränken sollte. Auch Wencke Meteling zeigt in ihrem Aufsatz zu Adel und Aristokratismus im preußisch-deutschen Weltkriegsoffizierskorps wichtige Desiderate auf. Es zeichnet sich aber bereits jetzt ab, dass der militärische Habitus vor allem an der Westfront sich eher Tod- als Ehrbringend auswirkte und Aristokratismus allenfalls noch in der Etappe und den besetzten Gebieten gelebt werden konnte. Für den Zweiten Weltkrieg wären derartige Forschungen ebenfalls sehr gewinnbringend.

Der Beitrag von Josef Matzerath beschäftigt sich schließlich mit genuinen Kernfragen der historischen Adelforschung. Für das lange 19. Jahrhundert setzt er sich kritisch mit zu engen strukturgeschichtlichen Ansätzen auseinander und zeigt, dass Positionsanalysen allein nur bedingt taugen. Die Krux der Gesellschaftsgeschichte läge darin, dass sie idealtypisch Gruppen aufstrebenden Bürgertums gegen absteigenden, konservativen Adel konstruiere. Bei weitem sei nicht jeder Adlige ein Konservativer gewesen. Seine Kohäsion gelang dem Adel weiterhin durch gruppeninterne gegenseitige Ehrzuweisungen, die die Projektionsflächen von Adligkeit des jeweils anderen als adlig akzeptierte. Es ging nicht um das Obenbleiben, sondern um das Zusammenbleiben. Leider sucht man die Kurzbiographie des Autors im Anhang vergeblich.

Dieser alles in allem äußerst anregende Band zeigt, welches großes Potenzial die Adelforschung gerade für kultur- und politikwissenschaftliche Studien bietet. Auch für die Literaturwissenschaften, Philosophie und Soziologie wird deutlich, welche enorme Rolle der Adel oder Konzepte von Adligkeit als Projektionsfläche in diesen Krisen Jahren spielte. Ökonomische Aspekte wurden allerdings weitgehend vernachlässigt. Und natürlich wäre für die Zukunft eine

Erweiterung hin zu europäischen und globalen Perspektiven mehr als wünschenswert.

Saarbrücken

Gabriele B. Clemens

Theory and Practice in Religion and Economics

Steinberg, Swen/Müller, Winfried (eds.): Wirtschaft und Gemeinschaft. Konfessionelle und neureligiöse Gemeinnsinnsmodelle im 19. und 20. Jahrhundert, 342 pp., transcript, Bielefeld 2014.

The essays in this volume, from a conference sponsored by the Sonderforschungsbereich "Transzendenz und Gemeinnsinn" of the TU Dresden, examine the connections between religion and economics. The latter is understood very broadly—not just entrepreneurial motivation, like Weber's Protestant ethic, but also inspirations for social and charitable activities and ethical and theological foundations of economic conceptions. The essays are grouped into three sections: the first on the upheavals of Reinhart Koselleck's Sattelzeit, the period between 1750 and 1850; the second primarily concerns the turn of the twentieth century; and the third on the early years of the Federal Republic. The general topic of the book, the significance of religion in the modern world, offers a counterpoint to theories of secularisation, one too often neglected by historians. As is often the case in such collections of essays, the quality of the individual contributions varies greatly, and the connections between them are not always well addressed.

Koselleck understood the Sattelzeit as a phase of intellectual upheaval and conceptual transformation, but the essays in the first part of the book on theological understandings of poverty show a period of stasis. The real change, as Jochen-Christoph Kaiser demonstrates, came during the Reformation, when poverty was re-defined from its medieval understanding as a divine blessing to a condition of deviance from social norms, to be met by disciplinary measures to encourage labor among the poor capable of work and to help those—the elderly, sick, widows and orphans—who were not. Adopted then by both Christian confessions, this attitude changed relatively little during the social unrest of the Vormärz and the beginnings of industrialisation. Admittedly, as Bernhard Schneider's essay

on Catholic attitudes toward poverty and industrialisation finds somewhat more differentiated opinions in that church, and occasional positions critical of capitalism—usually connected to an idealization of the old regime society of orders—but these remained exceptional. Norbert Köster's essay portraying the social and economic views of the Badenese liberal Catholic professor of theology Johann Baptist Hirscher as just such an exception, as precursors to "Rerum Novarum", is quite unconvincing.

Yet if theological attitudes toward poverty did not change much, the actions of the churches did. The mid-nineteenth century was a period of the expansion and transformation of charitable activity. Protestants founded the Innere Mission and the Diakonie, and reshaped poor relief. Catholics created a myriad of orders and congregations and founded a network of hospitals in the industrialising Ruhr Basin, all points discussed in the essays by Arne Thomsen, Peggy Renger-Berka, Sebastian Kranich and Stefan Dornhein. Yet the odd conjunction of an unchanging theology and innovations in institutions and actions remains unaddressed. Secular influences on religious activity in the period—political radicalism, early socialism, the revolutions of 1830 and 1848—are present in the background of the essays but never really evaluated.

The second group of essays investigates religious influences outside the organised churches. Susanne Schötz analyses in some detail the influence of the neo-Kantian philosopher Karl Christian Friedrich Krause on the ideas of Germany's pioneering feminist Louise Otto-Peters about gender identity and women's employment. Specifically religious influences, particularly Otto-Peters's experiences with Deutsch-Katholizismus in the 1840s, rather recede into the background. Dietlind Hüchtker's discussion of women's activism in Galicia circa 1900 demonstrates, not entirely surprisingly, its close connection with nationalist movements. While Polish women used Christian rhetoric, their ties to an anti-clerical version of nationalism limited religious influences. Ukrainian women, by contrast, like their nationalist movement, were closely linked to the Greek-Catholic Church. Rather different is Katharina Neef's essay on Monists. Her discussion of the group's efforts to start a commune in rural Saxony, or of the peculiar marriage ads that appeared in the Monist newsletter offers quite intriguing insights into the mental and emotional world of the Lebensreform movement so active in Wilhelmine society.

In the last group of essays, the emphasis is on the origins and development of the Soziale Marktwirtschaft. Two pieces, Knut Martin Stünkel on the theology of Eugen Rosentsock-Huessy, and Michael Schäfer on the theories of the Freiburg economist Walter Euckens, stress the Christian inspirations of economic theory and practice in the early Federal Republic. Thomas Großbölting's essay takes a quite different tack. He argues that the 1950s were characterized by two parallel movements, one toward a free market economy and another in the direction of the re-Christianisation of West German society, both reactions against previous and then-existing totalitarian regimes. But these movements were disconnected and quite distant. Catholic and Protestant theologians were skeptical of the free market and economists' theories had little to do with religion. It was only in 1960s and 1970s that the two came to be perceived together, largely as a reaction against the left-wing political movements and the liberation theology of the period.

The strengths of Großbölting's essay—critical analysis of intellectual movements, refusal to accept received categories, analysis of the historical development of the relationship between ideas and social and political action—are less prevalent in some of the other pieces in the volume. This is regrettable, since the authors offer many interesting observations and investigations of an important element of the modern world.

Columbia, MO

Jonathan Sperber

Kooperative Unternehmensgeschichte

Franz, Albrecht: Kooperation statt Klassenkampf. Zur Bedeutung kooperativer wirtschaftlicher Leitbilder für die Arbeitszeitsenkung in Kaiserreich und Bundesrepublik, 280 S., Steiner, Stuttgart 2014.

In dem vorliegenden Werk schreibt Albrecht Franz eine alternative kulturhistorische Unternehmensgeschichte zur Arbeitszeit im Kaiserreich und in der Bundesrepublik (S. 13). Er sieht im „Konflikt“ und im „Narrativ des Klassenkampfes in der Geschichte der Arbeitszeiten“ aus der Perspektive der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ein „Erklärungsdefizit“ und stellt ihre „Absolutheit“ in Frage (S. 11). Anhand zahlreicher Quellen versucht der Autor nachzuweisen, dass Sozialpartnerschaft und Patriarchalismus im Sinne

von Andrea Reckwitz idealtypische „Ordnungsvorstellungen“ mit einer „Orientierungsfunktion“ (S. 24) für „Unternehmen und Gesellschaft“ (S. 29) waren. Ein wesentliches Ordnungsprinzip der Sozialpartnerschaft war das in einem Forschungsprojekt von Thomas Etzemüller erforschte „Social Engineering“ (S. 24).

Franz wählt eine vergleichende Methode vor allem am Beispiel der Unternehmen Bayer und Siemens in der Kaiserzeit und der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er Jahren (S. 32). Sein theoretischer Analyserahmen ist das „Unternehmensverständnis“ des Neo-Institutionalismus mit den „Kooperationsmechanismen [...] wie etwa Vertrauen und Loyalität“. Die Arbeitszeit erlangt demnach ihre Legitimität nicht durch eine „Koordinationsleistung“, sondern durch auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Sozialpartnerschaft (S. 38, S. 44). Unter Rückgriff auf Pierre Bourdieus Feldbegriff wird der „Prozess der Interpretation und Identifikation der Anforderungen an die Arbeitszeitgestaltung sowie deren Institutionalisierung [...] mit Hilfe des Konzeptes des ‚organisationalen Feldes‘ operationalisiert“ (S. 45).

In Abgrenzung beispielsweise zu Helmut Kaelbles Kritik am unternehmerischen Patriarchalismus als „Klassenideologie‘ der Unternehmerschaft“ sieht Franz ihn als „Verbindung von familiärer und unternehmerischer Logik“, die „als Mittel der Integration“ diene (S. 62f.). Im Kaiserreich allerdings war die Sozialpartnerschaft noch auf die Betriebs Ebene beschränkt, wie der Autor am Beispiel der Arbeitszeit verdeutlicht. Die konfliktreichen Erfahrungen aus der Weimarer Republik führten in den 1950er Jahren, so Franz mit Verweis auf Paul Nolte, zu einer gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellung der Sozialen Marktwirtschaft (S. 69). Sie war auch ein Integrationsmodell als Abgrenzung zur Planwirtschaft der DDR, wie Franz nicht nur am Beispiel von Industrieunternehmen wie Bayer darstellt, sondern auch am Beispiel des Bundesverbandes der Arbeitgeberverbände (S. 61–74), während der Bundesverband der Deutschen Industrie den „Herr-im-Hause-Standpunkt“ vertrat (S. 81). Allerdings war dieses Konzept, das dem „autoritären(n) Konzept des ‚Betriebsführers‘ im Nationalsozialismus [...] recht nahe war“, „nach dem Zweiten Weltkrieg öffentlich nicht mehr verhandelbar“ (S. 82). Die „Rollenerwartungen“ der Sozialpartnerschaft sahen hingegen das „Motto ‚Treue um Treue‘“ vor und damit die Akzeptanz der patriarchalen Ordnung, die auch moralische Orientierung und Strukturierung des privaten Alltags war. Abweichendes Verhalten von diesen Rollenerwartungen führte zu Konflikten (S. 74–80).

Franz interpretiert seinen „Perspektivwechsel [...] als lohnenswert“, um die regionale Differenzierung und lange Jahrzehnte existierende Heterogenität von Arbeitszeitaushandlungen für Arbeiter und Angestellte herauszuarbeiten, statt „sich vor allem an durchschnittlichen Arbeitszeiten“ zu orientieren (S. 264). Er kann seinen Perspektivwechsel allerdings nicht beständig durchhalten, auch weil die Sozialpartnerschaft idealtypisch bleibt und die Sozialbeziehung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern immer auch konfliktreich waren. So führt er zum Beispiel aus, dass „im September 1905 sogar eine Kommission für Arbeiterfragen zwischen“ den Unternehmen Siemens & Halske, Siemens-Schuckwertwerke „und der AEG ins Leben gerufen“ wurde, „um durch eine Vereinheitlichung der Arbeitsstandards die immer häufiger um Einzelregelungen geführten Teilstreiks zu verhindern“. Allerdings blieb der Erfolg vorerst aus: „Die Konflikte um verbindliche Arbeitszeitstandards hielten auch noch 1906 an“ (S. 115).

Wie einseitig das sozialpartnerschaftliche Modell gehandhabt wurde, zeigt zudem, dass sich beispielsweise Bayer und Siemens lange dagegen wehrten, „die Gewerkschaften [...] als Verhandlungspartner für die Arbeitszeitgestaltung“ zu akzeptieren (S. 117). Im Grunde setzte sich das sozialpartnerschaftliche Modell, auch als Führungsstil und in der Personalpolitik, erst in den 1950er Jahren (S. 213–222) – auch durch die Institutionalisierung von Aushandlungsprozessen (S. 260) – durch.

Zwar ist die Herangehensweise des Autors sehr lesenswert und aufschlussreich, jedoch hat die Geschichtsschreibung aus der Perspektive der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die sozialpartnerschaftliche Sicht längst aufgegriffen (siehe in jüngster Zeit z. B. Ursula Büttners Tagungsbericht mit dem Titel „Konflikt und Kooperation“, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg 2008, 2009, S. 70–75 und siehe der dazu veröffentlichte Tagungsband herausgegeben von Karl Christian Führer u. a. „Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920“, 2013).

Franz übersieht auch, dass das sozialpartnerschaftliche Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und ihren Verbänden umstritten war. Zumindest in den ersten Jahren nach 1945 war für die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) die Wirtschaftsdemokratie ein alternatives gesellschaftspolitisches Ordnungskonzept (siehe z. B. Michael Schneider „Kleine Geschichte der Gewerkschaften“, 2002, S. 270). Erst 1963 löste

sich der DGB endgültig von seinem „Neuordnungs'-Postulat“. Die Gewerkschaften „wirkten“ aber auch weiterhin nicht nur „kapitalismusimmanent“, sondern waren auch „Gegenmacht mit emanzipatorischem Anspruch und entsprechenden Gestaltungsaufgaben“ (Helga Grebing „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, 2007, S. 204).

Die Soziale Marktwirtschaft mit ihrer Vorstellung von Sozialpartnerschaft ist zudem nur ein idealtypisches Gesellschaftsordnungsprinzip in Konkurrenz zu anderen Gesellschaftsmodellen wie dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatspfad mit einer möglichst hohen Marktunabhängigkeit und weitgehenden individuellen sozialen und politischen Rechten (siehe z. B. Gøsta Esping-Andersen „Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“, in: Stephan Lessenich u. a. (Hrsg.) „Welten des Wohlfahrtskapitalismus“, 1998, S. 19–56).

Auch wenn Franz die Sicht der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsseite nicht ganz ausblendet, so vollzieht er doch in erster Linie einen Perspektivwechsel, statt eine multiperspektivische Geschichtsschreibung zu formulieren. Die patriarchalische Geschichtsschreibung unterscheidet sich nämlich von der Geschichtsschreibung einer moralischen Ökonomie der Arbeiterklasse beziehungsweise einer Geschichtsschreibung von unten, wie sie Edward P. Thompson („Plebeische Kultur und moralische Ökonomie“, 1980) maßgeblich vorangetrieben hat. Eine differenzierte Analyse des Machtfelds nach Pierre Bourdieu („Das politische Feld“, 2001) sollte daher wenigstens neben der Ebene der Institutionalisierung und der Geschichte auch die zunehmende Arbeitsteilung der Gesellschaft mit zunehmendem Autonomie-, Teilhabe- und Emanzipationsansprüchen in den Blick nehmen (siehe z. B. Michael Vester u. a. „Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel“, 2001). Ob diese Ansprüche im Modell der Sozialen Marktwirtschaft wirklich ausreichend Platz gefunden haben, sollte zumindest hinterfragt werden.

Kaiserslautern

Max Reinhardt

19. JAHRHUNDERT

Useful Collection on Great Irish Famine

Beuken, Ruud van den et al. (eds.): Global Legacies of the Great Irish Famine. Transnational

and Interdisciplinary Perspectives, 345 pp., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2014.

Research on the Great Irish Famine (1846–1851) continues apace. The seventeen items listed on Irish History Online's website for 2013 ranged from a monograph on foreign philanthropy to a defence of a controversial member of parliament, and from an essay on the link between the Famine and Scottish football to a local history of the crisis in Donegal. The content of this useful collection of fourteen essays on the topic, which began as a conference at Radboud University Nijmegen in the Netherlands in 2013, is equally varied, although it has a literary bias, and some key disciplines—demography, economics, medical science—are not represented.

“Global Legacies of the Great Irish Famine” begins with a pair of complementary historiographical essays: one dissecting some very recent contributions (Margaret Kelleher), the other focusing on pre-1914 accounts of the famine (Peter Gray). Three of the essays are on literature, two on geography, three on charity broadly defined, one on archaeology, one on memory and commemoration, one on language shift, plus a thoughtful afterward by David Lloyd. Having indicated what is in the book, I will focus here mainly on a few of the contributions.

Karl Marx's quip that the Irish famine 'killed poor devils only' was what Irish historian Austin Burke used to dub 'an honest exaggeration'. Similarly, the claim that the Great Famine was a 'Catholic famine' finds corroboration in the disproportionate decline in the Catholic population between 1834 and 1861 (years for which data exist). That decline masks the far higher propensity of Catholics to die and Protestants to emigrate in this period. Still, Paul Ell and his co-authors link the claim to 'the savvy appropriation of history for political ends during the Peace Process in Northern Ireland' (p. 212). In more ecumenical vein Toronto-based Mark McGowan notes that Protestants were also 'part of the Famine drama' (p. 282), echoing an earlier claim by Kerby Miller, Brian Gurrin, and Liam Kennedy that at local level population declines during the famine decade (1841–1851) in parts of heavily Protestant East Antrim rivalled those in the worst hit counties of the south and west. Ell and his colleagues also insist on this point, implying that Protestants have somehow been written out of the victimhood script. A regrettable feature of their maps is that many of those describing the shares of minority religions are almost blank and

thus convey very little information. Other maps seek to highlight the continuity of demographic patterns, but so much so that some of them remind one of those 'spot-the-ball' competitions of yore. Declan Curran's study of the impact of one of Ireland's most notorious landlord assassinations—that of Denis Mahon of Strokestown in early November 1847—is also an exercise in space. Curran analyses the context and impact of the murder locally, nationally, and further afield.

In the 1990s, archaeological work by Charles Orser in the west of Ireland and by Rebecca Yamin in Manhattan's Pearl Street uncovered the remains of artefacts belonging to the mid-nineteenth century Irish at home and abroad. Both highlighted the variety of the material uncovered, posing interesting but unanswered questions about status and consumption. Yamin interpreted her findings as revealing 'a determination to maintain respectability no matter how difficult the circumstances' because 'the Irish on Pearl Street continued to fill their homes with pretty things' no matter how poor they were. The discovery of the remains of about one thousand inmates of Kilkenny workhouse, all of whom died there between 1847 and 1851, has brought the archaeological study of the Famine to a new level. One of the most striking and most original contributions is the archaeological study by Jonny Geber of the skeletal remains of inmates of Kilkenny workhouse during the Famine. Naturally, there is no scope here for the kind of 'individuation' discussed by Margaret Kelleher in her contribution yet there is a disturbing and compelling intimacy to the images reproduced by Geber and their interpretation. Two of Geber's interesting examples include the revelations that a significant proportion of the dead had suffered from scurvy and that a high proportion of the adult dead showed dental signs of having been habitual clay pipe users.

The 'global' in the title is represented by useful three papers on responses to the Famine in North America, but Andrew Newby's contribution is the only one here to look at famine outside Ireland for comparative insight. His analysis of British philanthropy towards famine and threatened famine in Finland in the 1850s and 1860s casts a cold shadow on attitudes towards Ireland a decade or two earlier. Gordon Bigelow's dissection of novelist Anthony Trollope's commentaries on the famine in the London Examiner and Chris Morash's account of Yeats's treatment of famine in *The Countess Cathleen* are both excellent, as is Melissa Fegan's analysis of some macabre

fictional accounts in contemporary literature. Finally, Peter Slomanson tackles the link between the Famine and the rapid decline of the Irish language in its wake. Hopefully, some of the challenging questions he poses at the end of his paper find answers at a bilingual conference in Belfast in March 2015, which is devoted exclusively to this issue.

Dublin

Cormac Ó Gráda

Armut als Tatmotiv

Ager, A. W.: *Crime and Poverty in 19th-Century England. The Economy of Makeshifts*, 197 S., Bloomsbury, London 2014.

In der britischen Geschichtsschreibung zum 19. Jahrhundert nehmen sowohl die Geschichte der Armut als auch die Geschichte der Kriminalität seit Langem prominente Plätze ein, und dank ihrer primär sozialhistorischen Ausrichtung liegen die beiden Forschungsfelder traditionell enger beieinander, als es in der deutschen Historiographie der Fall ist. Die überarbeitete Dissertation des an der Oxford Brookes University lehrenden A. W. Ager führt die beiden Felder nun noch ein Stück enger zusammen, indem sie die meist eher beiläufig mitgedachte Frage nach der kausalen Verknüpfung gezielt in den Mittelpunkt stellt: War materielle Not ein Motiv für gesetzwidriges Verhalten? Laut Ager ist die Frage für das viktorianische England zu bejahen. Ausgehend vom Konzept der *economy of makeshifts*, das Olwen Hufton ursprünglich mit Blick auf die ländliche Armut im Frankreich des ausgehenden Ancien Régime geprägt hat, möchte er zeigen, dass Straftaten oft als eine Strategie verstanden werden können, mit der arme Haushalte ihre unabhängige Existenz zu bewahren versuchten. Sozioökonomische Transformationen und gesetzliche Reformen, so Agers zentrale These, bedrohten die Existenzgrundlage vieler Menschen, und manche griffen im Rahmen einer Ökonomie des Notbehelfs zu illegalen Aktivitäten, um reduzierte legale Einkommensquellen zu ergänzen.

Der geographische und zeitliche Horizont der Untersuchung ist nicht ganz so weit gespannt, wie der Titel suggeriert. Es handelt sich um eine Regionalstudie, die auf einen ländlich-agrarischen und einen urban-industriellen Raum im Süden Englands zwischen 1830 und 1885 fokussiert, nämlich einerseits auf die Gemeinden um Bicester in der Grafschaft Oxford, andererseits auf die

Medway-Städte Chatham, Rochester und Maidstone in der Grafschaft Kent. Auch geht es, wie kaum anders zu erwarten, nicht um Kriminalität in ihrer ganzen Bandbreite, sondern um ausgewählte Formen des Rechtsbruches. Gegliedert ist das Buch in sieben Kapitel. Die Einleitung umreißt Fragestellung, Forschungsstand und Quellenlage sowie die sozioökonomischen Entwicklungen in den beiden Untersuchungsräumen. Das zweite Kapitel befasst sich mit dem öffentlichen Armenwesen und vor allem den Änderungen, die das *new poor law* von 1834 brachte. Übereinstimmend mit etablierten Anschauungen betont Ager, dass arbeitsfähige Arme seither nur noch unter sehr abschreckenden Bedingungen Zugang zu Unterstützung hatten. Das dritte Kapitel wendet sich sozialen Protestereignissen zu, die ihren Höhepunkt im Umfeld der *Swing riots* der frühen 1830er Jahre fanden. Neben Maschinenstürmen konzentriert sich der Autor an dieser Stelle hauptsächlich auf Widerstände gegen die *enclosure*, also die Privatisierung von ehemals gemeinschaftlich genutztem Land. Das vierte Kapitel ist dem Delikt der Wilderei und verwandten Straftatbeständen wie dem Schafdiebstahl gewidmet. Kapitel fünf behandelt die Prostitution und damit eine weibliche Variante von Devianz, die zumal in der Hafenstadt Chatham zum Alltagsleben gehörte. Das sechste Kapitel versucht nachzuzeichnen, wie sich Justiz, Gefängnisse und Polizei als zentrale Institutionen der Strafverfolgung im Untersuchungszeitraum wandelten, bevor das letzte Kapitel die Befunde zusammenfasst.

Bei der Lektüre beeindruckt das Buch zunächst durch einen logischen Aufbau und eine klare Argumentationsweise, die es auch für Nicht-Experten als Einstieg in die reichhaltige englische Armuts- und Kriminalitätsgeschichte des 19. Jahrhunderts geeignet erscheinen lassen. Mit der Zeit wächst aber doch die Ungeduld. Ager vergeudet den knappen Platz des schmalen Werks allzu häufig mit überflüssigen Wiederholungen, statt tiefere Einblicke in sein zweifellos interessantes Quellenmaterial zu gewähren, und er kündigt allzu forsch innovative Leistungen an, die er letztlich nur sehr bedingt realisiert. Insbesondere erhebt er den Anspruch, die erste umfassende Studie vorgelegt zu haben, welche die komplexen Beziehungen zwischen Armut und Kriminalität im südlichen England mittels der Methode des *record linkage* auf der Mikroebene individueller Täter und ihres sozialen Umfelds beleuchtet. Tatsächlich aber betreibt Ager *record linkage* bloß in rudimentärster Form. Nur in wenigen Einzelfällen ergänzt er dürre Personendaten

aus Gerichts- oder Gefängnisregistern mit ebenso dünnen Zensuseinträgen, ohne dass plastische biographische Porträts entstehen würden. Überhaupt nicht zur Sprache kommen die Selbstdeutungen und Selbstrechtfertigungen der fraglichen Menschen, was an den verfügbaren Quellen liegen mag, aber dennoch eine große Leerstelle hinterlässt. Ebenso wenig gelingt es Ager, regionale Kriminalitätsmuster überzeugend mit Veränderungen von kollektiven materiellen Lagen in Beziehung zu setzen. Keinesfalls soll die These angezweifelt werden, dass illegale Handlungen oft etwas mit Existenzsorgen zu tun hatten, und gerade bei Normbrüchen wie Aufruhr, Wilderei oder Prostitution ist die Annahme einer sozialen Dimension naheliegend. Doch um über plausible Allgemeinplätze hinauszukommen, müssten entweder die Lebenswelten und subjektiven Wahrnehmungen der Akteure detailliert rekonstruiert oder aber strukturelle Zusammenhänge mit quantifizierenden Methoden erhellt werden. Beides verwirklicht Ager nur in bescheidenen Ansätzen und bleibt damit nahe an der Oberfläche eines spannenden Themas.

Trier

Beate Althammer

Neue Akzente zum Atlantikkabel

Holtorf, Christian: Der erste Draht zur Neuen Welt. Die Verlegung des transatlantischen Telegrafenkabels, 350 S., Wallstein, Göttingen 2013.

Die Verlegung des bahnbrechenden transatlantischen Telegrafenkabels Mitte des 19. Jahrhunderts fasziniert seit jeher. Die Geschichte ist zwar recht gut erforscht, wurde aber oft in ein geradliniges Fortschrittsnarrativ verpackt, welches von der Überwindung der Natur mittels einer revolutionären Medientechnologie handelt. Eine andere Sicht präsentiert Christian Holtorf in seinem Buch „Der erste Draht zur Neuen Welt“ und verknüpft die Geschichte des Unterseekabels eng mit der Entwicklung des Wissens, dem es entsprang und das es umgab.

Der Text ist in drei Hauptteile untergliedert – „Konstruktionen des Raums“, „Aporien der Beschleunigung“ und „Ökonomien der Globalisierung“ – und geht nicht chronologisch, sondern nach thematischen Schwerpunkten vor. Holtorf führt Archivmaterial, zeitgenössische Publikationen und Sekundärliteratur aus mehreren

Disziplinen zusammen, um produktive Beziehungen zwischen Technologie, Kultur und Wissenschaft, zwischen Materialität, Metaphern und Konzepten, herauszuarbeiten. Es gelingt ihm, komplexe und bisweilen technische Sachverhalte, auch für Laien verständlich zu vermitteln, ohne den Lesefluss zu unterbrechen. Dabei lehnt er gängige Verkürzungen wie die Idee einer telegrafischen ‚Medienrevolution‘ ab, ebenso wie oberflächliche Vergleiche zwischen Telegrafie und Internet (S. 16f.). Stattdessen untermauert das Buch auf überzeugende Weise das Verhältnis zwischen Telegrafie und wissenschaftlichen Paradigmenwechseln.

In den ersten Abschnitten veranschaulichen zwei Episoden dieses Verhältnis besonders gut. So stellten sich ursprüngliche Hoffnungen auf ein ‚Telegraph Plateau‘ – „[e]ine unter Wasser liegende Hochebene“ die eine telegrafische „Verbindung zwischen den Kontinenten vorzusehen“ schien und die Verwirklichung des Unterseekabels erleichtert hätte (S. 99) – nach weiteren ozeanografischen Untersuchungen als Illusion heraus. Auch während der Verlegung des Kabels selbst, wurden falsche Vorstellungen aufgegeben. Der erste Chefelektriker der *Atlantic Telegraph Company*, Edward Whitehouse, hatte das Kabel als ein Rohr verstanden, durch das Elektrizität wie eine Flüssigkeit strömte. Beim Versuch das ‚Rohr‘ durch eine Erhöhung der Spannung „freizuspülen“ verursachte er im Jahre 1858 irreparable Schäden am ersten Kabel und wurde daraufhin entlassen (S. 193). An seine Stelle trat William Thomson, der spätere Lord Kelvin. Dieser war von Faradays Forschungen zum Elektromagnetismus beeinflusst und hatte ausschlaggebenden Anteil an der erfolgreichen Verlegung im Jahre 1866 (S. 203). Solche bereits bekannten Teilaspekte der Geschichte präsentiert der Autor aufschlussreich unter Betonung des sich wandelnden Grundverständnisses von Elektrizität, das eben auch durch Fehlschläge vorangetrieben wurde.

Im dritten Abschnitt kommt Holtorf auf die unverkennbare politische Relevanz der Telegrafie zu sprechen. Interessant sind hier insbesondere seine Ausführungen zum Verhältnis zwischen den USA und Großbritannien in Kapitel sechs. Das transatlantische Kabel brachte beide Länder näher zusammen, und versprach den gegenseitigen Einfluss zu vergrößern – weckte allerdings vor dem Hintergrund der Kolonialgeschichte Abhängigkeitsängste auf Seiten der Amerikaner (S. 233). An anderer Stelle hätte der Erklärungsansatz, wie Telegrafen im Staatsbesitz dem Erhalt

bestehender sozialer und politischer Ordnungen dienen (S. 212f.), noch weiter vertieft werden können, zumal er sich gut in die Kritik vermeintlich ‚revolutionärer‘ Effekte der Telegrafie fügt. Dieser Aspekt lässt sich auf gegenwärtige Internet-Utopien ausweiten.

In der Tat kommt der Autor seinerseits im zusammenfassenden Epilog „Kritik der Virtualität“ auf das Internet zurück und zeigt mit Bedacht ausgewählte Parallelen zur Telegrafie auf. Darin reflektiert er Metaphern wie virtuelle Räume und instantane Kommunikation zusammen mit den Kreislauf- und Nervenmetaphern der elektrischen Telegrafie. Er macht klar, dass „[d]ie neuen Techniken [...] nicht nur kraft ihrer Funktionen, sondern auch durch kulturelle Zuschreibungen“ (S. 276) wirkten. Allen gegenteiligen Vorstellungen zum Trotz, bleibt die Materialität des Mediums grundlegend – sowohl beim Telegrafen als auch beim Internet: Raum und Zeit sind nicht überwunden (S. 279).

Holtorfs umfassender Forschungsansatz ist erfolgreich umgesetzt. Gleichwohl wären in Teilen des Textes weitere Bezüge sinnvoll gewesen, von denen zwei im Folgenden angeführt werden. Der Autor gibt einen wichtigen Hinweis auf die Unterwassertelegrafie als Erweiterung bestehender Transport- und Kommunikationsmittel (S. 86). Hier wäre ein Verweis auf Yrjö Kaukiainens Artikel „Shrinking the World“ (2001) passend gewesen, demzufolge es bereits in den Jahrzehnten vor dem transatlantischen Telegrafen einen substantiellen Geschwindigkeitszuwachs in der internationalen Informationsübermittlung gegeben habe. Im fünften Kapitel beschreibt Holtorf das Verhältnis zwischen privaten Investitionen und staatlichen Interessen. An dieser Stelle rufen seine Ausführungen die Methoden des britischen ‚Informal Empire‘ in Erinnerung. Eine entsprechende Einordnung hätte zu einem besseren Verständnis der verflochtenen wirtschaftlichen und politischen Dimensionen beigetragen, und möglicherweise erhellen können, warum Investoren bereit waren, ein so risikoreiches Projekt zu finanzieren. Diese Anmerkungen schmälern allerdings nicht den positiven Gesamteindruck des Werkes. Durch seine Zugänglichkeit ist es über ein Fachpublikum von Kulturwissenschaftlern, Medien-, Technik-, Wissenschafts- und Wirtschaftshistorikern hinaus auch für eine breitere Leserschaft interessant.

Christian Holtorf hat ein gelungenes Buch vorgelegt, das mit einem Schwerpunkt auf die Wissensgeschichte des Atlantikkabels neue Akzente setzt. Es stellt eine wertvolle Ergänzung zu

einer größtenteils englischsprachigen Literatur zum transatlantischen Telegrafen dar.

Genf

Kars Aznavour

Vergleichende Sklavereigeschichte

Schmieder, Ulrike: Nach der Sklaverei. Martinique und Kuba im Vergleich, 443 S., LIT, Berlin/Münster 2014.

Komparative Ansätze haben bei der Beschäftigung mit den amerikanischen Sklavereigesellschaften stets eine wichtige Rolle gespielt, etwa in den Debatten um die angeblich mildere Form der Ausbeutung im katholischen Iberoamerika gegenüber den protestantisch geprägten USA. Oftmals leiden solche Arbeiten aber darunter, dass die Expertise in den jeweiligen Vergleichsfällen ungleich ausgewiesen ist. Sprachliche Barrieren und die Unausgewogenheit der vorhandenen Quellen kommen hinzu und führen zu unbefriedigenden asymmetrischen Ergebnissen.

Ulrike Schmieder ist sich dieser immanenten Problematik der komparativen Methode bewusst. Bereits in ihrer Habilitationsschrift „Geschlecht und Ethnizität in Lateinamerika im Spiegel von Reiseberichten. Mexiko, Brasilien, Kuba 1780–1880“ (2003) hat sie sich vergleichend mit den Perzeptionen lateinamerikanischer Gesellschaften im 19. Jahrhundert durch westliche Reisende beschäftigt. Der Fokus des hier zu besprechenden Buches liegt nun auf den Postemanzipationsgesellschaften, die seit einigen Jahren stärker in das Blickfeld der Sklavereiforschung gerückt sind. Mit Martinique und Kuba werden zwei Fallbeispiele ausgewählt, die erst im 19. Jahrhundert, nach der Haitianischen Revolution und damit der Zerstörung der weltgrößten Zuckerökonomie, zu wirtschaftlich bedeutenden Produktionszentren wurden.

Schmieder privilegiert in ihrer Studie sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze unter Einbeziehung geschlechtergeschichtlicher Perspektiven. Aus einer akteurszentrierten Sicht untersucht sie die Handlungsoptionen und -strategien ehemaliger Sklaven und Sklavinnen nach der Abolition. Ihr geht es somit weniger um die großen politikgeschichtlichen Debatten zu Ursachen und Verlauf der Abschaffung der Sklaverei, als um eine mikrogeschichtliche Darstellung, die in der Tradition der kubanischen Historiographie der 1960er Jahre versucht, eine Geschichte

der vermeintlich Geschichtslosen zu schreiben. Dafür begibt sie sich in die Tiefen der Regional- und Provinzarchive, um mit Hilfe von Notariatsprotokollen und Strafprozessakten Zugang zur Gedankenwelt und der Lebenswirklichkeit ihrer Protagonisten und Protagonistinnen zu erlangen.

Die Autorin gibt ihren beiden Untersuchungsregionen einen gleichberechtigten Raum. Im Anschluss an eine lesenswerte Zusammenfassung und Einordnung der wichtigsten historiographischen Debatten der Sklavereiforschung sowie der Postemanzipationsgesellschaften werden zunächst die Rahmenbedingungen und historischen Entwicklungen in Martinique und Kuba systematisch erörtert. Hierbei stützt sich Schmieder weiterhin auf ihre profunden Kenntnisse der Forschungsliteratur, aber auch eigenen Archivrecherchen.

Die Entwicklungen nach der Abschaffung der Sklaverei (1848 in Martinique, 1880/86 auf Kuba) stehen dann im Mittelpunkt des vierten und fünften Kapitels. Schmieder betrachtet hier zunächst die Veränderungen von Arbeitsverhältnissen und wirft die Frage auf, inwieweit ehemalige Sklaven und Sklavinnen weiterhin Zwangsregimen unterworfen waren. Geschlechterspezifische Aspekte werden hinsichtlich der Veränderungen der Arbeitsteilung auf den Plantagen und insbesondere der Familienverhältnisse der afrokaribischen Bevölkerung nach der Abolition erörtert. Des Weiteren betrachtet die Verfasserin kulturelle und politische Widerstandsaktionen der Afromartinikaner und Afrokubaner sowohl gegenüber so genannten ‚Zivilisierungsbestrebungen‘ als auch gegen ihre politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ausgrenzung und Marginalisierung.

Die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungsebenen sind vielfältig, verweisen auf strukturelle Übereinstimmungen, auch mit anderen Postemanzipationsgesellschaften, aber auch auf die jeweiligen Spezifika der Untersuchungsgebiete. Schmieder selber hierarchisiert ihre Erkenntnisse nicht, so dass eine klare Botschaft der Studie nicht einfach zu dechiffrieren ist. Aus Sicht des Rezensenten sind deshalb drei Punkte hervorzuheben. Erstens prägte die Sklaverei, trotz aller Unterschiede des Übergangs im Detail, die Arbeitsbeziehungen in allen postabolitionistischen Gesellschaften nachdrücklich. Da die Emanzipation nirgendwo – bis auf den Sonderfall Haiti – mit einer sozialen Revolution einherging und immer nur die Sklavenhalter, nie aber die Sklaven selber, ökonomisch entschädigt wurden, stand jeweils die Frage im Mittelpunkt der Übergangsperioden, wie Stabilität und Kontinuität der Arbeitsverhältnisse im landwirtschaftlichen Sektor sichergestellt

werden konnte. Unterschiede ergeben sich bei der Präferenz bestimmter Strategien: Substitution der Sklaverei durch andere Zwangsregime, Förderung (temporärer) Einwanderung, Reduktion des Arbeitskräftebedarfs durch Modernisierung der Produktionsabläufe.

Zweitens unterstreichen ihre Befunde die Vielfalt der Familienkonstellationen, in denen die afrokaribische Bevölkerung nach der Abschaffung der Sklaverei lebte. In beiden Fällen kam es mittelfristig nicht zu einer Stärkung formaler Ehen. Persönliche Freiheit und Freizügigkeit, verbunden mit ökonomischer Unsicherheit, brachten es häufig mit sich, dass stabile Paarbeziehungen nicht zuletzt aufgrund der Notwendigkeit, zumindest temporär an unterschiedlichen Orten Arbeit zu suchen, schwer aufrecht zu erhalten waren. Schmieders Quellenbefunde widersprechen dennoch der häufig geäußerten Auffassung, dass daraus notwendigerweise die Dominanz matrimonialer Haushalte in den karibischen Gesellschaften und ein Desinteresse der Väter am Schicksal ihrer Nachkommen resultierten.

Drittens leistet „Nach der Sklaverei“ einen wichtigen Beitrag hinsichtlich der Betrachtung der karibischen Widerstandskulturen, ohne diese zu verklären. Auch nach der Abolition unterlag die afrokaribische Bevölkerung erheblichem staatlichen, ökonomischen und kulturellen Druck. Gerade die Einblicke in die Prozessakten eröffnen ein Fenster in einen bislang weitgehend verborgen gebliebenen Bereich karibischer Sozialgeschichte, der gleichsam nicht zu trennen ist von den jeweiligen politischen Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Postemanzipationsgesellschaften.

Insgesamt überzeugt Schmieders Studie durch eine klare Strukturierung und Leserführung. Ihre Kenntnisse der Sklavereihistoriographie sind hervorzuheben. Die Autorin argumentiert stets quellennah, ohne dabei die Grenzen der Belastbarkeit ihrer Dokumente zu überschätzen. Sie rekonstruiert ausführlich alltägliche Konflikte über Prozessakten. Das Problem dieser Darstellungsweise ist jedoch, dass gelegentlich die Analyse und Thesenbildung zu kurz kommt. Schmieders Tendenz, möglichst viele Details aus dem Leben ihrer Protagonisten und Protagonistinnen in langen, mit zahlreichen Einschüben versehenen Sätzen zu referieren, kommt erschwerend hinzu. Zu bemängeln sind schließlich fehlende Karten der Untersuchungsregionen sowie ein – angesichts der hohen inhaltlichen Qualität der Untersuchung – nicht sorgfältig genug durchgeführtes Lektorat.

Bielefeld

Jochen Kemner

20. JAHRHUNDERT

Alte Weltordnungen

Steffek, Jens/Holthaus, Leonie (Hrsg.): Jenseits der Anarchie. Weltordnungsentwürfe im frühen 20. Jahrhundert, 310 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.

Die Auseinandersetzung mit Weltordnungsentwürfen hat Konjunktur. Seit Ende des Kalten Krieges wird das Konzept von verschiedenen Disziplinen aufgegriffen, so auch von einer historisch arbeitenden Schule der Internationalen Beziehungen, unter die sich das interdisziplinäre Autorenkollektiv des vorliegenden Bandes am ehesten fassen lässt. Den Herausgebern Jens Steffek und Leonie Holthaus geht es weder um eine Gesamtschau noch Genealogie weltordennden Denkens, sondern um die „Emergenz eines strukturierten Diskurses über die Möglichkeiten und Grenzen internationaler Kooperation“ (S. 19) unter der gemeinhin als ‚Idealisten‘ bezeichneten Gruppe von Theoretikern. Die Beiträge bieten Portraits bekannter Idealisten wie Norman Angell und H. N. Brailsford (Lucian M. Ashworth), Alfred Zimmern (Jeanne Morefield) und Lord Lothian (Stefan Schieren) und von Institutionen wie den Internationalen Studienkonferenzen (Hagen Schulz-Forberg) oder philanthropischer Stiftungen (Katharina Rietzler). Namen wie John A. Hobson, Leonard Woolf oder David Mitran und Themen wie die Disziplinwerdung der Internationalen Beziehungen ziehen sich durch die zwölf Artikel hindurch. Diese Zuspitzung des Forschungsgegenstandes verleiht dem Sammelband eine angenehme Kohärenz, die ihn auch als Gesamtwerk höchst lesenswert macht; eine Ergänzung der zahlreichen Querverweise um ein Register wäre wünschenswert gewesen. Statt Vorwort, Einleitung und Überblickskapitel hätte ein Schlusswort die Ergebnisse der Darmstädter Autorenkonferenz von 2013 noch deutlicher herausarbeiten können.

Der normative Charakter dieser Weltordnungsvorstellungen wird von dem Herausgeberduo zum eigentlichen gemeinsamen Nenner einer sehr heterogenen Gruppe von Denkern erkoren, was angesichts deren Zugehörigkeit zum „Normative Orders“-Exzellenzcluster wenig verwundert. Jedoch wird darauf verzichtet, den Idealismusbegriff durch den der normativen Ordnung zu ersetzen: Andreas Osiander stellt fest, dass die Normativität der Idealisten rein derivativ

ist (S. 43); Morefield bemerkt, dass ihre frühe Prägung durch den philosophischen Idealismus die Verwendung des unscharfen Begriffs für Zimmern und andere Liberale rechtfertige (S. 101). Vielmehr bietet der Band eine Palette von alternativen Deutungsangeboten für die liberalen Weltordnungsdiskurse der Zwischenkriegszeit an. Osiander spricht von „Integrationsisten“ (S. 29), Ashworth von „Internationaler Politischer Ökonomie“ (S. 74), Duncan Bell gar von „Utopismus“ (S. 219); Jan-Stefan Fritz streicht den kooperativistischen Charakter des Idealismus heraus, Rietzler den pazifistischen; oft wird er als Synonym für Internationalismus verwendet. Als Reformers verbindet die Idealisten die Hoffnung, dass der anarchische Charakter des internationalen Systems – den sie sehr wohl erkannten – überwindbar sei. Das titelgebende Anarchieproblem wird nur in Holthaus' Beitrag ausführlich beleuchtet, jedoch fassen alle Beiträge das krude Bild vom machtblinden und realitätsfremden Idealismus als Fremdzuschreibung auf: die ‚Great Debate‘ (und letztlich der Idealismus selbst) sind eine Abgrenzungskonstruktion der Realisten – daher ist ausgerechnet E. H. Carr der am häufigsten zitierte Autor. Statt aber ihrerseits eine Karikatur des ‚Realismus‘ vorzulegen, bemühen sich die Autoren und Autorinnen, der Diversität beider Lager gerecht zu werden und die Trennlinie aufzuweichen.

Vieles davon ist nicht neu: Vier der neun thematischen Beiträge sind überarbeitete Übersetzungen, darunter sind zwei dem Sammelband „Imperialism and Internationalism“ von David Long und Brian C. Schmidt von 2005 entnommen. In der Einleitung wird der bescheidene Anspruch gestellt, „den vergessenen und verdrängten Idealismus auch im deutschsprachigen Raum zu rehabilitieren“ (S. 19). Als reine Übersetzungsleistung greift der Band freilich zu kurz: Unübersetzte Zitate von bis zu einer Seite Länge (S. 161) setzen gute Englischkenntnisse voraus, Michel Foucault wird allein aus der englischen Übersetzung zitiert (S. 97f., S. 204). Einen weit aus wichtigeren Beitrag leistet der Band dort, wo er die in den Internationalen Beziehungen dominante, stark anglozentrische Sichtweise aufzubrechen vermag – beispielsweise in David Salomons Aufsatz über die Bezüge zwischen britischen, deutschen und russischen Imperialismustheoretiker und -theoretikerinnen, Holthaus' Artikel über den Deutschlanddiskurs als Folie für den Realismus oder bei Schulz-Forberg der Austausch zwischen Neoliberalen und Vertretern korporatistischer – kommunistischer, aber vor allem auch

faschistischer – Regime. Der Versuch, gerade noch pünktlich zum Jubiläumsjahr die Bedeutung des Ersten Weltkrieges für den Internationalismus auszuloten, bringt interessante Einsichten zu einzelnen Autoren, aber kein einheitliches Bild von Kontinuitäten und Brüchen hervor. Diese neuen Kontexte bieten eine sinnvolle Erweiterung des bereits gut erforschten Zusammenhanges von *liberal imperialism* und Idealismus, der zu Recht auch in diesem Band thematisiert wird (vor allem bei Schieren und Bell).

Das Interesse bleibt jedoch nicht rein historisch. Für das Autorenteam lohnt sich die Beschäftigung mit den Idealisten auch wegen ihres visionären Charakters: Zimmern wird zum Vorläufer des Multikulturalismus (S. 121), Lothian zum Vordenker von EU und humanitärer Intervention (S. 172f.), die Kritik am *new imperialism* greift auf Karl Kautsky und Rosa Luxemburg zurück (S. 147). Vor allem aber, wie die Autoren in beeindruckender Einigkeit hervorheben, präfigurieren die Debatten um Weltordnungen des frühen 20. Jahrhunderts die heutige Diskussion um *global governance*: Mit unterschiedlich gelagerten Schwerpunkten strebten sie alle eine Regierbarmachung des internationalen Systems an; der Souveränität der Nationalstaaten hielten sie föderale, imperiale oder Commonwealth-Modelle gegenüber und räumten einer Reihe nicht-staatlicher Akteure – Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Meinung – beträchtliche Einflussmöglichkeiten in der internationalen Sphäre ein. Dass sich auch in Deutschland eine kontextsensible Theorie der Internationalen Beziehungen den ihrerseits historisch denkenden Gründervätern ihrer Disziplin annimmt, ist erfreulich – die Rehabilitierung geglückt.

Konstanz

Pascale Siegrist

Ein vergessenes Kapitel der Soziologiegeschichte

Neef, Katharina: Die Entstehung der Soziologie aus der Sozialreform. Eine Fachgeschichte, 326 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2012.

Vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges avancierte die Soziologie zur neuen Leitwissenschaft. Ganz im Geist der Zeit schrieb der Journalist Félix Vályi 1908: „Die Probleme, die das zwanzigste Jahrhundert in erster Linie interessieren, sind

zweifelsohne diejenigen der Soziologie“ (S. 245). Wenn danach gefragt wird, woher dieses öffentliche Interesse an der Soziologie kam und warum nach dem Krieg die ersten Lehrstühle für Soziologie eingerichtet wurden, wird meist auf das Wirken der 1909 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) oder auf die Leistungen von Klassikern wie Max Weber, Georg Simmel oder Ferdinand Tönnies verwiesen. Durch sie habe sich die Soziologie entscheidend professionalisiert: Sein und Sollen wurden durch das Postulat der Wertfreiheit geschieden, endlich ging die Soziologie zur Deutung der sozialen Wirklichkeit über und verabschiedete sich von den Utopien eines Auguste Comte, für den diese Wissenschaft nichts weniger als die Zukunft zu gestalten hatte.

Diese gängige Sichtweise der Soziologiegeschichte hinterfragt Katharina Neef in ihrer Dissertation, mit der sie am Religionswissenschaftlichen Institut der Universität Leipzig promoviert wurde, indem sie die im deutschsprachigen Raum geführte Soziologiedebatte der Jahre 1905–1914 näher untersucht. Dabei konzentriert sie sich auf die naturwissenschaftlich-monistische Soziologie, die ein für die Disziplingeschichte weitgehend aus dem Blick geratenes „Entstehungsmilieu“ (Dirk Käsler) darstellt. In diesen Kontext gehören Chemiker, Ärzte und Privatgelehrte wie Wilhelm Ostwald (1853–1932), Franz Carl Müller-Lyer (1857–1916) oder Rudolf Goldscheid (1870–1931), die heute nur noch wenigen als Soziologen bekannt sind, in diesem Zeitraum sich aber selbst so verstanden und öffentlich auch so wahrgenommen wurden. Der sozialen und professionellen Herkunft nach ging dieses Milieu aus dem Bürgertum hervor, wobei neben freien Berufen vor allem technisch-naturwissenschaftliche Berufsgruppen vertreten waren. Gemeinsam war ihnen ein aktionistisches Verständnis von Soziologie und so wundert es kaum, dass bei den Vertretern dieser Strömung zahlreiche Querverbindungen zur Sozialreform bestanden. Die wissenschaftliche Erkenntnis sollte zu einer „Höherentwicklung“ (Goldscheid) der Gesellschaft anleiten, der Bezug auf Comte war unübersehbar. Werturteile auszuschneiden, lag dieser „wertpositiven Wissenschaft“ (S. 266) völlig fern.

Zur Rekonstruktion dieses Entstehungsmilieus stützt sich Neef nicht nur auf andernorts bereits Herausgearbeitetes, sondern auch auf eine Fülle von Quellenmaterial: Vereinsmitteilungen, wissenschaftliche wie sozialreformerische Zeitschriften, Bücherreihen und Memoiren werden ebenso ausgewertet wie Dokumente des

Ostwald-Nachlasses. Der Aufbau der Arbeit gliedert sich in drei Hauptteile. Im ersten Teil werden die Einseitigkeiten der Soziologiegeschichte am Beispiel der Literatur zur Entstehungsgeschichte der DGS kritisch diskutiert. Sie wird der Reihe nach achronologisch ausgewertet, um aufzuzeigen, wie die Rolle Max Webers für die Entwicklung der DGS nach dem Zweiten Weltkrieg mehr und mehr überbetont wurde. Parallel hierzu nahm das Interesse an Figuren wie Goldscheid immer weiter ab. Und das obgleich er an der Entstehung der DGS entscheidenden Anteil hatte und anfänglich über erheblichen Einfluss verfügte, sehr zum Unmut von Weber übrigens, der am liebsten „dem Goldscheid'schen Krempel den Hals umdrehen“ (Max Weber Briefe 1909–1910) wollte. Im zweiten Teil der Arbeit skizziert Neef nach Ausführungen über den historischen Kontext die Biographien Ostwalds, Müller-Lyers und Goldscheids. Hier referiert sie weniger deren Soziologieentwürfe, sondern vielmehr welche Einflussmöglichkeiten die drei Männer in sozialreformerischen Kreisen hatten. Dabei verfügten insbesondere Ostwald und Goldscheid – Müller-Lyers Stellung blieb auf München beschränkt – über zahlreiche Kontakte und Ämter in einem weitgefächerten Netz, das über den Deutschen Monistenbund und andere Reformbewegungen bis zur Sozialdemokratie reichte. Im dritten Teil der Arbeit versucht die Autorin aufzuzeigen, welche Kanäle der naturwissenschaftlich-monistischen Soziologie zur Verbreitung ihrer Theorien offenstanden. Hierfür untersucht sie in einem ersten Schritt mehrere heute in Vergessenheit geratene nationale und internationale soziologische Vereine jenseits der DGS und ihre personellen und institutionellen Verbindungen zur wertpositiven Soziologie. Durch den Briefwechsel von Vertretern dieser Strömung mit anderen Soziologen, womit sie sich in einem zweiten Schritt befasst, zeigt sie auf einer weiteren Ebene, dass Gelehrte wie Ostwald und Goldscheid keineswegs randständige Akteure der zeitgenössischen soziologischen Diskussion waren. Abschließend wird der Blick auf den sozialwissenschaftlichen Bücher- und Zeitschriftenmarkt vor 1914 gerichtet. Die herangezogenen Quellen veranschaulichen nicht nur die große Präsenz der naturwissenschaftlich-monistischen Soziologie in dieser Zeit, sondern auch eine differenzierte sozialwissenschaftliche Literaturlandschaft, die ein Gradmesser für das ganze Ausmaß der damals geführten Debatte über Soziologie ist.

Insgesamt bietet das Buch viele Einblicke in eine Phase, in der zwischen Soziologie und

Sozialreform fließende Übergänge herrschten. Abseits vielbegangener Wege wird die Entstehung der Soziologie aus einer alternativen Perspektive beleuchtet, was viel Stoff zum weiteren Nachdenken und zum Disput gibt. Natürlich bleibt bei der Bewältigung eines so komplexen Themas nicht aus, dass man nicht jedem Urteil folgen möchte. Wenn Tönnies zum Beispiel als ein mit der wertpositiven Soziologie „partizipierender Klassiker“ (S. 206ff.) dargestellt wird, sollte nicht übersehen werden, dass ihn die Einsicht in die Tragik des Kulturfortschritts von dieser Strömung klar trennte. Ein Einwand, auf den Tönnies in einer Besprechung von Goldscheids „Höherentwicklung der Menschenökonomie“ (1912) anspielte: „Dass die Höherentwicklung so selbstverständlich ist, wie der Verf. es will, muss ich freilich leugnen, während ich sonst mit seinen Urteilen in den meisten Stücken übereinstimme“. Auf weitere wissenschaftsgeschichtliche Forschungen der Autorin darf man gespannt sein.

Uslar

Alexander Wierzock

Französische Kulturpolitik im Nahen Osten

Möller, Esther: Orte der Zivilisierungsmission. Französische Schulen im Libanon 1909–1943, 448 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013.

In Frankreich stellte die Schule seit 1789 den Schauplatz heftiger Konflikte um die Rolle des Staates in der Formung neuer Bürger dar. Im Jahr 1905 konnte sich mit der Implementierung des Laizismus und der Verdrängung katholischer Ordensschulen eine republikanische Position durchsetzen, die Schule als einen quasi-sakralen Ort der Bildung rationaler, nationalgesinnter Subjekte definierte. Während diese Schulkämpfe seit längerem erforscht werden, ist die Frage des Exports dieses Bildungsmodells in die Kolonien und französisch beeinflusste Weltregionen bisher kaum untersucht worden. An dieser Stelle setzt die vorliegende vorzügliche Studie ein, indem sie die Aushandlungen zwischen französischer Kulturpolitik und libanesischer Gesellschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts untersucht.

Die Studie unterstreicht zunächst die Vielfalt französischer Schulen im Nahen Osten. Neben den prestigeträchtigen katholischen Ordensschu-

len existierten im frühen 20. Jahrhundert auch jüdische und bald auch laizistische Bildungseinrichtungen, die als Privatunternehmungen miteinander und mit anderen Auslandsschulen um Schüler und finanzielle Zuwendungen konkurrierten und jeweils spezifische libanesischen Gesellschaftsgruppen als Klientel gewinnen konnten. Die Arbeit verfolgt das Wirken der Schulen über die Zäsuren des Ersten Weltkrieges und der anschließenden Umgestaltung des Libanon in ein unter französischer Protektion stehendes quasi-koloniales Mandatsgebiet bis hin zur Unabhängigkeit des Libanon im Jahr 1943.

Die Studie orientiert sich in einer kleinteilig-chronologischen Gliederung eng an den politischen Entwicklungen. Dadurch gelingt es ihr, das Wechselspiel von französischer Nahostpolitik, Schulentwicklung und libanesischen Bildungsforderungen in ihrer Dynamik zu explizieren. Bis in die 1940er Jahre hinein versuchten die französischen Regierungen gerade über Bildungsanstrengungen den Libanon politisch an sich zu binden und ihre Herrschaft als zivilisatorische Mission zu rechtfertigen. Sie mussten dafür aber auch zunehmend die Bildungsforderungen der einheimischen Eliten berücksichtigen. Die Schulen bemühten sich zwischen beiden Ansprüchen zu vermitteln und gleichzeitig ihre Position im Libanon langfristig zu sichern.

In ihrer Analyse kommt die Studie zu zahlreichen bemerkenswerten Befunden. Esther Möller kann zeigen, dass die einzelnen Schulen zwar als Wirtschaftsunternehmen um zahlungskräftige Klientel konkurrierten, sich im Nahen Osten jedoch auch eine frühzeitige Abschwächung der Kulturkämpfe zwischen Katholiken und laizistischen Republikanern feststellen lässt. Selbst auf dem Höhepunkt der säkularen Bildungspolitik in Frankreich stellte etwa die französische Regierung die finanzielle Unterstützung der katholischen Ordensschulen nicht ein und trotz erheblicher weltanschaulicher Unterschiede unterschied sich die Auffassung von französischer Kultur und ihrer Vermittlung in den einzelnen Schulen wenig. Die Bildungsdoktrin der Zivilisierungsmission wurde von allen französischen Bildungsakteuren geteilt. Die Bildungseinrichtungen waren zudem allesamt politisch und weltanschaulich höchst flexible Unternehmungen, denen es über die verschiedenen politischen Zäsuren gelang, ihre Stellung als Ausbildungsstätte je spezifischer sozialer und konfessioneller Gesellschaftsmilieus zu wahren. Alle Schulen waren zu deutlichen Zugeständnissen gegenüber der Elternschaft bereit, auch

wenn dies mit Abstrichen an ihren weltanschaulichen Bildungszielen verbunden war. Um wohlhabende muslimische Familien als Klientel nicht zu verlieren, erlaubten die laizistischen Schulen beispielsweise muslimischen Schülern und Schülerinnen eine religiöse Betätigung auf dem Schulgelände. Eine widersprüchliche Rolle spielten die Schulen in Hinblick auf Nationsbildungsprozesse im Libanon. Einerseits unterstützten sie die französische Kultur- und Machtpolitik und diskriminierten einheimische Lehrkräfte und den Gebrauch des Arabischen, andererseits boten sie den lokalen Eliten aber auch Diskussions- und Versammlungsräume. Viele Protagonisten der libanesischen Unabhängigkeitsbewegung waren Absolventen der französischen Schulen. Als sich am Ende der 1930er Jahre ein Ende der französischen Mandats Herrschaft abzeichnete, tolerierten die Bildungseinrichtungen immer deutlicher die Aktivität arabisch nationalistischer Gruppen, um ihre Tätigkeit auch nach der Unabhängigkeit weiterführen zu können.

Insgesamt hat die Verfasserin ein sehr lesenswertes und gut verständliches Buch geschrieben. Seine große Stärke besteht darin, simplistische Annahmen einer Instrumentalisierung der französischen Schulen für Herrschaftszwecke zu differenzieren und ein vielschichtiges Panorama des Bildungswesens sowohl als koloniales Machtinstrument als auch als Katalysator von Unabhängigkeitsbewegungen zu zeichnen. Demgegenüber hätte sich der Leser eine noch deutlichere Beschreibung des Innenlebens und innerer Konflikte der einzelnen Schulen gewünscht. Am meisten erfährt der Leser aufgrund der guten Überlieferungslage über die laizistische Schule in Beirut, die den heimlichen Protagonisten der Studie darstellt, während Einblicke in die Ordensschulen und jüdischen Schulen deutlich karger ausfallen. Auch die sozial und konfessionell fragmentierte libanesischen Gesellschaft bleibt oft schemenhaft. Allerdings hätte eine weite gesellschaftsgeschichtliche Verankerung den Rahmen der Studie wahrscheinlich gesprengt, zumal vielfach schlicht die Quellen zu einer detaillierteren Analyse fehlen. Auch ohne diese Erweiterungen zeigt die Studie jedoch eindrucklich die Potenziale einer kultur- und globalhistorisch erweiterten historischen Bildungsforschung und stellt ein wichtiges Plädoyer für eine neue Beschäftigung mit Schule und Erziehung gerade auch in kolonialen und postkolonialen Kontexten dar.

Bochum

Till Kössler

Paramilitarismus im Vergleich

Gerwarth, Robert/Horne, John (Hrsg.): Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt nach dem Ersten Weltkrieg, 347 S., Wallstein, Göttingen 2013 (engl. 2012).

Mit dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 war die kriegerische Gewalt in Europa noch lange nicht zu Ende. Auf den „großen Krieg“ folgte eine Vielzahl von „kleinen“, regional mitunter nicht minder verheerenden Kriegen, die vielfach nicht durch reguläres Militär, sondern durch paramilitärische Verbände ausgefochten wurden. Diese Formationen und die von diesen verübte Gewalt sind der Gegenstand des Bandes „Krieg im Frieden“, bei dem es sich um die Übersetzung des 2012 bei Oxford University Press erschienenen Originals handelt. Seine Herausgeber, die Dubliner Historiker Robert Gerwarth und John Horne, haben in den zurückliegenden Jahren intensiv über den Paramilitarismus in den europäischen Nachkriegs-Kriegen geforscht und dabei erstmals konsequent eine vergleichende und transnationale Perspektive eingenommen. Der vorliegende Band ist auch eine Bilanz dieser Forschungsarbeit, der – so viel sei vorweg genommen – den Mehrwert dieser vergleichenden Sichtweise unter Beweis stellt.

In Abgrenzung von der bisherigen Historiographie geht es den Herausgebern darum, den Paramilitarismus nicht allein als Ausdruck von Militarisierung und „Brutalisierung“ während des Weltkrieges zu deuten. Der Ermöglichungsraum für paramilitärische Mobilisierungen in Mittel- und Osteuropa, auf dem Balkan wie im Osmanischen Reich eröffnete sich aus ihrer Sicht vielmehr durch das Zusammenspiel mehrerer Faktoren, von denen die bolschewistischen und sozialistischen Revolutionen, die Zusammenbrüche der Imperien und die ethnischen Konflikte nach 1918 die bedeutendsten sind (S. 15). Entsprechend gliedert sich der Band in zwei Teile: Die sechs Beiträge des ersten Teils – „Revolution und Konterrevolution“ – widmen sich zentralen Themen des Russischen Bürgerkrieges beziehungsweise der gegenrevolutionären Bewegungen in Ostmitteleuropa und Italien. Teil zwei – „Nationen, Grenzgebiete und ethnische Gewalt“ – besteht aus sieben Beiträgen, die sich mit jenen Formen des Paramilitarismus befassen, die „aus den Kämpfen um die Schaffung neuer Nationalstaaten und Grenzen“ in Mittel- und Osteuropa erwachsen (ebd.). Es überrascht wenig, dass dieses Gliederungsprinzip nur bedingt

trennscharf ist: Deutsche und österreichische Formationen bezogen ihre Mobilisierungskraft sowohl aus dem Antibolschewismus als auch aus ethnischen Konflikten.

Die große Stärke des Bandes liegt darin, ein ausgesprochen breites Spektrum von Fallbeispielen zu präsentieren. Er lässt damit keinen Zweifel daran, dass Freikorps und Einwohnerwehren des deutschen Nachkrieges in einen (ostmittel)europäischen Kontext eingebettet werden müssen und schlechterdings nicht in die Sonderwegsthe- se und ihre modernen Varianten eingefügt werden können. Zwar fehlen die „klassischen“ Beispiele paramilitärischer Nachkriegsgewalt keineswegs: William G. Rosenberg und Nikolaus Katzer wid- men sich – mit Blick auf die Bolschewiki be- ziehungsweise die „Weißen“ – dem Russischen Bürgerkrieg, Emilio Gentile der paramilitäri- schen Dimension des italienischen Faschismus, Mitherausgeber Robert Gerwarth betrachtet die „paramilitärische Subkultur“ in Deutschland und Österreich. Aber in besonderer Weise bedeut- sam und anregend sind doch jene Beiträge, die Phänomene behandeln, die sich aus deutscher Perspektive eher an der Peripherie abspielten: Zu diesen zählt unter anderem der Beitrag von Pertti Haapala und Marko Tikka über „Revolution, Bürgerkrieg und Terror in Finnland 1918“, der insofern besonders interessant ist, als die Kämp- fe zwischen „Roten“ und „Weißen“ in Finnland zwar von besonderer Brutalität waren, jedoch die Mehrheit der „200.000 Mann, die in den finni- schen Bürgerkriegsarmeen kämpften, [...] keine Kriegserfahrung“ hatte (S. 135) – womit die The- se einer durch den Weltkrieg bewirkten Brutali- sierung spätestens an dieser Stelle an das Ende ihrer Erklärungskraft gerät.

Nicht minder anregend, sind Tomas Balkelis Analyse der baltischen paramilitärischen Bewe- gungen und John Paul Newmans Darstellung der Situation auf dem Balkan. Zwei Beiträge widmen sich mit Blick auf den „europäischen Nachkrieg“ oft vernachlässigten irischen Bürgerkrieg und dessen Folgen (Julia Eichenberg und Anne Do- lan). Besonders aufschlussreich ist schließlich ein Aufsatz über die paramilitärische Gewalt im zu- sammenbrechenden Osmanischen Reich (Uğur Ümit Üngör), der einen Zusammenhang herstellt zwischen den Balkankriegen 1912/13 und dem Genozid an den Armeniern: Der Genozid war überwiegend von paramilitärischen Einheiten der Jungtürken verübt worden, deren Angehörige vielfach in den vorangegangenen Jahren vom Balkan aus geflüchtet waren. Die Frage, in- wie weit es hier zu einem Erfahrungstransfer

gekommen sein könnte, muss Üngör indes wei- teren Forschungen überlassen (S. 250).

Deutlich wird in diesen Beiträgen, um nur ei- nen der wiederkehrenden Befunde herauszugrei- fen, in welchem Maße paramilitärische Verbände parastaatliche Aufgaben erfüllten. Staaten setzten paramilitärische Formationen für Aufgaben ein, für die sie nicht direkt haftbar gemacht werden wollten – das galt für den Einsatz deutscher Frei- korps in Oberschlesien ebenso wie für den Ge- nozid an den Armeniern. Daneben erfüllten diese Formationen etwa im Baltikum oder in Polen die Funktion von „Baumeistern“ von Nationalstaaten. In beiden Fällen waren sie genuine Akteure jener Übergangsperiode, an deren Ende die territoriale Gestalt Europas grundlegend verändert war.

Kritisch anzumerken ist, dass die von den Herausgebern vorgegebene Definition „para- militärischer Gewalt“ beziehungsweise von „Pa- ramilitarismus“ relativ vage bleibt. Sie verstehen unter dieser „militärische oder quasi-militärische Organisationen und Praktiken“, die „Aktivitäten konventioneller militärischer Verbände entweder ausweiteten oder ersetzen“ (S. 8f.). Das kann alles und nichts bedeuten. Das naheliegende Er- gebnis dieser offenen Definition ist, dass in meh- reren Darstellungen paramilitärische und konven- tionelle militärische Gewalt nicht differenziert wer- den kann (s. Beitrag Rosenberg, S. 54). Zudem wird der Begriff „Paramilitarismus“ nicht immer analytisch verwendet, sondern oft nur als un- scharfes Prisma für ereignisgeschichtliche Dar- stellungen der jeweiligen Nachkriegsereignisse. Dem Wert dieses Bandes – die paramilitärische Mobilisierung auch in der europäischen Periphe- rie erschlossen zu haben – tut dieses Manko in- des keinen Abbruch.

Potsdam

Rüdiger Bergien

Vergleichende Geschichte des Versagens

Altenburg, Jan Philipp: Machtraum Großstadt. Zur Aneignung und Kontrolle des Stadtraumes in Frankfurt am Main und Philadelphia in den 1920er Jahren, 290 S., Böhlau, Köln u. a. 2013.

Stadtgeschichtliche Forschungen haben in den letzten Jahren wieder eine produktive Dynamik er- fahren. Besonders der Einfluss von benachbarten Disziplinen (Soziologie, Sozialtheorie etc.) führt zu

fantasievollen sowie produktiven stadthistorischen Forschungen. Eine jüngere Generation von Stadt-historikern und -historikerinnen wählt inzwischen einen raumtheoretischen Zugriff, der sich durch eine Hinwendung zu den handelnden Personen auszeichnet. Es stehen weniger die allgemeine „Geschichte der Stadt“ oder ihre dreidimensionale Beschaffenheit im Fokus, sondern die agierenden Menschen im und für den städtischen Raum.

Ein Beispiel für diesen Perspektivwechsel ist die Forschungsarbeit „Machtraum Großstadt“ von Jan Philipp Altenburg, die als Promotion an der Justus-Liebig-Universität in Gießen bei Friedrich Lenger entstand. Im Mittelpunkt seiner Forschung steht die Entwicklung von Ordnungssystemen in Frankfurt am Main und Philadelphia in den 1920er Jahren. Altenburg zeichnet zunächst in beiden Städten die Machtstrukturen auf („Who makes the town we live in“, S. 255), um anschließend sich den unterschiedlichen Fürsorgesystemen zu widmen, die wiederum einen zentralen Beitrag zur Überwachung des sozialen Raums liefern.

Strukturiert wird die Arbeit in vier Hauptkapitel: Narrative und Praktiken der Macht, Strukturen der sozialen Kontrolle, Nachbarschaft und Momente der Erschütterung. Um es vorweg zu nehmen: In dem Buch wird keine Erfolgsgeschichte beschrieben, sondern vor allem „eine Geschichte des Versagens“ (S. 39). Der Grund für die Auswahl der beiden Städte Frankfurt am Main und Philadelphia ist – trotz der lokalen Begrenztheit – nicht ihre Ähnlichkeit, sondern ihre Verschiedenheit. Mit dieser Methode einer vergleichenden Untersuchung entstehen Schwierigkeiten, die dem Autor sehr bewusst sind. So fördern kontrastierende Gegenüberstellungen zwar das Verständnis der Andersartigkeit, die Unterschiedlichkeit der Quellen erschwert jedoch eine vergleichende Interpretation der Ergebnisse.

Die Grundprobleme eines kontrastierenden Vergleichs werden besonders im vierten Kapitel („Momente der Erschütterung“) augenfällig. Der Autor wählt in diesem Kapitel gänzlich unterschiedliche Fallstudien, um die unterschiedlichen Systeme zu veranschaulichen. In Frankfurt am Main wird exemplarisch ein grauenhaftes Familiendrama vorgestellt, der Fall Wiechmann. Es verdeutlicht das Unvermögen des Fürsorgesystems, das zwar konzeptionell für mehr Gerechtigkeit sorgen sollte, in der Praxis jedoch schlichtweg versagte (S. 212). Der Übergang von der ehrenamtlichen Hilfe in der Tradition des Eberfelder Systems, zu einem sozialstaatlich, reglementierenden Fürsorgesystem, das in Frankfurt am Main auch eine Trennung von Außen- und Innendienst zur Folge hatte, bewirkte

eine Entfremdung von Helfenden aus der Bürokratie und abhängigen Hilfsbedürftigen. Die nahezu „kollabierenden Zustände“ in den Ämtern mit jungen und oftmals überforderten Beamten, führte zu ausgesprochen problematischen Zuständen, die zwar eine gerechte Gleichbehandlung aller Hilfsbedürftigen anstrebte, in der Praxis jedoch oftmals entwürdigend und beschämend war.

Für Philadelphia – einer typischen durch Korruption und Segregation gezeichneten „boss-riden-city“ – wählt der Autor im vierten Kapitel hingegen eine gänzlich andere Fallstudie, nämlich den Fall Butler, der das System der „politischen Maschine“ und des politischen Polizeiapparates thematisiert. Im strengen Kontrast zu Frankfurt am Main bildete sich in Philadelphia ein grundlegend anderes System heraus, das zum einen auf einem ausgeprägten privaten Wohlfahrtssystem der Mittel- und Oberschicht beruhte und zum anderen auf einem Netzwerk „politischer Bosse“, die ihren Schützlingen im Tausch für Wählerstimmen direkte Unterstützung zukommen ließen“ (S. 19). Der von der Navy beurlaubte Brigadegeneral Smedley D. Butler beabsichtigte Mitte der 1920er Jahren mit den korrupten Strukturen und „Sündenpfuhlen der Stadt“ aufzuräumen. Letztlich scheiterte Butler, so der Autor, an der „Machtausübung der sozialen Oberschicht, die vor allem auch über gesellschaftliche Netzwerke und gegenseitige Gefälligkeiten funktionierte“ (S. 254).

So deutlich der Kontrast des deutsch-amerikanischen Städtevergleiches auch ausfällt, so offensichtlich wird auch, dass es in beiden Städten weniger um die Unterstützung Hilfsbedürftiger ging, sondern um „die Grundfrage der Machthoheit in der Kontrolle des städtischen Raums, um die Aushandlung der Frage um das Recht auf die Stadt“ (S. 257).

Trotz aller methodischen Grundprobleme gelingt es in dem sehr lesenswerten Buch, die Individualitäten der beiden Städte zu wahren und die jeweiligen komplexen Aushandlungsprozesse um Macht, Identität, Selbst- und Fremdbestimmung angemessen darzustellen. Diese Publikation weist auch auf die neuen Horizonte in der Stadtgeschichtsforschung.

Stuttgart

Gerd Kuhn

Die Deglobalisierung entmythisieren

Kunkel, Sönke/Meyer, Christoph (Hrsg.): Aufbruch ins postkoloniale Zeitalter. Globalisierung

und die außereuropäische Welt in den 1920er und 1930er Jahren, 277 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2012.

„Aufbruch ins postkoloniale Zeitalter“ untersucht die Zwischenkriegszeit in ihrer globalen Vernetzung und setzt damit der wirtschaftshistorisch orientierten These einer im Zuge der Weltwirtschaftskrise stattfindenden Deglobalisierung starke Argumente entgegen. Die Herausgeber wenden sich zu diesem Zweck der „Dynamik kultureller Globalisierung“ zu, die sich in neuen „Mobilitätsformen“ ebenso offenbare wie in neuen internationalen Institutionen, transnationalen Bewegungen, Debatten zu Umweltschutz und Bevölkerungspolitik sowie der Rolle von Experten (S. 12–17). Mit dem Völkerbund und Organisationen wie der ILO oder der *Negritude*-Bewegung werden neue Politikfelder und Akteure in den Blick genommen – mit der Intention, die Zwischenkriegszeit „global – postkolonial – transnational“ neu in den Blick zu nehmen (S. 20–27).

An diesen Fluchtpunkten (aber nicht in dieser Reihenfolge) ist dann auch der Band organisiert. An Christof DeJungs Beitrag zum globalen Baumwollmarkt wird der eurozentrische Hintergrund der Deglobalisierungsthese deutlich, denn der Autor kann zwar eine „Enteuropäisierung“ der Weltwirtschaft feststellen, weist zugleich aber eine stärkere Orientierung der Baumwollindustrie auf asiatische Märkte nach, auf die einzelne Unternehmen auch reagierten (S. 37–61). Eher für die Deglobalisierungsthese sprechen hingegen die von Christine Berth skizzierte Auswirkungen von Wirtschaftskrisen und staatlicher Interventionen in den Kaffeemarkt für transnationale Handelsnetzwerke (S. 62–81). Im Sinne des Bandes unterzieht Fritz G. Gravenitz die *London Monetary and Economic Conference* von 1933 einer Relektüre und kann anhand transnationaler Interessensgruppen im Zuckerhandel zeigen, wie die globale Agrarkrise in einer globalen Marktplanung mündete und im Zuge dessen neue globale Institutionen wie der Internationale Zuckerrat entstanden (S. 82–101). Der Abschnitt dokumentiert somit ein Wechselspiel von Deglobalisierung und Globalisierung; gerade letztere gerät durch die jeweils vorgeschlagenen Perspektivwechsel erst in den Blick.

Der von Daniel Maul und den Herausgebern bestrittene Abschnitt „Anfänge von Entwicklungspolitik“ konzentriert sich auf Entwicklungsdiskurse und humanitäre Hilfe. Maul beschreibt die 1920er und 1930er Jahre als Inkubationszeit internationaler humanitärer Hilfsorganisationen.

Am Beispiel amerikanischer NGOs zeigt er auf, dass diese zugleich Indikator und Untersuchungsfelder einer globalen Vernetzung der USA sein könnten (S. 82–121). Sönke Kunkel und Christoph Meyer gehen den entwicklungspolitischen Kommissionen des Völkerbundes nach, die Ausdruck eines sich verbreitenden *high modernism* gewesen seien (S. 122–141). Sie weisen dem Völkerbund eine Schlüsselfunktion für die Entstehung der Entwicklungsdebatte zu, unterschlagen allerdings dabei (und anders als in ihrer Einleitung) ein wenig die in London, Paris und anderen Orten geführten Debatten, die auch zu einer Verschiebung des Entwicklungsdiskurses von der Zivilisierungsmission hin zum wissenschaftlich und technisch fundierten *colonial development/mise en valeur* geführt hatten.

Die Anfänge der Dekolonisierung werden dann anhand von vier Beispielen diskutiert: Der Pan-Asiatischen Bewegung (Torsten Weber), der indischen Debatten über den Völkerbund und den Abessinienkrieg (Maria Framke), *black america* als Bezugspunkt westafrikanischer Debatten von *race* und Globalisierung (Elisabeth Engel) und der „Globalisierung des Widerstandes“ durch antikoloniale Konferenzen und die „Liga gegen Imperialismus“ (Jürgen Dinkel). Bemerkenswert an der Liga war besonders deren Vernetzung über „geographische, politische und ideologische Grenzen hinweg“ (S. 227). Dass die antikoloniale Solidarität in diesem Zusammenhang durchaus auch an ihre Grenzen stieß, verschweigt Dinkel ebenso wenig wie die Bedeutung der Konferenzen als Erinnerungsorte nach 1945. Die Stärke der vier Beiträge liegt darin sowohl alternative Zukunfts- und Entwicklungsvorstellungen zu benennen als auch das Spektrum der betrachteten Akteure zu erweitern.

Abschließend zieht Esther Möller mit Anmerkungen zu libanesischen Besuchern der Kolonialausstellung 1931 eine Bilanz der französischen Zivilisierungsmission, die zumindest für den kleinen Kreis privilegierter Schüler und Lehrer, die nach Frankreich reisen konnten, erfolgreich gewesen zu sein schien (S. 233–250). Florian Riedler schließt mit Anmerkungen zum deutsch-türkischen Verhältnis durch die Brille des „Bundes deutscher Asienkämpfer“ (S. 251–274).

Kunkels und Meyers Sammelband zeigt deutlich, wie wichtig die 1920er und 1930er Jahre als Inkubationsphase für die Dekolonisierung der Nachkriegszeit waren. Ob schon in diesen Jahren von „postkolonial“ gesprochen werden und ab wann davon gerade im Zusammenhang mit Entwicklungsdebatten überhaupt die Rede

sein kann, ist allerdings fraglich. Angesichts des überzeugenden Konzepts wie der nahezu durchgängig auch sprachlich überzeugenden Beiträge des Bandes ist es aber vielleicht auch gar nicht nötig, die Komplexität dieser Periode auf drei Schlagworte zu reduzieren. Die immer wieder angemahnte Differenzierung und Entmythisierung überzeugt in jedem Fall.

Darmstadt

Birte Förster

Anregender Sammelband

Reinicke, David u. a. (Hrsg.): Gemeinschaft als Erfahrung. Kulturelle Inszenierungen und soziale Praxis 1930–1960, 228 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2014.

Nationalsozialismus und ‚Volksgemeinschaft‘ ist zu einem großen, kontroversen Thema geworden. Während Hans Mommsen das Konzept als reinen Propagandabegriff der Nationalsozialisten abgetan hat und Ian Kershaw betonte, dass mit diesem Begriff die Realität des NS-Regimes nur sehr begrenzt erfasst werden kann, haben etwa Michael Wildt und das Niedersächsische Forschungskolleg „Nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘? Konstruktion, gesellschaftliche Wirkungsmacht und Erinnerung vor Ort“ gewichtige Publikationen zu dem Thema vorgelegt. Auch dieser Sammelband ist aus einer Tagung des Niedersächsischen Forschungskollegs im Jahr 2010 hervorgegangen.

Es kann keinen Zweifel geben, dass ‚Volksgemeinschaft‘ für die Nationalsozialisten einen zentralen Begriff darstellte. Er diente der Propaganda, drückte aber auch eine Zielvorstellung aus: Im Gegensatz zu einer pluralistischen, anonymen Gesellschaft von zweckrational gesteuerten, durch Gesetze und Regelwerke integrierte Individuen symbolisierte sie den Wunsch nach einer homogenen Gemeinschaft, die auf Zugehörigkeitsgefühl beruht und als Schicksalsgemeinschaft erlebt wird. Homogenität wird dabei auch durch Ausgrenzung derer erreicht, die nicht in die Gemeinschaft zu passen scheinen, weshalb auch politische Intoleranz und Vernichtung Teil des Gemeinschaftsdenkens sind.

Schon die Definition von Gemeinschaft macht deutlich, dass der Begriff nur als Idealtyp verstanden werden darf. Auf ideologisch-propagandistischer Ebene kann Gemeinschaft in Reinform dargestellt werden (so etwa bei der Inszenierung

von Wilhelmshaven als Gemeinschaft, die Gunnar Zamzow beschreibt), doch in der Realität mischt sich ein Gemeinschaftsgefühl immer mit egoistisch-zweckrationalen Interessen. Dies zeigt sich auch in den verschiedenen Beiträgen, die häufig auf Mischungsverhältnisse und Bruchlinien hinweisen. In der Grenzregion zwischen Dänemark und Deutschland gab es Spannungsverhältnisse zwischen Vorstellungen von Volks- und Rassegemeinschaft, wie Steffen Werther ausführt; und in der SA und SS verbanden sich, wie Bastian Hein und David Reinicke zeigen, Gemeinschaftsgefühl mit materiellen Erwägungen oder der Suche nach Statusgewinn. Auch in dem Erleben von Jugendlichen im Zweiten Weltkrieg gab es Konflikte zwischen Gemeinschaftsideologie und desillusionierenden Erfahrungen, so dass, wie Benjamin Möckel zeigt, oft eher im Nachhinein wieder eine Generationenidentität hervorgehoben wurde; und im Fußball stieß sich das weithin betonte Gemeinschaftsgefühl mit der Realität von Identifikation mit dem eigenen Verein und dem Willen, auch mit Geld Spielerstars zu gewinnen.

Der einleitende Beitrag von Habbo Knoch setzt den Rahmen des Sammelbandes, indem aufgezeigt wird, wie der Versuch, eine emotionale Gemeinschaft zu verwirklichen, zu einer Zerstörung von Menschlichkeit und damit der sozialen Moderne geführt hat. Demgegenüber versucht der letzte Beitrag, der gemeinsam von David Reinicke, Kathrin Stern und Gunnar Zamzow verfasst ist, das Konzept Gemeinschaft genauer zu bestimmen, um Perspektiven für einen sinnvollen Gebrauch des Begriffs nicht nur als Beschreibung, sondern auch als Instrument zur Analyse des Nationalsozialismus zu eröffnen. Gemeinschaft kann nicht von außen bestimmt werden, sondern bezeichnet eine subjektiv empfundene Bindungskraft zwischen Individuum und Kollektiv, was zumeist mit einem sinnstiftenden Diskurs verbunden ist und häufig mit einer kollektiven Inszenierung des Gemeinschaftsgefühls zusammengeht. Gemeinschaftliche wie gesellschaftliche Elemente existieren wohl in jedem Kollektiv in verschiedenen und höchst instabilen Mischungsverhältnissen, weshalb auch beide Dimensionen in jeder Analyse Beachtung finden müssen. Zudem betonen die Autoren, dass Gemeinschaft immer darauf angewiesen ist, sich gegen einen „Anderen“ zu definieren. An dieser Stelle erscheint es dem Rezensenten doch relevant, sich in den allgemeinen Überlegungen nicht zu sehr von dem Beispiel des Nationalsozialismus leiten zu lassen. Eine Unterscheidung von innen und außen ist wohl in der Realität immer

vorhanden, aber diese muss nicht unbedingt aggressiv oder chauvinistisch vollzogen werden, wie sich etwa im Gemeinschaftsdenken der Jugendbewegung oder der neuen sozialen Bewegungen zeigt. Und selbst im NS-Regime konnte, wie im Buch das Beispiel von der Förderung von stolzem Bürgersinn in Wilhelmshafen zeigt, Gemeinschaft auch ohne aggressive Komponente existieren.

Insgesamt bietet der Sammelband ein stimulierendes Gemisch von Fallstudien und theoretischen Gedanken und regt seine Leserinnen und Leser damit sicherlich zum Weiterdenken an.

Lancaster

Thomas Rohkrämer

Das Münchener Wohlfahrtsamt im Nationalsozialismus

Wimmer, Florian: Die völkische Ordnung von Armut. Kommunale Sozialpolitik im nationalsozialistischen München, 460 S., Wallstein, Göttingen 2014.

Die Sozial- beziehungsweise Wohlfahrtspolitik der Kommunen in der Zeit des Nationalsozialismus ist immer noch schlecht erforscht. Umfassende Studien liegen bisher nur für Leipzig (Julia Paulus) und Hamburg (Uwe Lohalm) vor. Eingebettet in ein größeres Projekt über die Münchener Stadtverwaltung im Nationalsozialismus legte nun Florian Wimmer eine beeindruckende Studie über die viertgrößte Stadt des ‚Dritten Reiches‘ vor. Wimmers Untersuchung untermauert nachdrücklich den Befund, dass die Kommunen in der nationalsozialistischen Polykratie keinesfalls als Opfer angesehen werden können, sondern ganz im Gegenteil über erheblichen Gestaltungsspielraum verfügten.

Wimmer kann bei seiner Untersuchung bruchlos an die 1998 erschienene große Studie Wilfried Rudloffs über die Münchener „Wohlfahrtsstadt“ im Ersten Weltkrieg und der Weimarer Republik anknüpfen. Für die Zeit des Nationalsozialismus sind Wimmers Vergleichsstädte vor allem Hamburg, Stuttgart und die bayerischen Großstädte.

Im Gegensatz zu anderen Städten brachte die nationalsozialistische Machtergreifung in München nur einen geringen Austausch des Personals im Wohlfahrtsamt. Insbesondere blieb Amtsleiter Friedrich Hilble (1881–1937) im Amt, ein im Katholizismus verankerter Anhänger der Bayerischen Volkspartei. Hilble, nach dem in

München noch heute eine Straße benannt ist, wurde zum Vollstrecker der NS-Sozialpolitik in der „Hauptstadt der Bewegung“. Er ist ein bestechendes Beispiel für den gar nicht so seltenen Typus von Fürsorgeexperten, die, ohne NSDAP-Anhänger zu sein, gleichwohl erheblich zur Verfolgung von „Asozialen“ und „Minderwertigen“ beitrugen. Organisatorisch konstatiert der Verfasser keine Gleichschaltung des Amts, sondern „vielgestaltige Interaktion“ (S. 68). Die Kernstruktur des Wohlfahrtsamts blieb erhalten, allerdings wurde das Jugendamt abgespalten.

Eine weitere Münchner Besonderheit bestand in der ausgeprägten Schwäche der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). Ihr Aufbau ging nur schleppend voran, und sie stand bald unter Leitung eines bewährten Beamten des Wohlfahrtsamts, der 1939 sogar dessen Amtsleiter wurde. Im Vergleich zu anderen Städten drohte somit seitens der NSV wenig Gefahr für die traditionelle Verwaltung, statt polykratischem Machtkampf sieht Wimmer hier „Verzahnung“ und ertragreiche Kooperation beziehungsweise Ämterkumulation und Personalunion. Überraschend ist auch, dass das Winterhilfswerk in München faktisch unter Leitung des Wohlfahrtsamts stand, wo die Bedürftigkeit der Empfänger geprüft und Empfehlungen über zu fördernde „wertvolle“ Klienten ausgesprochen wurden.

Im Gegensatz zu den meisten Großstädten kannte München vor 1933 keine Pflichtarbeit für die Klienten der Fürsorge nach § 19 der Reichsfürsorgepflichtverordnung. Die politischen Verhältnisse im Stadtrat hatten dies verhindert. Hilble führte die Fürsorgepflichtarbeit noch 1933 ein, die in der Folge ein wichtiges Mittel der Disziplinierung der Fürsorgeempfänger wurde.

Auch den in geschlossenen Anstalten vollstreckten fürsorgerechtlichen Arbeitszwang nach § 20 Reichsfürsorgepflichtverordnung verhängte München in der Weimarer Republik nicht, was sich nach der ‚Machtergreifung‘ schnell änderte. Auf Anregung des Münchener Wohlfahrtsamts konnte der Arbeitszwang ab 1935 sogar im Konzentrationslager Dachau vollstreckt werden. Das Amt wies Hunderte „Asoziale“ nach Dachau ein und bezahlte dafür mit Tagessätzen. Die Drohung mit „Dachau“ wurde Alltag in den Amtsstuben. Weil der Arbeitszwang auf ein Jahr begrenzt war und weil in den Akten viel Besserungspostulate zu finden sind beziehungsweise von „Wiedereingliederung“ die Rede ist, spricht Wimmer hier wenig überzeugend von „repressiver Inklusion“ im Sinn eines zwangsweisen Hineinpressens in die ‚Volksgemeinschaft‘. Den Nachweis, dass dies

tatsächlich auch gelang, liefert der Autor allerdings nicht.

Die Studie enthält viel Material zur Neujustierung der Hierarchie der Klienten des Wohlfahrtsamts nach 1933. Die bereits in der Weimarer Republik angelegte unterschiedliche materielle Versorgung der verschiedenen Gruppen verstärkte sich. Oben standen Sozial- und Kleinrentner und förderungswürdige Kinderreiche, unten die „Arbeitsscheuen“ und „Asozialen“ und nicht zuletzt „asoziale Großfamilien“. Alte fürsorgerische Differenzierungen („würdig“ versus „unwürdig“) wurden in der Amtssprache bald von rassenhygienischem Vokabular überlagert: Nun galt es zwischen „Wertvollen“ und „Minderwertigen“ zu unterscheiden (S. 212). Insgesamt besticht Wimmers Studie durch die Analyse der gesamten Tätigkeit des Wohlfahrtsamts, insbesondere auch der fördernden Maßnahmen vor allem für „wertvolle“ Kinderreiche.

Ende der dreißiger Jahre und insbesondere im Zweiten Weltkrieg verschoben sich die Aufgaben des Münchener Wohlfahrtsamts nachhaltig. Fürsorgeempfänger alten Schlags gab es immer weniger, neue Aufgaben wie der Soldatenunterhalt und dann die Unterbringung der Ausgebombten bestimmten das Bild. Die Beamten mussten sich auf Klienten einstellen, mit denen man keineswegs so ruppig umgehen durfte wie mit der Armutsbevölkerung.

Kassel

Wolfgang Ayaß

Ideologie statt Problemlösung

Schleupner, Franziska: „Arbeitsscheu Reich“. Die Sonderaktion der Geheimen Staatspolizei im April 1938. Ursachen. Motive. Planung – und deren Umsetzung im Regierungsbezirk Mainfranken, 333 S., Königshausen & Neumann, Würzburg 2014.

Das Schicksal der Konzentrationslagerhäftlinge mit dem schwarzen Winkel, der „Arbeitsscheuen“ oder „Asozialen“, kann seit den 1990er Jahren als gut erforscht gelten. Dennoch steht diese Kategorie von Häftlingen, ähnlich wie die „Berufsverbrecher“ mit den grünen Winkeln, immer noch im Abseits der allgemeinen Wahrnehmung und des öffentlichen Gedenkens. Daher ist es zu begrüßen, dass Franziska Schleupner mit ihrer an der Universität Würzburg angenommenen Dissertation einen regional begrenzten

Blick auf den Ablauf der Verhaftungsaktion im April 1938 im Regierungsbezirk Mainfranken wirft. Der Untersuchungsraum ergibt sich aus der ungewöhnlich reichen Überlieferung von Akten der Gestapo Würzburg, die denn auch die wesentliche Quellengrundlage der Arbeit bilden. Schleupner schlägt einen weiten, aber notwendigen Bogen, indem sie die Verurteilung angeblicher Arbeitsunwilligkeit seit dem antiken Rom nachzeichnet. Mit der Durchsetzung des Kapitalismus wurde zur Vermeidung der Systemfrage dann endgültig ein Diskurs dominant, der Arbeitslosigkeit – ungeachtet der gegenläufigen empirischen Befunde – eher als „moralisches Verschulden denn strukturelles Problem“ (S. 54) betrachtete. Entsprechende Sanktionsinstrumente waren bereits im Kaiserreich und der Weimarer Republik feste Bestandteile der Sozialgesetzgebung und der Fürsorgevorschriften.

Damit war der Nährboden gelegt für die Radikalisierung der Exklusion der „Arbeitsscheuen“ im Nationalsozialismus, die in den ersten Jahren nach 1933 vor allem von Städten und Kommunen getragen wurde und weniger von Parteiakteuren. Entscheidend wurde die Entwicklung der Polizei zum „Exponenten der entgrenzten Verfolgung „Arbeitsscheuer““ (S. 99), obwohl die öffentlichen Fürsorgeinstitutionen, das Gesundheitswesen und die Justiz traditionell mehr Kompetenzen in diesem Bereich aufweisen konnten. Mit der Durchsetzung der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ und biologistischer Konzepte standen sozial Deviante jeglicher Couleur zunehmend im Fokus polizeilicher Verfolgungsmaßnahmen. Entscheidend wurde das Jahr 1937, als der Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft durch die Heranziehung der „Arbeitsscheuen“ behoben werden sollte. Himmler als Sonderbeauftragter für Landarbeiterfragen schätzte, dass dadurch mehr als 20.000 Arbeiter für die Ernte gewonnen werden könnten. Dem stand eine Zahl von 2.600 „Arbeitsscheuen“ gegenüber, die sich bei einer Erhebung der Arbeitsämter ergeben hatte. Das Problem der „Arbeitsscheu“ offenbarte sich bereits hier weitgehend als ideologisches Konstrukt.

Mitte des Jahres 1937 wurde der Zweck der Erfassung der „Arbeitsscheuen“ dahingehend geändert, dass nun Arbeitskräfte für die Baustoffproduktion bei dem neugegründeten KZ Buchenwald gewonnen werden sollten. Daneben blieben „sozialhygienische“ Gründe der abschreckenden Wirkung auf die Gesamtgesellschaft bedeutsam. Die spannendsten Abschnitte der Arbeit widmen sich der konkreten Planung

und Durchführung der Aktion im April 1938. Federführend waren Gestapo und Arbeitsämter, zwischen denen sich ein enges Zusammenspiel ergab. Daneben waren jedoch zahlreiche andere Behörden und Parteistellen einbezogen. Vor allem, wenn bei den Arbeitsämtern keine greifbaren Erkenntnisse vorlagen, kamen Einschätzungen von Gendarmerie, Landratsämtern oder NSV-Stellen zum Tragen. Und dies war in der überwiegenden Zahl der Fälle notwendig, da die Arbeitsämter sich nur an konkret belegbare Erkenntnisse hielten. Durch die Einbeziehung der anderen Stellen gerieten häufig Männer in den Fokus, die aus irgendeinem Grund Außenseiter der örtlichen Gemeinschaft geworden waren.

In diesem gesamten bürokratischen Prozedere, das sich über ein Jahr lang hinzog, ist ein Grundzug der Systemstabilität des Nationalsozialismus zu erblicken. Die Behörden beschränkten sich auf das Handeln innerhalb des nun ideologiegeleiteten „Normenstaates“, wussten aber, dass das Ergebnis ihrer Arbeit die Auslieferung der „Arbeitsscheuen“ an den „Maßnahmenstaat“ war, wobei die „Maßnahmen“ sich außerhalb ihres Blickfeldes im KZ Buchenwald vollzogen. Das bürokratische Beharren auf den vorgegebenen Kriterien führte in diesem Fall dazu, dass weit weniger Personen einbezogen werden konnten als gedacht, vor allem, weil nur uneingeschränkt Arbeitsfähige in die Konzentrationslager gelangen sollten. Nach der genauen Schilderung der Durchführung der April-Aktion und dem Schicksal dieser Häftlingsgruppe im KZ Buchenwald schließt die Autorin mit einem Biographieteil, in dem das vorher Gesagte an vier Lebensläufen exemplarisch konkretisiert wird.

Insgesamt handelt es sich um einen sehr guten Gesamtüberblick über die ideologischen Grundlagen, Planung und Durchführung der Verhaftungsaktion im April 1938 im Gebiet Mainfranken. Etwas verwunderlich für eine Dissertation ist jedoch das Verhältnis von Bekanntem und Neuem. Wer mit der Grundlagenliteratur über die „ASR-Aktion“ vertraut ist, begegnet erst im letzten Drittel der Arbeit Unbekanntem. Die vorherige Schilderung der Ausgrenzung „Arbeitsscheuer“ bis 1933 und der konkreten Maßnahmen seit der Machtergreifung referieren lediglich den Forschungsstand, ohne einzelne Positionen zu diskutieren und zu bewerten oder auf die Entwicklung im Untersuchungsgebiet Bezug zu nehmen. Wenn dies einer Veränderung des Manuskripts zur Drucklegung geschuldet ist, um einen breiteren Leserkreis zu erreichen, ist es nicht kenntlich

gemacht; enttäuschend bleibt es in jedem Fall. Dennoch ist insgesamt eine gut lesbare, exzellente lektorierte Arbeit entstanden, die aufzeigt, dass alle maßgeblichen Stellen die ideologischen Vorgaben zur Verurteilung der „Arbeitsscheuen“ teilten und gemeinsam dafür sorgten, dass zahlreiche Männer zu Opfern des KZ-Systems wurden, deren einziges „Vergehen“ häufig eine gebrochene Erwerbsbiographie war.

Weimar-Buchenwald

Jens Binner

Der letzte Judenälteste

Hauff, Lisa: Zur politischen Rolle von Judenräten. Benjamin Marmorstein in Wien 1938–1942, 335 S., Wallstein, Göttingen 2014.

Er wurde zum Sinnbild für die vorgebliche Kollaboration jüdischer Funktionäre im Zuge der Vernichtung. Wurden pauschale Beschuldigungen gegen die jüdische Administration unter nationalsozialistischer Verfolgung erhoben, wurde sein Name nur allzu gerne genannt. Benjamin Marmorstein war leitender Beamter der Israelitischen Kultusgemeinde im Zuge der nationalsozialistischen Vernichtung und der letzte Judenälteste von Theresienstadt.

Die Historikerin Lisa Hauff rückte Marmorstein ins Zentrum ihrer minutiösen Studie „Zur politischen Rolle von Judenräten“. Sie konnte hierbei von jenem Material ausgehen, das Claude Lanzmann 1975 mit Benjamin Marmorstein drehte und das die Grundlage zu seinem Film „Der Letzte der Ungerechten“ bildete, der 2013 in die Kinos kam; wobei Hauff auch die Stunden des Gesprächs behandelt, die nicht den Weg auf die Leinwand fanden.

Benjamin Marmorstein, 1905 in Lemberg geboren, war Rabbiner, Theologe, Altphilologe, Philosoph und Publizist. 1938, nach dem sogenannten Anschluss, wurde er zum hochrangigen Beamten der Israelitischen Kultusgemeinde. Aus dem Gelehrten wurde ein Administrator. Er leitete die sogenannte Auswanderungsabteilung und half so mit, bis zum November 1941 etwa 128.000 Juden außer Landes zu bringen. Die jüdische Kooperation entsprach dem Interesse der Verfolgten. Sie konnten aus dem nationalsozialistischen Österreich entkommen, hatten dabei ihr Hab und Gut jedoch zurückzulassen. Das Regime wollte so viel Juden wie möglich vertreiben. Die Opfer mussten fliehen.

Ab dem Frühjahr 1941 veränderten sich unversehens die Bedingungen, unter denen die jüdische Administration zu operieren hatte. Die Kultusgemeinde und mit ihr der Amtsleiter Murrelstein wurden auch zu Hilfsdiensten bei den Deportationen, bei den Verschleppungen in die Vernichtungslager, eingespannt. Lisa Hauff gelingt es, den allmählichen Wandel der Situation aufzuzeigen. Sie verdeutlicht im prägnanten Stil und mit notwendiger Objektivität, in welche Zwangslage die Opfer und ihre Repräsentanten gerieten.

Anfang 1943 wurde Benjamin Murrelstein nach Theresienstadt deportiert und dort zum zweiten Stellvertreter des „Judenältesten“ ernannt. Ende 1944 sollte er der letzte Judenälteste des Konzentrationslagers Theresienstadt werden.

Nicht weil die „Judenräte“ die jüdische Gemeinschaft verrieten, sondern weil sie in ihrem Interesse zu handeln versuchten, waren die jüdischen Funktionäre verurteilt, sich in die Handlungsvorgaben der Machthaber hineinzusetzen. Im Sinne der Juden hatten sie wie Nationalsozialisten zu denken. Sie gingen auf die Lügen und Versprechungen der Nazis ein, denn dies war, wie man es drehte und wendete, die einzige Chance, die überhaupt noch verblieb, einen Teil der Menschen zu retten. Jede Entscheidung für das Leben war eine für den Tod. Die jüdische Verwaltung versuchte, Zeit zu gewinnen, doch die Herren der Zeit waren die Mörder. Auf die Grenzen der Handlungsfähigkeit der jüdischen Gemeinden während der nationalsozialistischen Vernichtung weisen die neuesten Forschungen, so etwa jene von Dan Michman oder von Beate Meyer, hin.

Im Juni 1945, nach der Befreiung wurde Murrelstein festgenommen und ein Verfahren gegen ihn eröffnet, doch im Dezember 1946 wurde die Anklage wieder zurückgelegt und Murrelstein auf freien Fuß gesetzt. In juristischer Hinsicht mochte Murrelstein rehabilitiert worden sein, doch die Anschuldigungen, Gerüchte und Ressentiments gegen ihn verstummten nicht. Wer das Vorgehen des jüdischen Funktionärs Benjamin Murrelstein in Wien und Theresienstadt untersucht, kann erkennen, dass seine Strategie sich nicht prinzipiell von den Strategien anderer jüdischer Funktionäre unterschied. Es war sein Auftreten, welches das Bild von ihm verdunkelte. Er – der Intellektuelle, gebildeter als seine Kollegen – ging seine Aufgabe mit einer gewissen Kälte an. Von der Folgerichtigkeit seines Vorgehens war er überzeugt. Er hielt an dieser Gewissheit auch nach 1945 fest. Das

war es, was ihn damals noch unsympathischer erscheinen ließ; das ist es, was ihn für uns heute so interessant macht.

Murrelstein wusste, ihm würde angelastet werden, überlebt zu haben. Er, der einzige Judenälteste, der noch lebte, war „der Letzte der Ungerechten“. Er wirke, so sagte er, wie ein „Dinosaurier auf der Autobahn“. Andere jüdische Funktionäre zerbrachen nach der Befreiung an ihren Schuldgefühlen. Murrelstein erklärte indes das Dilemma, in dem sich die Opfer angesichts der Widersinnigkeit der Vernichtung gefunden hatten.

Lisa Hauff setzt bei Benjamin Murrelstein an, um an seiner Person die Handlungsfalle darzulegen, in welche die jüdische Administration gefangen war. Das Interview von Claude Lanzmann aus dem Jahre 1975 ist ihr Ausgangspunkt. Mit seinem Film „Der Letzte der Ungerechten“ ging es dem einstigen Widerstandskämpfer Lanzmann darum, Murrelstein zu würdigen. Während der Film das Hauptaugenmerk auf Theresienstadt richtet, konzentriert sich die Autorin auf die Wiener jüdische Gemeinde. Die Zeit, da Murrelstein der Judenälteste des Lagers war, findet in der neuesten Forschung – etwa bei Anna Hajkova – eingehende Beachtung.

Die Verfasserin beleuchtet den Hintergrund dessen, was im Interview erwähnt wird, vergleicht Murrelsteins Aussagen mit anderen Quellen, erörtert, wie die Kooperation während Flucht und Deportation im Einzelnen ausgesehen haben könnte. Sie beleuchtet, an welchen Stellen Murrelstein seine eigene Rolle wohl überschätzt haben mag. Es wäre falsch, ihre Studie alleinig als Buch zum Film oder zum Rohmaterial des Interviews zu lesen. Lisa Hauff unterzieht Murrelsteins Aussagen einer kritischen Analyse. Sie lässt uns verstehen, wer er gewesen sein mag. Sie belegt und unterstreicht so durch ihre genaue und sorgfältige Arbeit zu diesem wichtigen Thema, wie falsch es war und ist, Murrelstein der Kollaboration zu bezichtigen.

Wien

Doron Rabinovici

Zum aktuellen Verständnis des Nationalsozialismus

Rürup, Reinhard: Der lange Schatten des Nationalsozialismus. Geschichte, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, 248 S., Wallstein, Göttingen 2014.

Der Sammelband umfasst 13 Beiträge von Reinhard Rürup, der lange Jahre Leiter der Gedenkstätte Topographie des Terrors und Lehrstuhlinhaber für Neuere Geschichte an der Technischen Universität Berlin war. Nach einem neu bearbeiteten, mit Nachweisen versehenen Vortrag über die vergleichende „Europäische Diktaturgeschichte im 20. Jahrhundert“ gruppieren sie sich in sechs solcher Stellungnahmen zu „Deutscher Geschichte 1933–1945“ und fünf Beiträgen über „NS-Vergangenheit und demokratische Gesellschaft“. Der Verfasser blickt auf die Phase der nationalsozialistischen Machtübernahme, die Bücherverbrennung, die Berliner Olympiade, den Radau- und Radikalantisemitismus bei den reichsweiten November-Pogromen 1938, den antisowjetischen Vernichtungskrieg Deutschlands um germanischen „Lebensraum“ und die Korruption der in der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ organisierten Wissenschaftler.

Auch in seinen Darlegungen zur Nachgeschichte des NS-Regimes vermag Rürup auf historische Ereignisse und Entwicklungen, die für unser aktuelles Verständnis vom Nationalsozialismus besonderes Gewicht haben, eindringlich, präzise und auf oft anschauliche Weise einzugehen: In Rückblicken auf deutsche Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1945 wie auch auf konkrete Initiativen um eine Bewusstmachung der „Topographie des Terrors“ in (West-)Berlin. Eher zeitgebundene Beiträge lassen die Kontroversen um Thesen Daniel Goldhagens und um die beiden Ausstellungen über die Verbrechen der Wehrmacht wieder aufleben. Eine Stellungnahme zur sechzigsten Wiederkehr des 8. Mai 1945 thematisiert diesen als „Tag der Befreiung“.

Die abschließende Deutschland, die Sowjetunion, Polen, Frankreich, Italien und die USA vergleichende Studie über die Entwicklung der Erinnerungskultur – und der Geschichtspolitik – in Bezug auf den Judenmord erweitert die Perspektive international. Hier möchte man manchmal andere Akzente setzen, da etwa die Wirkung der seit den 1980er Jahren in immer größerer Zahl veröffentlichten jüdischen Zeugenberichte unberücksichtigt bleibt; auch befremdet, dass der Verfasser Österreich als Herkunftsland eines Großteils der NS-Täter unerwähnt lässt. Die Aussagen über die „Zahl der Todesopfer“ (S. 225) unter dem NS-Regime in Polen ignorieren, dass die unmittelbar nach 1945 von der Statistik mit ‚drei Millionen‘ festgestellten Bevölkerungsverluste unter den Nicht-Juden der Zweiten Polnischen Republik nur zum kleineren Teil

auf Todesfälle, zum größeren indes auf diverse Grenz- beziehungsweise Bevölkerungsverschiebungen jener Jahre zurückzuführen sind.

Heute muss es gewiss darum gehen, diejenigen zu benennen und zu würdigen und denjenigen eine Stimme zu geben, die dem politischen und Rassenwahn der Hitleranhänger zum Opfer fielen. Doch gelte es zugleich, so Rürup, „über die Täter und ihre Taten so genau wie möglich aufzuklären“ (S. 29) sowie die gesellschaftlichen Ursachen und Voraussetzungen des Nationalsozialismus aufzudecken, um dadurch eine Wiederkehr zu verhindern. Kernbestandteil solcher öffentlicher Erinnerungsarbeit sei dabei der Mord an den europäischen Juden „als ein einzigartiges, alle Vorstellungen von Vernunft und Moral sprengendes Ereignis, eine Bündelung aller destruktiven Tendenzen des 20. Jahrhunderts, ein Einbruch des absolut Bösen in die zivilisierte Welt“ (S. 225).

Es könnte kaum eine sinnvollere Begründung für die fortgesetzte Aufarbeitung des Nationalsozialismus geben, als jene, die Reinhard Rürup zum Schluss für uns formuliert: „Die Einsicht [zu] fördern, dass der Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte wie auch der Sicherung einer liberalen und demokratischen politischen Verfassung auch in Zeiten gesellschaftlicher Verunsicherung und politischer Krisen ohne Zögern die höchste Priorität zuerkannt werden muss“ (S. 241).

Dies verdeutlicht zu haben, ist eines der hervorragenden Verdienste des vorliegenden Sammelbandes, der anlässlich des 80. Geburtstags des Verfassers herausgegeben wurde. Er beantwortet damit zugleich die Frage, warum wir uns mit ungebrochener Intensität bis in die unmittelbare Gegenwart der deutschen Geschichte zwischen den Jahren 1933 und 1945 widmen.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Intellektueller der zweiten Reihe

Prehn, Ulrich: Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik, 576 S., Wallstein, Göttingen 2013.

Der seit dem 18. Jahrhundert zum politischen Schlüsselbegriff avancierte Volksbegriff zählt epochen- wie nationenübergreifend zu den ebenso schillernden wie politisch wirkungsmächtigen kollektiven Selbst- und Fremdbeschreibungen.

In Deutschland war und ist die Vorstellung vom ‚Volk‘ eng verklammert mit dem Bekenntnis zur deutschen Nation, beispielsweise in der emanzipatorischen Variante während der antinapoleonischen Kriege wie auch im staatsrechtlichen Sinne als politischer Souverän der ersten deutschen Demokratie. Die Begriffsgeschichte des ‚Volkes‘ füllt in den einschlägigen Lexika hunderte Seiten, theoretisch wie empirisch gruppiert sich um das ‚Volk‘ und um die ‚Völker‘ ein anspruchsvolles Forschungsterrain. Einer der profiliertesten, wenn auch namentlich nicht sonderlich bekannten ‚Volkstumsforscher‘ des 20. Jahrhunderts war Max Hildebert Boehm. Intensiv wie kein anderer deutscher Wissenschaftler hat er bis zu seinem Tod 1968 an einer im rechtsintellektuellen Milieu verankerten ‚Volkstheorie‘ gearbeitet und sich über Systemwechsel hinweg als „bekenntender Ideologe“ und überzeugter Antisemit zwischen Wissenschaft und Politikberatung zu positionieren gewusst. Boehm repräsentiert einen Intellektuellentypus, der sich mancherlei pauschaler Kategorisierung entzieht und gleichzeitig doch zu denjenigen gehörte, die den Nationalsozialismus wissenschaftlich, ideologisch wie auch politisch ermöglicht, geprägt und gerechtfertigt haben. Vergegenwärtigt man sich die politische Durchschlagskraft der Idee des ‚Volkes‘ in den 1930er und 1940er Jahren, erstaunt es, dass über Max Hildebert Boehm bisher auffällig wenig geforscht wurde. Ulrich Prehn füllt mit seiner biographischen Studie nicht nur eine Forschungslücke, sondern er liefert auch einen profunden und empirisch gesättigten Einblick in einen Wissenschaftsdiskurs, der im ‚Volk‘ das entscheidende Subjekt von Geschichte zu erkennen meinte.

Max Hildebert Boehm stammte wie viele Intellektuelle, die sich im und nach dem Ersten Weltkrieg im radikalnationalistischen und völkischen Milieu engagierten, aus einer baltischen Provinz. Geboren 1891 in Birkenruh bei Wenden (Cēsis) in Livland, aufgewachsen in Lothringen, empfand Boehm seine familiäre Sozialisation im ‚Grenzland‘ zeitlebens als schicksalhaft und handlungsleitend. Als kriegsuntauglich gemustert führte er fortan seinen eigenen Krieg im Namen eines existenziell bedrohten Grenz- und Auslandsdeutschtums. Früh verband sich ein radikaler Nationalismus mit einer gesteigerten Abwehr-Mentalität gegenüber Russifizierung und Zwangsassimilierung, wie sie für die völkisch-nationalistische ‚Grenzlandarbeit‘ typisch war. Boehm wurde einer ihrer intellektuellen Führungspersönlichkeiten. „Grenzland“ sei weder ein juristischer noch ein historischer oder

sprachwissenschaftlicher Begriff, „Grenzland“ – so pointierte Boehm 1925 – „ist eine Angelegenheit zielhaften völkischen Wollens“. Ob in der Pressestelle Ober Ost VIII in Riga oder als Mitbegründer des völkisch-nationalen Juniclubs, ob als Leiter des Instituts für Grenz- und Auslandsstudien in Berlin-Steglitz oder als Lehrstuhlinhaber für Volkstheorie und Volkstumssoziologie an der Universität Jena – Boehm verband stets sein wissenschaftliches Wirken als ‚Volkstumsforscher‘ mit einer öffentlichkeitswirksamen Propaganda- und Publikationstätigkeit. 1923 legte er seine erste größere Veröffentlichung mit dem Titel „Europa irridenta. Eine Einführung in das Nationalitätenproblem der Gegenwart“ vor, gefolgt von seinem Hauptwerk „Das eigenständige Volk“ aus dem Jahr 1932. Ausgehend von seiner Grundsatzkritik an einem staatsbezogenen Nationenbegriff und damit am Minderheitenschutz westlicher Prägung favorisierte Boehm ein primär völkisches Nationenverständnis, das er stärker vom Staat getrennt sehen wollte. „Die Polarität zwischen Volk und Staat“ sei als „Wesensspielraum der Nation“ zu verstehen. Mit Kurs auf ein international zu etablierendes „Volksgruppenrecht“ verband Boehm mit der Formel „Volk unter Völkern“ sowohl die europa- und geopolitischen als auch die ethnisch-nationalen Dimensionen völkischen Denkens. ‚Volk‘ sei nicht nur Artbegriff und Gesellschaftsgefüge, sondern darüber hinaus ein „Werdewesen“, „das sich im ‚Erb- und Überlieferungszusammenhang‘ der Geschichte als ‚Lebensform‘ verwirkliche“. Kern einer solchen Volkstheorie war die konsequente Dissimilation der zu Volksgruppen stilisierten Bevölkerungen.

Die Anschlussfähigkeit eines solchen Ordnungsdenkens nach 1933 bedarf keiner besonderen Hervorhebung und Boehms Bekenntnis zur „vorbehaltlosen Mitarbeit“ ließ auch nicht lange auf sich warten, interessanter aber als die zahllosen Anpassungs- und Anbiederungsleistungen sind die unübersehbaren Dissonanzen. Boehm galt vor allem wegen seines explizit völkischen Ansatzes und seiner diffusen Einstellung zur „Rassenfrage“ als politisch unzuverlässig. Die zeitweise rigide Abgrenzung führender NS-Funktionäre gegenüber völkisch-konservativen Wissenschaftlern richtete sich auch gegen den seit 1933 in Jena lehrenden Soziologieprofessor, der sich schon bald diversen Anfeindungen aus Partei- und SS-Kreisen gegenüber sah. Bis Kriegsende manövrierte sich Boehm, auch aufgrund seiner eher reservierten Position zum praktizierten Massenmord, zunehmend ins politische Abseits, ohne ernste Konsequenzen befürchten oder gar realisieren zu müssen.

Das partielle Scheitern im NS-Staat sollte sich indes mittelfristig als vorteilhaft erweisen. Zwar wurde Boehm kurz nach Kriegsende als Hochschullehrer entlassen, verstand es dann aber geschickt, seine wissenschaftliche Arbeit in die nun freiheitlich-demokratische Ordnung einzupassen. Seine Konflikte während des Nationalsozialismus unterfütterten seine zuweilen perfiden Strategien der Selbstentlastung. Und wie bei anderen Intellektuellen auch erwies sich sein Bekenntnis zum Antibolschewismus als tragfähige ideologische Übergangsfigur. Wenn auch die „semantischen Umbau-Arbeiten“ seiner ‚Volkstheorie‘ bisweilen eher kosmetisch blieben, gelang es Boehm, mithilfe alter und neuer Netzwerke in der Vertriebenen- und Flüchtlingspolitik der jungen westdeutschen Demokratie Fuß zu fassen. 1951 gründete er mit Unterstützung des Bundespräsidenten Theodor Heuss in Lüneburg die (Nord) Ostdeutsche Akademie, die er bis 1961 leitete und bis zu seinem Tod 1968 publizistisch prägte. In Verbindung mit dem Nordostdeutschen Kulturwerk fand Boehm in Lüneburg eine institutionelle Basis für seine weiterhin am Volksbegriff orientierte Forschungs- und Bildungsarbeit.

Ulrich Prehn hat nicht nur eine lesenswerte Biographie über einen Rechtsintellektuellen des 20. Jahrhunderts vorgelegt, sondern gleichzeitig das Porträt eines unübersichtlichen intellektuellen Milieus gezeichnet, das sich jenseits intensiver Deutungsstreitigkeiten, politischer Intrigen und persönlicher Eitelkeiten darin einig war, im „Volk“ die entscheidende Größe eines radikalen Ordnungsdenkens zu sehen. Unter Auswertung einer breiten Quellenbasis gelingt es Prehn, Boehm als Intellektuellen der zweiten Reihe zu identifizieren und ihn mit seinen ideologischen Kontinuitäten, seinen biographischen Brüchen und seinem wissenschaftlichen Eigen-Sinn in die Geschichte des 20. Jahrhunderts einzuordnen. So spannend die Beschreibungen der intellektuellen Netzwerke zuweilen auch ausfallen, an manchen Stellen wäre es wünschenswert gewesen, die Argumentationen begrifflich straffer zu organisieren. Der oftmals kleinteiligen Darstellung der intellektuellen Zirkel und Institutionen wie auch der Wiedergabe seiner zahllosen Vorträge und Aufsätze fehlt es zuweilen an einer interpretatorischen Richtung, für die der Leser allerdings andernorts, beispielsweise in den Kapiteln über die intellektuellen Übergänge in die deutsche Nachkriegsgesellschaft, angemessen entschädigt wird.

Hamburg

Ulrike Jureit

Gewaltige Stofffülle

Pantsov, Alexander L./Levine, Stephen I.: Mao. Die Biographie, 991 S., S. Fischer, Frankfurt a. M. 2014 (engl. 2012).

Rund 1.000 Seiten umfasst die neue Biographie Mao Zedongs aus der Feder von Alexander Pantsov und Stephen Levine. Im Deutschen mit dem ultimativ gehaltenen Untertitel „Die Biographie“ versehen, verweist das Original spielerisch auf ein Konkurrenzverhältnis zu einer weiteren Mao-Biographie: Im Englischen lautet der Buchtitel „Mao. The Real Story“ und bezieht sich damit unmittelbar auf die im Jahr 2006 unter dem Namen „Mao. The Unknown Story“ erschienene Darstellung von Jung Chang und Jon Halliday; ein Werk, das von der Öffentlichkeit gefeiert, von der Fachwissenschaft aufgrund der selektiven Quellenverwendung jedoch weitgehend in den Bereich der Belletristik verwiesen wurde. Der Vergleich spielt in der Biographie selbst allerdings keine maßgebliche Rolle, was primär dadurch zu erklären ist, dass das Buch nicht als Reaktion auf das vorgenannte Werk entstanden ist, sondern etwa zeitgleich geschrieben wurde. Es handelt sich um eine erweiterte Übersetzung der ursprünglich im Jahr 2007 von Alexander Pantsov in Russisch publizierten Darstellung. Auch der verwendete Forschungsstand geht nur in wenigen Fällen über diesen Zeitrahmen hinaus.

Das Buch gliedert die gewaltige Stofffülle in drei Teile: Der erste Teil widmet sich unter dem Titel „Der Lehrling“ der sozialen und politischen Sozialisierung Mao Zedongs im China des frühen 20. Jahrhunderts. Der zweite und umfangreichste Teil, „Der Revolutionär“, umfasst die Phase von Mao Zedongs Aktivitäten zwischen der Gründung der Kommunistischen Partei 1921 und der Etablierung der Volksrepublik China im Jahr 1949. Der letzte Teil, überschrieben mit „Der Diktator“, beschäftigt sich schließlich mit der Herrschaft Mao Zedongs zwischen Staatsgründung und seinem Tod im Jahr 1976. Das Buch verfolgt keinen neuen analytischen Ansatz, sondern bereichert die existierenden Darstellungen im Wesentlichen durch eine Vielzahl von zuvor nicht oder nur marginal ausgewerteten Quellen aus dem Russischen Staatsarchiv für Sozialpolitische Geschichte. Hierzu zählen vor allem die von sowjetischer Seite geführten Personalakten chinesischer Parteiführer, die strengsten Zugangsbeschränkungen unterliegen. Allein Zutritt zu diesen Materialien erhalten zu haben, ist eine beachtliche Leistung. Auch wenn die Geschichte der Kommunistischen

Partei Chinas nach Einsicht in diese Akten nicht neu geschrieben werden muss, vermitteln die Dokumente einige interessante Einblicke: Einerseits über den Einfluss der KPdSU auf die KPCh insbesondere bis zu Stalins Tod, und andererseits zeigen sie den schwindenden Kenntnisstand über innerchinesische Vorgänge selbst auf höchster sowjetischer Führungsebene nach 1953.

Der erste Teil bietet einen guten Überblick über die Lebenswelt und gedankliche Entwicklung des jungen Mao Zedong, über seine Aktivitäten in der Hunaner Unabhängigkeitsbewegung und seine graduelle Beschäftigung mit dem Marxismus und leninistischen Organisationstechniken. Ohne über Gebühr zu psychologisieren oder zu vereinfachen, kommen Pantsov und Levine zu dem stimmigen Ergebnis, dass es nicht romantische Vorstellungen universeller Gleichheit waren, die Mao Zedong zum Kommunismus führten, sondern die Effizienz und Schlagkraft diktatorischer Machtausübung: „Was ihn anzog, war die Rechtfertigung von Gewalt, der Triumph des Willens und das Hohelied der Macht“ (S. 141). Die Darstellung stützt sich in diesem Teil stark auf die Übersetzungen Stuart Schrams und zitiert hieraus auch die Selbstcharakterisierung Maos in acht Mängeln (darunter „zu große Emotionalität“, „subjektive Urteile“ und „mangelnde Selbstkritik“) in einem Brief an einen Freund aus dem Jahr 1921. Hier erscheint Mao nicht von Geburt an als Inkarnation des Bösen, sondern auch als Zweifler, der in mehreren Lebensphasen von Depressionen geplagt wurde und erst im Lauf der Jahre, nicht zuletzt durch Parteikonflikte und Kriegseindrücke, abstumpfte und auf das Schicksal anderer zunehmend gleichgültig reagierte.

Der zweite Teil bietet eine Fülle interessanter Details, speziell über das Verhältnis von KPdSU und KPCh, aber auch über innerparteiliche Intrigen auf Basis der geheimen sowjetischen Personalakten der chinesischen Parteiführer. Hieraus werden etwa Versuche Wang Mings zitiert, Mao Zedongs Fähigkeiten und Verlässlichkeit gegenüber der sowjetischen Führung Mitte der 1930er Jahre zu unterminieren (S. 400f). Insbesondere zeigt der Teil jedoch die starke Einflussnahme Stalins auf die chinesische Politik, etwa anlässlich des Xi'an-Zwischenfalls im Jahr 1936 als Chiang Kai-shek von meuternden Generälen gefangen genommen wurde und die Kommunistische Parteiführung auf eine Verurteilung zum Tode drang, während Stalin die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Einheitsfront zwischen KPCh und Guomindang betonte und per Anordnung auch durchsetzte. Quellenkritisch

ist anzumerken, dass sowohl in diesem als auch in anderen Teilen fiktive Gespräche ohne ausreichenden Beleg eingebaut werden (etwa S. 408f.). Zum anderen fällt die Verwendung essentialisierender Zuschreibungen unangenehm auf, etwa in Hinsicht auf das „unabhängige und stolze Wesen“ der Hakka-Frauen (S. 314) oder über den „typischen Arier“ Otto Braun (S. 447). Verwirrend sind auch die stark psychologisierenden Kapitelenden, die anhand von Gedichten Maos einen zentralen Bewusstseinswandel belegen sollen (etwa S. 664f.).

Im dritten Teil finden sich vornehmlich für die frühen 1950er Jahre eine Reihe interessanter Hinweise über das Verhältnis wichtiger Parteiführer zueinander, vor allem im Kontext der Gao-Gang-Affäre. Die sowjetischen Quellen werden jedoch nach 1953 zunehmend weniger aussagekräftig für die innerchinesischen Entwicklungen. So kommt es hier über weite Strecken zu einer recht konventionellen Darstellung der großen politischen Kampagnen, die sich stark auf die Memoiren von Mao Zedongs Leibarzt Li Zhisui stützt und sich in eher unterkomplexen Erklärungen etwa der Lin Biao-Affäre (die „perfide“ Jiang Qing bringt den „kranken Marschall“ Lin Biao zu Fall, S. 736) äußert. Auch häufen sich in diesem Teil fachliche und sprachliche Fehler, etwa wenn die Lushan- mit der Chengdu-Konferenz verwechselt wird (S. 633), aus Hua Guofeng „Hua Guofing“ wird oder Chen Yun abwechselnd zu Chen Yin oder Chun Yen mutiert. Dies ist aber eher ein Verlagsproblem. Hier scheint nach wie vor die Auffassung zu herrschen, dass sinologische Kompetenz bei der Übersetzung chinaspezifischer Literatur nicht erforderlich ist. Es gibt aber auch sehr amüsante Passagen in diesem Teil, etwa die vom Präsidenten des Internationalen Schwimmverbandes, Philipps, an Mao Zedong ausgesprochene Einladung zu einem Schwimmturnier aus dem Jahr 1966, um Maos in Parteimedien vermeldete, weltrekordverdächtige Leistung von nur einer Stunde und fünf Minuten für angebliche 15 Kilometer Strecke zu wiederholen (S. 684f.).

Insgesamt ist die Biographie für ein allgemeines Publikum gut lesbar und informativ. Vor allem im zweiten Teil finden auch Fachwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen einige interessante Details. Den Anspruch *die* Mao-Biographie verfasst zu haben, kann das Werk insbesondere im abschließenden Teil nicht einlösen, aber zumindest liegt nun auch auf Deutsch eine umfangreichere biographische Darstellung Mao Zedongs vor.

Freiburg i. Br.

Daniel Leese

Käferleben

Rieger, Bernhard: The People's Car. A Global History of the Volkswagen Beetle, 416 S., Harvard UP, Cambridge, MA/London 2013.

Bernhard Riegers im Jahr 2013 erschienene Monographie ist bereits im Titel ausdrücklich als Globalgeschichte angelegt. Die Voraussetzungen für einen solchen Ansatz sind gut, denn der VW-Käfer ist heute, wie Rieger zu Recht betont, eine globale Ikone. Generationen von Verkehrsteilnehmern rund um den Globus verbinden mit dem ersten Volkswagenmodell nicht allein den schnöden Transport von A nach B. Vom familienorientierten Freizeitspaß während der „Wirtschaftswunderjahre“, über *roadtrips* von der Ost- an die Westküste der USA, bis hin zur Taxifahrt ins Krankenhaus in Mexiko-Stadt; der VW-Käfer ist – nicht nur retrospektiv – weit mehr als ein reiner Gebrauchsgegenstand.

Riegers in acht Kapitel gegliederte Studie beginnt mit der Entstehung der Idee eines Autos für ‚Alle‘. Überzeugend kontrastiert er den Status der Weimarer Republik als Motorisierungs-Nachzügler mit der Situation in den USA. Während in Deutschland im Jahr 1920 ein Auto auf 196 Einwohner kam, besaß statistisch gesehen bereits jeder fünfte Amerikaner ein Gefährt. Trotz wiederkehrender Forderungen nach staatlichen Investitionen in die deutsche Pkw-Entwicklung kam es erst durch die Nationalsozialisten, allen voran durch Hitler selbst, zu einer wirklichen Priorisierung der Entwicklung eines erschwinglichen Autos für „den kleinen Mann“.

Der Autor zeichnet überzeugend nach, wie nach 1933 ideologische Konzepte, kriegswirtschaftliche Motive, transatlantische Kontakte (z. B. zum Automagnaten Henry Ford), wirtschaftspolitische Entscheidungen und privatwirtschaftliche Strukturen autoritär gebündelt wurden. In Zusammenarbeit mit Ferdinand Porsche, der sich geschickt die finanzielle Unterstützung des neuen Regimes in Berlin sicherte, begann die Entwicklung eines Kleinwagens, der NS-Deutschland in eine neue Verkehrsära katapultieren sollte. Die deutsche Bevölkerung begrüßte die Ankündigung des „Kraft durch Freude“-Wagens zumeist enthusiastisch und finanzierte das Projekt sogar durch Sparbriefe mit. Produziert wurden im von Arbeitsdienstchef Ley initiierten Werk in Niedersachsen trotz Zwangsarbeitereinsatzes bis Kriegsende 1945 jedoch kaum 600 Autos. Das nationalsozialistische Prestigeprojekt „Volkswagen“ scheiterte kurz vor der Serienreife.

Es ist das große Verdienst des Autors, die verschiedenen Stränge und Brüche in der Ideen- und Produktgeschichte dieses Automobils kohärent zu verbinden und sie gleichzeitig so zu kontextualisieren, dass sich das Buch auch weniger unternehmensgeschichtlich interessierten Lesern und Leserinnen erschließt. Das dritte Kapitel, das den durch die britische Administration genehmigten Wiedereinstieg in die Produktion des „Volkswagens“ nach 1945 untersucht, ist jedenfalls auch als Beitrag zur allgemeinen deutschen Nachkriegsgeschichte einer Lektüre wert. Nicht nur der wirtschaftspolitische Kontext, sondern zugleich Arbeitsbedingungen, unternehmensinterne Entwicklungen, Produktentwicklung, Marketing und Außenkommunikation sowie Managementstrategien des stilgebenden VW-Chefs Heinrich Nordhoff werden miteinander in Beziehung gesetzt. Rieger legt großes Gewicht auf die Person Nordhoff, der seine bei General Motors erworbene Managementenerfahrung in den fast kometenhaften Neustart des Unternehmens einbrachte. Dass Nordhoff dabei eine leicht heroische Färbung als Überunternehmer beziehungsweise Manager erhält, während Weggefährten oder etwaige Konflikte in der Konzernspitze eher am Rande auftauchen, ist etwas bedauerlich – jedoch der allgemeinen historischen Flughöhe und Breite des Themas geschuldet.

Der Weg des Volkswagens von einem Symbol des westdeutschen Wirtschaftswunders zu einem Exportschlager erscheint zunächst als geradlinige Erfolgsgeschichte. Tatsächlich exportierte VW bereits 1952 in 46 Länder, nur drei Jahre später überstiegen die Exporte die Zahl der in Deutschland verkauften Wagen. Auf dem amerikanischen Markt, dem Rieger ein eigenes Kapitel widmet, funktionierte der in Westdeutschland vor allem für seine Verlässlichkeit geschätzte VW nicht als Massen-, sondern als ausgemachtes Nischenprodukt. Der wegen seiner runden Form schnell Beetle getaufte Wagen widersprach dem zeitgenössischen Trend zu Größe und Motorleistung diametral, fand jedoch unter anderem deshalb stabilen Absatz – vor allem bei jungen Alternativen und Frauen aus der weißen Mittelklasse. Im Kontext der vom Verfasser eingenommenen ‚globalen‘ Perspektive ist es sicher mehr als eine Randbemerkung, dass der Name VW-„Käfer“ ein amerikanischer Reimport ist, der sich erst Ende der 1960er Jahre auch in offiziellen VW-Publikationen in der Bundesrepublik wiederfand.

Die keinesfalls an sich schon ‚globale‘ deutsch-amerikanische Perspektive ergänzt Rieger durch ein Kapitel über die VW-Produktions-

stätten in Mexiko. Das Beispiel ist gut gewählt: Nicht nur, weil die lokale Bevölkerung den Käfer sehr spezifisch nutzte und ihn so in gewisser Weise „mexikanisierte“, sondern auch, weil die Eröffnung des Produktionsstandortes in Puebla die Transformation des Unternehmens von einem Exporteur mit globalem Vertrieb zu einem „deutschen multinationalen Unternehmen mit internationalen Produktionsstätten und Vertriebsnetzen“ vollendete. Vor allem im Zuge wachsender wirtschaftlicher Probleme in Deutschland (Innovationsdruck, Absatzschwierigkeiten, drohende Massenentlassungen/Arbeitskämpfe, Ölpreiskrisen) ab Ende der 1960er Jahre, rettete die Eröffnung von neuen Produktionsstandorten in weniger entwickelten Ökonomien den Käfer in gewisser Weise vor dem Aussterben. Während er in den USA bereits 1978 vollständig vom Markt genommen wurde, blieb der Wagen in der Bundesrepublik bis 1984 zumindest noch als (Re)Import erhältlich. Danach lösten nicht nur VW-eigene Neuentwicklungen wie Golf und Passat, sondern auch Autos anderer Marken den ehemaligen Fixstern am deutschen Automobilhimmel ab.

Das Buch endet mit einem Kapitel über den New Beetle, der von amerikanischen Designern erdacht, von einem internationalen Team in Wolfsburg entwickelt und schließlich Anfang des Millenniums in Mexiko gebaut wurde. Das Produkt New Beetle erlaubt damit einen (leider eher oberflächlich und allgemein gehaltenen) Blick auf die grenzüberschreitenden Firmen- und Wissensnetzwerke und das Management asymmetrischer industrieller Beziehungen in einer globalisierten, durch ökonomische Ungleichheit charakterisierten Welt.

Riegers Buch setzt stilistisch Maßstäbe. Es ist dem Autor gelungen, eine durchgängig lesbare, unterhaltsame und informative Monographie zu schreiben. Positiv hervorzuheben ist auch die scheinbare Leichtigkeit mit der er den sozial- und wirtschaftshistorischen Kontext, unternehmensgeschichtliche Theorie und kulturwissenschaftlichen Überlegungen kombiniert. Das Buch überbrückt den Spagat zwischen zwei Kontinenten, drei Ländern und eine Zeitspanne von 80 Jahren mittels eines Produktes, des VW-Käfer. Dass diese facettenreiche und originelle Geschichte des „People's Car“ nur auf Kosten einer gewissen Tiefenschärfe möglich ist, muss eigentlich nicht extra erwähnt werden. Auch die doch sehr stark auf Deutschland und die USA verengte Perspektive schadet nicht, vielmehr sorgt sie für einen roten Faden. Als Globalgeschichte

funktioniert das Buch trotz des Kapitels über Mexiko nur bedingt, wenngleich kritisch zu fragen bleibt, unter welchen Bedingungen ein solcher Anspruch überhaupt einlösbar ist. Festzuhalten bleibt, dass Riegers Buch eine Lücke füllt, indem scheinbar disparate Ereignisse und Orte über die Geschichte eines Produktes zusammengebunden werden. Der weite Fokus lässt jedoch Platz für künftige stärker archivgestützte Arbeiten über lokale Aneignungs- und Konsumformen, unternehmenshistorische Praktiken des Global Players VW und detailliertere Marketinggeschichte(n) des VW-Käfers.

Berlin

Heike Wieters

Das „Wunder von Bern“ jenseits der Mythen

Brüggemeier, Franz-Josef: Weltmeister im Schatten Hitlers. Deutschland und die Fußball-Weltmeisterschaft 1954, 316 S., Klartext, Essen 2014.

Mit „Weltmeister im Schatten Hitlers“ legt Franz-Josef Brüggemeier eine breit gefächerte Geschichte des deutschen Titelgewinns bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1954 vor. Der Band richtet sich bewusst auch an ein breites, sportinteressiertes Publikum. Dabei handelt es sich um die praktisch unveränderte Neuauflage seines 2004 unter dem Titel „Zurück auf dem Platz“ erschienenen Buches.

Brüggemeier entwickelt seinen Gegenstand in 21 Kapiteln und verbindet Sport und politisches Tagesgeschehen, greift aber auch immer wieder in den kulturellen und mentalitätsgeschichtlichen Kontext des Jahres 1954 aus. So waren beispielsweise die Debatten um eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft oder der Indochinakrieg im Sommer 1954 dringender als die Vorbereitung der deutschen Mannschaft. Ebenso führt der Verfasser in Wirtschaft und Gesellschaft am Vorabend der Weltmeisterschaft ein. Die Geschehnisse der Fußball-Weltmeisterschaft in der Schweiz stehen so zwar im Zentrum der Darstellung, werden aber sehr ausführlich um Hintergründe und Rezeption ergänzt. Ein Leitmotiv dieser Darstellung bildet die Auseinandersetzung beziehungsweise Nicht-Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus; dies ist unerlässlich, um die Wahrnehmung und Deutungen des Geschehens auf und neben dem Platz zu verstehen.

Portraits von Trainer Sepp Herberger oder Spiel-macher Ottmar Walter und Einblicke in den organisierten Fußball werden nicht nur mit Spiel-berichten, sondern auch mit verschiedenen Fa-cetten eines (west)deutschen Identitätsdiskurses neun Jahre nach Kriegsende kontextualisiert, mit der Frage von Flagge und Hymne, aber auch mit dem Wunsch nach Anerkennung in der Welt.

Dabei relativiert der Autor immer wieder die Bedeutung des Sports und gerade des ungemein beliebten Fußballs, der eben keine konstante ge-samtgesellschaftliche Beachtung erfahren habe und nur in den wenigen Tagen um das Endspiel die Massen begeisterte. Entsprechend versteht Brüggemeier den Sport auch weniger als poli-tisch aufgeladenen Raum, sondern als Zugangs-möglichkeit zu einer Gesellschaftsgeschichte. Gerade unter Bildungsbürgern galt der Fußball als verdorbener Sport der Masse. Dabei war es nur zu einem Teil die Einführung des Vertrags-spielertums und der damit verbundenen – im-mer noch geringen – Löhne, die den Fußball in Misskredit brachten, sondern die Furcht vor der Massengesellschaft. Dies erklärt zugleich die steten Bemühungen seitens des Deutsche Fuß-ball-Bundes und der Sportpresse, die Spieler als ganz normale Menschen mit alltäglichen Berufen zu präsentieren.

Brüggemeier widerspricht entschieden der Wundersemantik, die andere Beiträge zum The-ma verwenden, und argumentiert gestützt auf Zeitungsrecherchen, dass es sich dabei nicht um eine Deutung der Zeitgenossen handelt. Da-mit bezweifelt er ebenso die latente These einer Gründung der Bundesrepublik mit dem Weltmeis-tertitel. In seiner Erzählung erscheint der Gewinn der Weltmeisterschaft vielmehr als Geschichte einer großen Überraschung und der überbor-denden, aber kurzen Begeisterung, die dieser auslöste. Im abschließenden Kapitel beschreibt der Verfasser diese Begeisterung als „virtuelle Gemeinschaft“ (S. 285ff.), in der die Deutschen „zwei Stunden voll höchster Anspannung teilten“ (S. 293), unabhängig davon, ob sie sich für Fuß-ball interessierten oder nicht. Vermittelt durch die Radiübertragung und deren gemeinschaftliches Anhören, wurde eben doch eine massenhafte und völlig unkontrollierte Begeisterung ausgelöst, die sich in den folgenden Tagen bei den verschie-denen Empfängen für die Weltmeister fortsetzte.

Für seine Darstellung greift der Autor be-sonders auf Zeitungen als Quelle zurück und ergänzt diese teilweise um archivalische Überlie-ferungen. Das ist in der Sportgeschichte klas-sisch und mangels anderer Quellen schlicht

notwendig, stößt aber in der Beschreibung po-litischer Ereignisse an klare Grenzen und kann nur die Eindrücke von Zeitgenossen vermitteln. Dass zum Beispiel die heftig diskutierte Rede von DFB-Präsident Peco Bauwens bei einem Emp-fang der Weltmeister, archivalisch erschlossen wurde, dann aber kaum weiter behandelt wird, bleibt für den Leser unbefriedigend.

„Weltmeister im Schatten Hitler“ dekonstru-iert nachhaltig den Mythos des sogenannten Wunders von Bern, in dem der Verfasser auf-zeigt, welche systematische Planung seitens des DFB dahinter steckte und wie unaufgeregt die Zeitgenossen – trotz aller Begeisterung am Final-tag – den Fußball betrachteten. Die Arbeit zeigt im besten Sinne, welches Erkenntnispotenzial die Sportgeschichte über den engen Bereich des Sports hinaus bietet und wie sich im Sport ein Prisma gesellschaftlicher Entwicklung und wirk-mächtige Diskurse eröffnet. Man muss sich nicht allen Urteilen Brüggemeiers anschließen – ge-rade in der Beschreibung des DFB und der schwie-rigen Aufarbeitung des Nationalsozialismus bleibt er oft sehr zurückhaltend. Dennoch bleibt dieser Band auch in der zweiten Auflage die maßgebli-che Darstellung zum „Wunder von Bern“.

Mainz

Gregor Feindt

Haushalte unter Strom

Gerber, Sophie: Küche, Kühlschrank, Kilowatt. Zur Geschichte des privaten Energiekonsums in Deutschland, 1945–1990, 356 S., transcript, Bielefeld 2014.

Die Produktion und der Verbrauch von Energie haben sich zu bestimmenden Themen in der öffentlichen Auseinandersetzung entwickelt, die eng mit Debatten über wirtschaftliches Wach-sstum, technischen Fortschritt oder die Sicherung des individuellen und kollektiven Wohlstands ver-bunden sind. Allzu oft gerieten dabei die privaten Haushalte als Konsumenten von mehr als einem Viertel des deutschen Endenergie- und Strom-verbrauchs (Umweltbundesamt 2013) aus dem Blick, wenn die Kosten der Energiewende oder die Probleme eines ökologischen Umbaus von Industriegesellschaften diskutiert wurden. Einen instruktiven Überblick, der insbesondere die Rolle der Haushalte bei der Entstehung und Etablie-rung einer „Hochenergiegesellschaft“ untersucht, legt nun Sophie Gerber mit ihrer Veröffentlichung

zur Geschichte des privaten Energiekonsums in Deutschland von 1945 bis 1990 vor.

In ihrer Studie, die im Rahmen des Verbundprojektes „Objekte des Energiekonsums“ am Fachgebiet Technikgeschichte der TU München in Kooperation mit dem Deutschen Museum entstanden ist, standen die Fragen nach dem Ursprung der Abhängigkeit der Haushalte von Strom als dominierender Energieform sowie der Durchsetzung eines auf hohem Energieverbrauch basierenden Lebensstils in der Bundesrepublik Deutschland im Mittelpunkt. Damit reiht sich diese Untersuchung in die Energie- und Ressourcengeschichte ein, die Energie als ein gesellschaftsbeschreibendes Element begreift und deutet. Nach einer knappen Einleitung widmet sich die Autorin dem sparsamen Umgang mit Energie als einer gesellschaftlichen Norm, die bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts weit verbreitet war. Anschließend wird in einem Statistikkapitel mit Zeitreihen zum Stromverbrauch und Gerätebestand der Haushalte die empirische Basis für die These der Entfaltung einer „Hochenergiegesellschaft“ vorgestellt, was sich angesichts bislang oft widersprüchlicher Angaben als großer Mehrwert der Arbeit erweist. Das erste Nachkriegsjahrzehnt wird nachfolgend als Zeitraum einer lediglich „projizierten Hochenergiegesellschaft“ (S. 134) beschrieben. Werbebilder und Nutzerkonstruktionen der Elektrizitätsversorger, Wirtschaftspolitik oder Gerätehersteller zielten auf den voll elektrifizierten Haushalt, doch die Realität in den meisten Haushalten war noch durch Konsumzurückhaltung bestimmt. Erst die „langen 1960er Jahre“ bedeuteten demnach den Durchbruch zur elektrischen Aufrüstung der Küchen. In Folge werden die Jahrzehnte eines gebrochenen Fortschrittsoptimismus nach der ersten Ölpreiskrise 1973 und der zweiten Ölpreiskrise 1979 analysiert, womit sich die Autorin in das Forschungsfeld zum Epochenbruch der 1970er Jahre einreicht. Sie betont, dass eine präzisere Einordnung des Jahrzehnts notwendig ist. Denn trotz aller Bemühungen von Energiewirtschaft, Elektroindustrie und Staat, einen energiesparenden Gerätenutzer zu konstruieren, sank der Energieverbrauch der Haushalte in den 1970er und 1980er Jahren nicht (S. 200). Dieses Paradox schreibt Gerber zum einen der Doppelmoral von Elektrizitätswirtschaft und Politik zu. So sollten effizientere Geräte entwickelt werden und es wurden verstärkte Sparanstrengungen gefordert. Zugleich wurden jedoch immer mehr Geräte für immer mehr Einsatzmöglichkeiten beworben, staatliche Regulierungsversuche

vernachlässigten den häuslichen Energiekonsum und die Tarifpolitik begünstigte weiterhin einen hohen Stromabsatz. Zum anderen hatten sich Verhaltensweisen und Konsumansprüche der Konsumenten und Konsumentinnen so verfestigt, dass in diesen Jahrzehnten trotz einer veränderten gesellschaftlichen Wahrnehmung des Energiekonsums kein Übergang zu einer energiesparenden Gesellschaft zu verzeichnen war. Konsumenten und Konsumentinnen zeigten mehrheitlich ein „unverbindliches Wohlwollen“ gegenüber Energiesparanstrengungen „ohne aktives Engagement“ (S. 303).

Als grundlegend für ihre Arbeit bezeichnet die Verfasserin die Auseinandersetzung mit dem technikhistorischen Schwenk von der Produktions- auf die Nutzerseite der Dinge sowie eine akteurszentrierte Perspektive, die Interessen und Motivlagen des Staates, der Energieversorger, Haushaltsgerätehersteller, der Konsumenten und Konsumentinnen einbezieht. Dafür untersucht sie umfangreiche Quellenbestände, wozu auch die hier nicht weiter problematisierten Umfragen aus dem Hause „Allensbach“ zum Verhältnis der Bundesdeutschen zu Energie, Umwelt oder Fortschritt gehören. Zusätzlich werden Haushaltsgeräte als handlungsstrukturierende Akteure oder „Aktanten“ nach Bruno Latour betrachtet. Leider erfährt der Leser dabei nur wenig über die Auswahlkriterien für einzelne museale Objekte oder die konkrete Gestaltung von Nutzerschnittstellen und Bedienvorgängen. Ähnlich unscharf bleibt der Anspruch, insbesondere Konsumenten und Konsumentinnen mit ihren Nutzungsroutinen und Alltagspraxen in und außerhalb der Küche untersuchen zu wollen. In weiten Teilen stützt sich die Darstellung auf die Perspektiven der Gerätehersteller, Energieversorger, Fachverbände, Marktforscher oder Verbrauchermforscher. Erst spät geht die Autorin den „rebound“-Effekten im häuslichen Energieverbrauch nach (S. 307–313), um die Stabilität kulturell codierter Verhaltensnormen oder die Widersprüchlichkeit technokratischer und bürokratischer Energiedebatten zu problematisieren, die den Konsumenten und Konsumentinnen ein weitgehend passives Rollenbild zuschrieben. Es bleibt daher eine methodische Herausforderung, von den konstruierten zu den realen Konsumenten und Konsumentinnen zu gelangen.

Dennoch leistet diese Untersuchung einen wertvollen Beitrag zur historischen Durchmessung einer „energievergessenen“ (S. 11) Zeit. Im Verständnis einer Zeitgeschichte als Vorgeschichte gegenwärtiger Problemlagen gibt sie zahlreiche

Hinweise auf die Frage, welche Bedeutung eigentlich den privaten Haushalten für das Gelingen der gesamtgesellschaftlichen Herausforderung Energiewende zukommt.

Dresden

Sylvia Wölfel

Nachwende-Erinnerungstexte

Lahusen, Christiane: Zukunft am Ende. Autobiographische Sinnstiftungen von DDR-Geisteswissenschaftlern nach 1989, 321 S., transcript, Bielefeld 2014.

An einem Mangel von autobiographischen Büchern von Geisteswissenschaftlern, vor allem Historikern der verflorenen DDR, die diese nach der Wende und der deutschen Vereinigung publizierten, leidet der hiesige Buchmarkt nicht. Darüber, wie viele ehemalige DDR-Bürger seit Beginn der 1990er Jahre zur Feder griffen (nicht nur Geisteswissenschaftler, sondern auch Künstler, Pfarrer, Militärs, Staatssicherheitsmitarbeiter, Politiker u. a.) um sich mit der eigenen Geschichte zu befassen, gibt eine elf Seiten lange Aufstellung am Ende des besprochenen Buches – welche sogar noch ergänzt werden könnte – Auskunft.

Analysiert wurden aber in der von Christiane Lahusen an der Humboldt-Universität zu Berlin eingereichten Dissertation, die in leicht überarbeiteter Fassung nun vorliegt, lediglich die Lebenserinnerungen von einigen Geisteswissenschaftlern wie die des Philosophen Herbert Hörz, des Volkskundlers Wolfgang Jacobeit, des Theater- und Literaturwissenschaftlers Werner Mitzenzwei sowie der Historiker Fritz Klein, Eckart Mehls und Kurt Pätzold. Warum die Verfasserin sich diesen Autobiographien für ihre Analyse zugewandt hat und nicht auch anderen (etwa die in der erwähnten Bibliographie nicht vorkommenden Lebenserinnerungen von den Historikern Karl Heinz Jahnke, Peter Schäfer, Friedrich Möbius, Heinrich Scheel, Walter Markov und Eckhard Müller-Mertens) wird dem Leser nicht deutlich.

Laut Werbetext für das Buch soll es Autobiographien von DDR-Geisteswissenschaftlern unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen der Wende auf die kulturellen Sinnsysteme analysieren. Dabei gelangt Lahusen zu dem Ergebnis, dass diese Nachwende-Erinnerungstexte nicht als rückwirkende Verklärungen der DDR-Wirklichkeit abgetan werden können. Vielmehr

ergebe sich ein wesentlich komplexeres Bild. Sie kommt explizit zu der sicherlich nicht widerspruchlos hinzunehmenden These, dass die Autobiographien weniger Vergangenheits- als vielmehr Zukunftstexte seien. Denn erst der Zusammenbruch des Staatssozialismus erlaubte den Autobiographen den Rückbezug auf eine politische Utopie, die ihnen zu DDR-Zeiten längst abhanden gekommen sein soll. Dies dürften zumindest einige derjenigen bezweifeln, die die Protagonisten zu DDR-Zeiten in ihren Funktionen und Ämtern kennengelernt haben.

Um zu ihrem dennoch spannenden wie spektakulärem Ergebnis zu gelangen, hat Lahusen eine Einleitung, drei Hauptkapitel und ein Resümee benötigt. Bis auf letztes sind alle anderen Kapitel detailliert untergliedert.

Die Analysen der ausgewählten Lebenserinnerungen sind in weiten Strecken in die relevante Forschungsliteratur – sowohl die der Biographie- als auch die der DDR-Geschichtsforschung – eingebettet. Dennoch erscheinen einige Passagen relativ banal. Etwa dann, wenn bei allen oder einigen der ausgewählten Autobiographen rezipiert wird, warum diese beispielsweise der Staatspartei SED beigetreten sind oder dieses oder jenes getan haben. Oder wahrhaftiger: Dies so dem Leser zu vermitteln versuchen. Wenn dann auch noch die entsprechenden Passagen aus den Büchern recht ausführlich zitiert werden, lässt der Erkenntnisgewinn nach. Ärgerlich sind „Tippfehler“, besonders bei Personennamen, etwa bei dem DDR-Historiker Armin Mitter (S. 293).

Dennoch ist es ein wichtiges und alles in allem gesehen wissenschaftlich hochwertiges Buch, welches auch prekäre Themen nicht auslässt. Insbesondere über die von allen hier im Mittelpunkt stehenden Autobiographen als persönliche Niederlage betrachteten Verluste ihrer Arbeitsplätze. Denn viele sind ohne zutreffende Begründungen der sogenannten Abwicklung zum Opfer gefallen. Sie verloren, wie die meisten Geisteswissenschaftler in den neuen Bundesländern und Ostberlin, ihre Existenz sichernde Beschäftigungen. Anders als Natur-, Technik-, Medizin- und selbst Wirtschaftswissenschaftler ist ein Geisteswissenschaftler von der öffentlichen Hand abhängig. Weiterarbeit war nur aus Idealismus und weitgehend ohne Bezahlung möglich.

Die Zäsur „1989“ fungiert demzufolge als „negativer Bezugspunkt“ (S. 267). Zu Recht wird dieser Vorgang, der nicht nur von den Bücherschreibern als persönliche Niederlage empfunden wurde, auch von der Verfasserin kritisch bewertet.

Zumal für die „Abgewickelten“ nicht immer fachlich bessere Leute aus dem Westen kamen. Vom „Scheitern der Hoffnungen“ (S. 223–227) ist hier die Rede. Richtig, aber nicht überraschend erkennt die Verfasserin, dass gerade die Historiker unter den von ihr untersuchten Protagonisten „zielstrebig vom Modus des Zeitzeugen in den des Wissenschaftlers“ wechselten (S. 266).

Trotz aller theoretischer Erläuterungen und Schlussfolgerungen, zu denen Lahusen gelangt, denen man folgen kann oder auch nicht, kommt doch zum Ausdruck, dass die autobiographischen Nachwende-Erinnerungstexte heutige wichtige historische Quellen sind, vor allem für die Wissenschaftsgeschichte der DDR. Denn es werden in den Texten nicht nur persönliche Empfindungen und Familiengeschichten geschildert, sondern es wird zumeist recht ausführlich auf Institutionsgeschichten und auf den Versuch von politischen Indoktrinationen eingegangen.

Allerdings fällt auf, dass zumindest einige der untersuchten Autobiographien selbstkritische Reflexionen weitgehend vermissen lassen. Vor allem wird nicht deutlich und somit in dieser Untersuchung auch nicht analysiert, wie ein Hochschullehrer, was die meisten der hier vorgestellten Geisteswissenschaftler auch waren, trotz angeblicher Einsichten in die „realsozialistische Realität“ seinen Studenten als Lehrender gegenüberzutreten konnte. Wie konnten sie politische Ansichten rechtfertigen und vermitteln, wovon man angeblich nicht (mehr) überzeugt war? Auf diesen Fragenkomplex hätte der Rezensent sich eine Antwort oder zumindest eine Reflexion gewünscht.

Einige Fragen bleiben also offen. Mögen sie späteren Forschungen als Anregung dienen. Aber den wichtigsten Grundstein für solche zukünftigen Forschungen hat Christiane Lahusen mit ihrem Buch gelegt.

Pretoria

Ulrich van der Heyden

21. JAHRHUNDERT

Die NS-Propaganda wirkt heute noch

Kuchler, Christian (Hrsg.): NS-Propaganda im 21. Jahrhundert. Zwischen Verbot und öffentlicher Auseinandersetzung, 238 S., Böhlau, Köln u. a. 2014.

Die Fragestellung dürfte viele Zeitgenossen verwundern: Lebt die Propaganda des ‚Dritten Reiches‘ heute noch fort? Und falls ja, in welcher Form, aus welchen Gründen und mit welchen Folgen? Für all diejenigen, die ihre Kenntnis des Nationalsozialismus allein aus den Fernsehdokus der Ära Guido Knopp besitzen, dürfte gelten: Ihre Vorstellung vom nationalsozialistischen Deutschland ist weitgehend von der NS-Propaganda bestimmt. Sie sind, wenn man es zugespitzt sagen will, späte Opfer des Goebbels’schen Propaganda-Apparates. Warum? Diese Produktionen, so sensationell-aufklärerisch sie sich gaben und immer noch geben, reproduzieren beinahe immer die Selbstbilder des Nationalsozialismus: Trommelwirbel, Blitzkriege, vorwärts stoßende Panzer, ekstatisch verzückte Menschen in Massenformationen, die Hitler zujubeln. Die Zeitzeugen, die später hinzukamen, machten die Sache nicht besser. Alte Männer, die sich daran erinnerten, wie sie, oft Mitläufer oder Handlanger, als kleine Schräubchen in einem angeblich perfekten Mechanismus funktioniert haben.

Der von Christian Kuchler herausgegebene Sammelband „NS-Propaganda im 21. Jahrhundert“ ist deshalb so wichtig, da er das Phänomen des Hineinragens der NS-Propaganda in unsere Zeit aufgreift und aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Das Projekt „Zeitungszeugen“ etwa wird kritisch analysiert, in dem Zeitungen aus der NS-Zeit (kommentiert) an deutschen Kiosken verkauft wurden. Die Frage, wie Fotos, Ton- und Filmaufnahmen – zum großen Teil Kunstprodukte der NS-Propaganda – im Fernsehen, in Filmen, in Museen, im Schulunterricht und nicht zuletzt im Internet eingesetzt und genutzt wurden und werden, wird in verschiedenen Beiträgen präzise beleuchtet. Und schließlich liegt, aus aktuellem Anlass, ein Schwerpunkt auf der Debatte um die Freigabe von Hitlers „Mein Kampf“, die 2015 in Deutschland erfolgen könnte, zumindest in Form einer kommentierten Ausgabe des Instituts für Zeitgeschichte.

Der aus einer Konferenz hervorgegangene Sammelband vereint durchweg innovative Beiträge. Dies ist in einer Zeit der Inflation von Sammelbänden in der deutschsprachigen Wissenschaft keine Selbstverständlichkeit. So unterschiedlich die Zugänge sind, in allen wird herausgearbeitet, dass wir heute immer noch direkt oder indirekt von NS-Propaganda umgeben sind und eine öffentliche Auseinandersetzung damit notwendig ist. Welche Wirkung die NS-Propaganda auch außerhalb Deutschlands immer noch entfaltet, darauf weist Moshe

Zimmermann in seinem spannenden Beitrag über die NS-Propaganda und ihre politische Instrumentalisierung durch Gesellschaftsgruppen im heutigen Israel hin. Rene Schlott verdeutlicht in seinem Aufsatz zu „NS-Filmaufnahmen in den Dokumentarfilmen der Bundesrepublik“, in welchem Ausmaß NS-Propagandabilder in das Nachkriegsdeutschland zurückkehrten, die nicht zur Aufarbeitung der NS-Verbrechen dienten, sondern oft zur (bewundernden) Ästhetisierung des Nationalsozialismus, etwa wenn sorgfältig hergestellte Propagandaprodukte wie Hitler-Reden oder Wochenschau-Sequenzen über die erfolgreich kämpfende Wehrmacht unkommentiert, ohne Kontext oder Verfremdung, wiedergegeben wurden.

Bei den Presseerzeugnissen der NS-Propaganda, anders als Film und Ton nicht unmittelbar auf Überwältigung der Konsumenten angelegt, wird in den einführenden Beiträgen von Peter Longerich und Christian Kuchler ein wichtiger, in der Geschichts- und Medienwissenschaft nach wie vor ungeklärter Streitpunkt herausgestellt: War die NS-Propaganda überhaupt so perfekt in ihrer Machart und ihrer (nur schwierig rekonstruierbaren) Wirkung, wie sie selbst es zwischen 1933 und 1945 glauben zu machen versuchte? Longerich tendiert dazu, dies zu bejahen, indem er die NS-Propaganda als „geschlossenes System“ darstellt, das sich in der reinen Kontrolle der Öffentlichkeit gleichsam selbst genügt. Kuchler hebt den Eigensinn hervor, mit dem damalige Konsumenten die NS-Propaganda rezipieren konnten. Selbst über das „Staatsgeheimnis Judenmord“ konnte sich, wer wollte, direkt und noch häufiger „zwischen den Zeilen“ informieren. Bei beiden ist die Binnensicht des NS-Staates vielleicht zu stark gewichtet, wenn axiomatisch vorausgesetzt wird, dass die NS-Propaganda ein hermetisches System erzeugen konnte. Tatsächlich aber war das NS-Propagandasystem niemals perfekt, sondern selbst in der Kriegssituation nach 1939 von Antagonismen verschiedener Akteure und Interessengruppen innerhalb der Diktatur zerfressen. Zudem gelang es nie, die Außenperspektive, also die Informationen und Deutungen der internationalen Öffentlichkeit, von der deutschen Öffentlichkeit vollständig fernzuhalten. Das NS-Propagandawesen ist vielmehr, speziell im Bereich der Presse, durch ein ständiges, mehr oder weniger erfolgreiches Interagieren mit anderen nationalen Öffentlichkeiten charakterisiert.

Dieser Punkt ist so bedeutsam, da er auch für den Umgang mit bis heute nachwirkender

NS-Propaganda wichtig geblieben ist. Die Außenperspektive liefern in dem Sammelband der Beitrag von Marc van Berkel zur Diskussion um „Mein Kampf“ in den Niederlanden und Moshe Zimmermanns bereits erwähnter sehr lesenswerter Text zum „Umgang der Opfer mit der Propaganda der Täter. Israel und die Nazis“. Als vorläufiges Fazit, die durch den Sammelband bereicherte Diskussion wird ganz sicher weitergehen, kann festgehalten werden: So eigensinnig, vielfältig und gegenläufig die NS-Propaganda in den 1930er und 1940er Jahren in Deutschland und international wirkte und genutzt wurde, scheint es auch heute noch zu sein. Anders als damals kann es uns heute jedoch leichter gelingen, die Entstehungslogiken und Zielsetzungen der NS-Propaganda zu verstehen und durch Verfremdungen, Kontextualisierungen und Außenperspektiven der Gefahr zu entrinnen, vor allem durch einen unkritischen Ästhetizismus, früher nicht geglückte Propagandaziele des Nationalsozialismus heute zu erfüllen.

Stuttgart

Norman Domeier

POLITIKWISSENSCHAFT

Zur Notwendigkeit staatlicher Herrschaft

Evrigenis, Ioannis D.: Images of Anarchy. The Rhetoric and Science in Hobbes's State of Nature, 309 S., Cambridge UP, Cambridge 2014.

Ioannis Evrigenis wird gewusst haben, dass ein weiteres Buch zu Hobbes' Naturzustand es schwer haben wird, nicht nur bereits alt Bekanntes erneut zu präsentieren. Und so wird denn auch über weite Strecken dieser Studie zitiert und beschrieben, was doch eigentlich jeder, der sich einmal mit Hobbes beschäftigt hat, wissen dürfte. Der Naturzustand ist konfliktär und ein derart großes Übel, dass jede Staatsform, die es erlaubt diesem zu entgehen, vorzuziehen sei (vgl. S. 71). Bei aller Redundanz in der Darstellung, ist der Leser aber gut beraten, diesem Werk etwas mehr Aufmerksamkeit und Geduld zu widmen. Denn Evrigenis präsentiert hier eine minutiös recherchierte Interpretation des Hobbes'schen Naturzustandes, die so bislang noch nicht geleistet wurde. Seine Interpretation gipfelt in der These

„that the difference between the state of nature and civil society is not fixed, but rather a matter of degree, since [...] the state of nature never disappears from the picture“ (S. 109, vgl. auch S. 240–245). Hobbes' Strategie bestehe darin, das Bedrohungspotenzial des Naturzustandes als ständige Option des Rückfalls latent präsent zu halten, um die Leser von der Notwendigkeit staatlicher Herrschaft zu überzeugen. Neben dieser grundsätzlichen These, die kompetent und quellenreich belegt wird, gibt es einige Detailfragen, die von dem Autor noch etwas genauer hätten behandelt werden können.

Beginnend mit Hobbes frühen Übersetzungen von Thukydides' „Peloponnesischen Krieg“ und Aristoteles' „Rhetorik“, die er beide als erster ins Englische übersetzte, versucht Evrigenis nachzuweisen, dass Hobbes nicht so sehr durch die römische als vielmehr die griechische Tradition geprägt war und jede Zuschreibung einer lateinisch-humanistischen Phase in Hobbes' intellektueller Entwicklung diese Einflüsse unterschlägt (vgl. S. 27). Diese Verweise sind zutreffend, aber der Verfasser geht seinerseits nicht auf die frühe Essaysammlung der „*Horae Subsecivae*“ von 1620 – also neun Jahre vor der Publikation seiner Thukydides Übersetzung – ein. Man kann – wenn auch nicht völlig unstrittig (vgl. z. B. Noel Malcolm „*Aspects of Hobbes*“, 2002, S. 7) – davon ausgehen, dass drei der dort gedruckten Essays von Hobbes stammen, und zwar unter anderem ein Diskurs zu Tacitus und ein Diskurs zu Rom (vgl. die Ausgabe von Noel B. Reynolds und Arlene W. Saxenhouse 1995). So wichtig das Insistieren des Autors auf Hobbes' Beschäftigung mit griechischen Denkern ist, so sollte man doch nicht versuchen, diese gegen die römisch-lateinische Tradition als Einfluss in seinem Denken auszuspielen. Evrigenis unternimmt dies auch nicht, sondern verweist auf ein nuancierteres Bild, und erklärt: „What is needed is not a ‚Greek‘ Hobbes to replace the ‚Roman‘, but a Hobbes who should be studied for what he – rather than the schools of thought that surrounded him – was“ (S. 12). Hobbes schöpfte, das zeigt der Autor versiert auf, bereits sehr früh aus vielfältigen Quellen und zeichnete sich durch seltene Kompetenz in vielen Wissensfeldern seiner Zeit aus.

Nicht unerhebliche Mühe wird darauf verwendet, die Arbeiten von Quentin Skinner (vgl. z. B. S. 94 oder 241) zu kritisieren, insbesondere dessen These, Hobbes' politische Schriften ließen sich in unterschiedliche Phasen unterteilen, da er sich erst mit dem „Leviathan“ der Rhetorik

zugewandt und diese für seine Argumentation nutzbar gemacht habe. Evrigenis verweist darauf, dass Hobbes bereits in den „*Elements of Law*“ und „*De Cive*“ davon ausgegangen ist, dass die Rhetorik nicht zu vermeiden sei, wie dies nicht zuletzt an seiner Auseinandersetzung mit Aristoteles' „Rhetorik“ deutlich werde. Insofern schließt er „trying to understand the development of Hobbes's thought in phases is ultimately unhelpful“ (S. 48).

Etwas irritierend ist Evrigenis Interpretation des allzu oft verkürzt zitierten *homo homini lupus* gleich zu Beginn des Widmungsschreibens an den Earl of Devonshire in „*De Cive*“. Die Stelle heißt bei Hobbes: „Nun sind sicher beide Sätze wahr: Der Mensch ist ein Gott für den Menschen und: Der Mensch ist ein Wolf für den Menschen [*homo homini Deus, homo homini lupus*]; jener wenn man die Bürger untereinander, dieser wenn man die Staaten untereinander vergleicht“ (Vom Bürger, S. 59). Evrigenis erklärt nun wiederholt in seiner Studie (S. 89 und 131), dass Hobbes den Menschen als Wolf für seinen Mitmenschen im Naturzustand beschreibe. Auch wenn Hobbes' Konstruktion von Naturzustand versus Staat das nahelegt, so ist eindeutig, dass Hobbes die Behauptung, dass der Mensch für den Menschen ein Wolf sei, nicht auf das Verhältnis der Menschen untereinander im Naturzustand, sondern auf das Verhältnis von Staaten zueinander, die sich, so legt es diese Stelle nahe, in ständiger gegenseitiger Bedrohung befinden, bezieht. Auch wenn Hobbes gelegentlich die zwischenstaatlichen Beziehungen als ein weiteres Beispiel für den tatsächlich bestehenden Naturzustand bemüht, so ist Evrigenis Deutung doch voreilig. Die bemerkenswerte Wendung, die Hobbes mit dem *homo homini lupus* vornimmt passt zwar nicht in Evrigenis Interpretation, aber gerade deswegen dürfte man doch eine umsichtigeren und genauere Deutung erwarten.

Diese Detailspekte bedürfen der weiteren Klärung, sie unterminieren die grundsätzliche Linie der vorgenommenen Interpretation aber nicht. Insgesamt überzeugend wird von ihm nachgewiesen, wie Hobbes das Naturzustandsargument umformulierte und zuspitzte, um mit dem Verweis auf ein *summum malum* vor Anarchie und Bürgerkrieg zu warnen und für Frieden und staatliche Herrschaft zu plädieren. Dabei wird die Entwicklung von Hobbes' Naturzustandsargument eingehend hinsichtlich der unterschiedlichen Inspirationen und Rekurse auf antike und biblische Quellen erörtert. Hobbes habe gewusst, dass weder politische Erziehung und Unterweisung,

noch die Androhung von Strafe ausreiche, um alle davon zu überzeugen, den Gesetzten des Staates Gehorsam zu leisten. „Necessary though they were, these measures would always have to be supplemented by the threat of a relapse into the state of nature“ (S. 178). Für Evrigenis kulminiert Hobbes' Argumentation im „Leviathan“, denn erst dort sei es ihm gelungen, das volle Bedrohungsszenario des Naturzustands seinen Lesern nahe zu bringen (S. 146). Es wäre lohnend gewesen zu diskutieren, inwiefern Hobbes – diesmal ohne den Verweis auf den Naturzustand – mit seinem „Behemoth“ einen weiteren Versuch unternahm, die Menschen davon zu überzeugen, dass es ihre Pflicht sei, nicht gegen den Souverän zu rebellieren und „den Gesetzen zu gehorchen“ (Behemoth, S. 45). Evrigenis deutet diese Perspektive zumindest kurz gegen Ende seiner Studie an (S. 236).

London

Peter Schröder

Gedankenspiele

Butler, Judith: Am Scheideweg. Judentum und die Kritik am Zionismus, 277 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2013 (engl. 2012).

Als Judith Butlers Buch im Sommer 2012 in den USA unter dem Titel „Parting Ways“ erstmals erschien, löste es eine vorhersehbare Kontroverse aus: Eine populäre amerikanische Wissenschaftlerin, Professorin für Rhetorik und Vergleichende Literaturwissenschaft an der UC Berkeley, mit jüdischen Wurzeln legt einen Beitrag zu Israel vor, der sich als Grundsatzkritik am Zionismus und Plädoyer für eine Einstaatenlösung liest. Doch eigentlich konnte die Perspektive Butlers in dem 2013 auf Deutsch erschienenen Band nicht überraschen, sondern war vielmehr erwartbar, auch wenn Butler hierzulande vornehmlich über ihre Schriften zur feministischen Theorie, insbesondere „Gender Trouble“ (deutsch: „Das Unbehagen der Geschlechter“), wahrgenommen wird, die in den 1990er Jahren große Aufmerksamkeit fanden und bis heute wegweisend sind.

Ihre moralphilosophischen Schriften befassen sich auch mit anderen Themen und kritisieren immer wieder den „War on Terror“ als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 und die damit verbundenen militärischen Einsätze der USA und ihrer Verbündeten, die Butler als imperialistische Gewaltakte versteht. Vor dem

Hintergrund ihres Verständnisses kolonialer und imperialer Strukturen konzentriert sich das vorliegende Buch auf Israel und den (politischen) Zionismus als Grundlage der Staatsgründung von 1948. An ihrer Position lässt die Autorin keinen Zweifel und fordert in der Einleitung die „Demontage des politischen Zionismus“ als Voraussetzung eines „Koexistenzprojektes“ (S. 16), das an Edward Suids Gedanken eines gemeinsamen säkularen Staates anknüpft. Die (theoretischen) Alternativen für einen jüdischen (National-)Staat sieht Butler in einem diasporischen Konzept, einer „Ethik der Zerstreuung“, dem aber nicht nur eine „Loslösung von einem jüdisch zentrierten Bezugsrahmen“, sondern auch einer „Loslösung von uns selbst“ vorausgehen muss (S. 39). Der amerikanisch-palästinensisch Literaturwissenschaftler Edward Said, ein Verfechter der Einstaatenlösung, konstatierte 1999, dass „classic Zionism has neither provided a solution to the Palestinian presence, nor an exclusively Jewish presence“. Doch viel weitgehender als Suids politische Ethik sind Butlers Vorstellungen einer jüdischen Ethik: Aus Suids Ausführungen zur Gestalt des Moses, in der die ursprüngliche Nähe beziehungsweise die Untrennbarkeit zwischen Juden und Arabern sichtbar wird, hebt Butler zunächst den nicht-europäischen Ursprung des Judentums hervor, dessen politische Bedeutung offenkundig ist, um daraus die „Kohabitation als Gründungsprinzip (im Sinne der Koartikulation mit der Alterität) jüdischen Daseins“ (S. 44) abzuleiten. Diese Bezüge zur biblischen Moses-Gestalt werden fast schwärmerisch ausgebreitet: Moses wird zum Urvater und Ausgangspunkt der Kohabitation, die, folgt man dieser Logik, der jüdischen Ethik schon immer immanent war. Die Moses-Rezeption von Said-Butler bietet zweifellos interessante und vielleicht auch fruchtbare Ansätze. Doch Moses und in den folgenden Kapiteln auch einige Größen der europäisch-jüdischen Geistesgeschichte des 20. Jahrhunderts, wie beispielsweise Emmanuel Lévinas und Walter Benjamin, werden hier zu Streitern gegen einen israelischen „Siedlerkolonialismus“ (S. 249) erklärt: Lévinas' „Gewalt-“ und „Tötungsverbot“ und Benjamins Reflexionen über die (Rechts)Gewalt sind Instrumente in Butlers von Redundanzen durchzogenen Zionismuskritik.

Und natürlich kommt auch Hannah Arendt zu Wort: Sie war in den 1930er Jahren in zionistischen Zusammenhängen aktiv und setzte sich zeitlebens – ab den 1940er Jahren zunehmend kritisch – mit dem Zionismus und dem neu gegründeten Staat Israel auseinander. Ihre scharfen

Stellungnahmen zum Umgang mit den Palästinensern und ihre Berichterstattung über den Eichmann-Prozess sind unvergessen und werden auch von Butler ausführlich zitiert und analysiert. Es existiert aber auch eine andere Seite, denn Arendt blieb Israel eben auch zutiefst verbunden, so schrieb sie 1969 an ihre enge Freundin Mary McCarthy: „But even I know that any real catastrophe in Israel would effect me more deeply than almost anything else“.

Aber, und darin offenbart sich ein Grundproblem dieses Buches, Ambivalenzen und Zwischentöne haben hier wenig Platz, denn so komplex und anspruchsvoll Butlers Buch auch daherkommt, eine neue Erkenntnis stellt sich nicht ein; hinter der poststrukturalistischen Diktion verbirgt sich, und das mag erstaunlich sein, wenig: wenig Differenziertes, wenig Interessantes und wenig Neues. Kurz gesagt, wird das Existenzrecht des Staates Israel mindestens für verhandelbar erklärt, die (Wieder)Ansiedlung der Palästinenser wird gefordert und, in Rückbesinnung auf die gemeinsamen Wurzeln und die gemeinsame Erfahrung der Vertreibung, soll vor diesem Hintergrund ein diasporisch-kohabitatives Projekt entstehen. Allein, es bleibt ein Gedankenspiel, wie es Micha Brumlik in seiner Rezension dieses Buches in der „Zeit“ (31. Oktober 2013) auf den Punkt bringt, „befreit von der Pflicht, über die Verwirklichung der eigenen Prinzipien auch nur einen Gedanken zu verlieren“.

Potsdam

Anna-Dorothea Ludewig

Proceedings-Band mit wirkungsvollem Filter

Hofmann, Wilhelm/Renner, Judith/Teich, Katja (Hrsg.): *Narrative Formen der Politik*, 244 S., Springer VS, Wiesbaden 2014.

Wenn disziplinäre Grenzen eng gezogen werden sollen und zugleich eine bestimmte neue methodische Ausrichtung allen Fachkollegen und -kolleginnen nahegelegt werden soll, dann wird gerne eine ‚Wende‘ verkündet, der alle folgen müssen – sofern sie weiterhin als normal gelten wollen. Mit etwas Verspätung erwischten so der *linguistic turn* und der *cultural turn* auch die Politikwissenschaft; doch sie konnten sich nicht triumphal gegen andere Traditionen innerhalb dieses notorisch vielgesichtigen Faches durchsetzen. Insofern ist es klug, jetzt nicht auch noch

den *narrative turn* zu verkünden. Der Sammelband „Narrative Formen der Politik“ tritt angenehmerweise bescheidener auf und bleibt so anschlussfähig für mehrere Felder und Schulen der Politikwissenschaft – sofern diese sich zutrauen, Untersuchungsobjekte und Methoden aus anderen Disziplinen zu integrieren, insbesondere Erzählen, Erzählungen und Erzähltheorien. Er versammelt gut die Hälfte der Beiträge (12 von 22) der Tagung „Narrative Formen politischen Denkens“, die zugleich die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft zur Erforschung des politischen Denkens im Oktober 2012 war, und kann daher als thematisch konzentrierter *proceedings*-Band verstanden werden. Am Anfang wird die Nützlichkeit und Angemessenheit der Untersuchung von Narrativen und Narrationen in der Politik theoretisch begründet; in den darauf folgenden Beiträgen wird dieses Verständnis durch empirische Beispiele erweitert, die gemeinsam eine additive *grounded theory* ergeben könnten – dieser Schritt unterbleibt aber am Schluss, sodass der Band ganz offen bleibt und eher einen Anfang macht als ein Feld autoritativ zu umgrenzen.

Es seien einige ausgewählte Beispiele skizziert. Marcus Llanque fügt dem sozialwissenschaftlichen (Narrative strukturieren die Vorstellungswelt der politischen Akteure und implizieren Handlungsstrategien) und poetologischen (politische Institutionen sind notwendig fiktional-fiktiv) ein rhetorisches Verständnis vom politischen Narrativ hinzu: In der Situation von gleichrangigen Entscheidern benötigt das auf gegenseitiges Überzeugen gerichtete Argumentieren Narrationen, die als „erzählerische Verdichtung und Strukturierung vielfältiger komplexer Handlungszusammenhänge zu einer Einheit, die eine Gesamtbeurteilung erlaubt“ (S. 14), eingesetzt werden. Llanque betont dabei den von der klassischen Rhetorik vernachlässigten Aspekt der Verbindlichkeit, denn Narrationen funktionieren auch als „Bausteine eines fortwährenden Klärungsprozesses der interaktiven Formung kollektiver Identität“ (S. 18). Die identitätsstiftende Funktion von Narrativ (Erzählen) und Narration (Erzählung) wird von mehreren anderen Autoren und Autorinnen des Bandes implizit oder explizit anerkannt. Wolfgang Bergem geht sogar so weit, den Mensch als *animal narrans* zu verstehen, „als erzählendes Wesen, als in erzählten Geschichten lebendes und in erzählter Geschichte sich orientierendes Wesen“ (S. 33). Somit lässt sich erzählend der Rahmen politischer Diskurse definieren, wobei in ähnlichen Situationen ähnliche

Erzählmuster und Topoi strategisch eingesetzt werden, wie Matthias Lemke für die Verhängung des Ausnahmezustands, Benedikt Neuroth für Datenschutzdebatten und Andreas Kruck und Alexander Spencer für das öffentliche Urteil über private Sicherheitsdienstleister nachweisen.

Auch die politische Ideengeschichte kann von narratologischen Herangehensweisen profitieren. Eva Odzuck etwa untersucht Thomas Hobbes' Vertragstheorie, die neben geradezu mathematischer Argumentation auch zentrale narrative und sogar theatralische Elemente enthält. Odzuck weist auf die Fiktionalität der Autorisierungstheorie hin, die die erschaffene Person (den Souverän) von der Intention der Erschaffer (der Untertanen) abhängig macht, wodurch die Autorisierung nicht, wie üblicherweise angenommen, unbedingt und absolut, sondern im Gegenteil bedingt und aufkündbar verstanden werden muss. Das rückt Hobbes näher an den Liberalismus als bisher gedacht. Peter Kainz untersucht Ayn Rands Roman „Atlas Shrugged“, der ausdrücklich als antitotalitärer, individuelle Freiheit preisender Text konzipiert wurde. Dabei arbeitet er die totalitären Elemente dieser in den USA sehr wirkungsvollen ‚liberalen‘ Narration heraus, die auf ein grundlegendes Problem des Liberalismus (oder zumindest seiner randistischen Variante) verweisen: Will er sozialistische Bestrebungen verhindern (etwa weil diese das Individuum unterdrücken), so muss er zu Mitteln greifen, die selbst unterdrückerisch werden. Narrative Darstellungsweise und Methodik sowie Narrative als Thema finden sich schließlich so prominent bei Hannah Arendt, dass ihr gleich drei Beiträge gewidmet sind, die den Eindruck erwecken, man könne diese Philosophin gar nicht richtig verstehen (oder von anderen Denkern wie Jürgen Habermas oder Richard Rorty unterscheiden), wenn man das Erzählen außer Acht lässt.

„Narrative Formen der Politik“ ist weder ein Lehrbuch noch eine auf Vollständigkeit ausgerichtete Übersichtsstudie. Es ist aber auch nicht das lose Sammelsurium, das man sonst von Tagungsbänden kennt. Dieser Sammelband bietet sowohl theoretische Reflexionen als auch empirische Beispiele für die Relevanz narratologischer Herangehensweisen und Themen bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Politik. Da eine Synthese fehlt (und auch das Vorwort sehr kurz geraten ist), überlässt er es dem Leser beziehungsweise der Leserin, sich ein Gesamtbild zu konstruieren – etwa so, wie Science Fiction von den Lesern verlangt, in der Vorstellung ganze Welten zu erschaffen, in denen die Geschichte dann spielen

kann. Das ergibt einen wirkungsvollen Filter: Wer den narrativen Modus beherrscht, wird den Sammelband mit großem Gewinn lesen. Aber andere mögen ihn und das ganze Thema irritierend finden. Daher ist es ein empfehlenswertes Buch.

München

Peter Seyferth

Der Liberalismus und die Vielfalt der Freiheit

Falk, Johanna: Freiheit als politisches Ziel. Grundmodelle liberalen Denkens bei Kant, Hayek und Böckenförde, 251 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2012.

Zu den großen Bannerwörtern politischer Bewegungen gehört auch dieses, und dieses vielleicht vor allem: Freiheit, *la liberté, liberty*. Da Freiheit unstrittig ein „Schlüsselbegriff des gegenwärtigen politischen Denkens“ (S. 10) ist, verdient das Buch Johanna Falks große Aufmerksamkeit, das aus ihrer an der Universität Passau eingereichten Dissertation hervorgegangen ist. Die Autorin diskutiert darin drei liberale Grundmodelle der Freiheit. Das politische Denken Kants repräsentiert ein rechtsstaatliches Modell, Friedrich August von Hayek wird als Vertreter eines wirtschaftlich-liberalen Freiheitsbegriffs dargestellt, während der Freiburger Staatsrechtler und ehemalige Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde einen sozialliberalen Freiheitsbegriff vertritt. Jedem der drei Autoren ist ein Kapitel der Arbeit gewidmet, ehe Falk im Schlusskapitel ein vergleichendes Fazit zieht und parteipolitische Zuordnungen im weiten semantischen Feld liberaler Freiheit vornimmt.

Die konzeptionellen Unterschiede zeigen sich beim Freiheitsbegriff etwa in den Varianten, in denen die behandelten Theorien negative und positive Freiheit zueinander in Beziehung setzen beziehungsweise voneinander abgrenzen. Bei Kant erfülle sich die negative Freiheit erst in der positiven Freiheit moralischer wie politischer Selbstbestimmung; negative Freiheit stelle daher nur „die Basis für die eigentliche, positive Freiheit dar“ (S. 66). Für von Hayek hingegen bildeten die beiden Freiheitskonzepte einen polaren ideologischen Gegensatz, welcher liberale Gesellschaften von sozialistischen, rationalistischen oder totalitären Herrschaftsformen trenne. Böckenförde hingegen strebe eine Vermittlung von negativer und positiver Freiheit an.

Das politische Denken Kants repräsentiert für Falk das liberale Paradigma des rechtsstaatlichen Freiheitsbegriffs. Die Darstellung setzt aber systematisch tiefer an, nämlich bei der kantischen Moralphilosophie und der Bedeutung der inneren Freiheit als Form moralischer Autonomie. Die Rekonstruktion der kantischen Ethik sowie der Politik als ausübender Rechtslehre und ihre jeweilige Verankerung im kantischen Vernunftkonzept gelingen auf knappem Raum auf eine gut nachvollziehbare Weise. Hinsichtlich des vertrackten Verhältnisses von Recht und Ethik kann Falk bei Kant keine konsistente Position entdecken. Zwar wird mehrfach die „strenge inhaltliche Trennung von Ethik und Staatsrecht“ (S. 57) hervorgehoben, dennoch soll – das zeigt schon der Aufbau der Arbeit – ein Begründungszusammenhang zwischen der moralischen inneren Freiheit als Autonomie und der äußeren rechtlich-politischen Freiheit hergestellt werden. Kants ethische Forderungen seien ohne eine ihr gemäße Politik nicht durchsetzbar (S. 55); das Menschenrecht wiederum soll seine Begründung in der Ethik finden (S. 62). Innerhalb der Kantauslegung äußerst umstrittenen Frage des Verhältnisses von Moral- und Rechtsphilosophie nimmt Falk keine eindeutige Position ein. Das Problem wird zuletzt bei Kant selbst verortet, der in der Ethik und im Staatsrecht „vollkommen gegensätzlich“ (S. 80) argumentiere.

Insofern Kant das Modell eines rechtsstaatlichen Liberalismus vertrete, hätte Falk indes die Trennungsthese durchaus stärker akzentuieren können, ohne Kant damit in ihrer Auslegung zu verfehlen. Denn es würde sowohl der kantischen Unabhängigkeit der Rechtslehre von der Moral gerecht, wie es auch innerhalb der Lehre vom Staat erlaubte, diesen auf die Durchsetzung des Rechts zu begrenzen, zumal die Autorin zu Recht betont, dass Kant allein einen Rechtsstaat und keinen Wohlfahrtsstaat begründet. Falk sucht jedoch eine Begründung des Rechts und der äußeren Freiheit in der inneren Freiheit der Ethik und unterläuft damit die kantischen Trennungen. Die freiheitsgewährleistende Rechtsordnung bei Kant wird mit einer ethischen Zweckbestimmung versehen (vgl. S. 78). Für den Zweck der Bildung eines rechtsstaatlichen liberalen Grundmodells hätte es indes nähergelegen, den zentralen *rechtlichen* Zusammenhang bei Kant zu betonen, aus dem der Staat als Rechtsstaat hervorgeht. Der Staat wird bei Kant zur Folge der Rechtspflicht des Einzelnen rechtlich geschütztes Eigentum als äußere Sphäre der Freiheit zu ermöglichen. Hierin liegt die *binnenrechtliche* Wurzel des Staates bei

Kant. Zugespielt formuliert: Eigentum ist für die kantische Staatsbegründung wichtiger als Ethik.

In der Trennung von Recht und Moral will Falk jedoch die „einzige entscheidende logische Schwierigkeit seiner [sc. Kants; DL] Philosophie“ erkennen. Diese Schwierigkeit entsteht aber erst aus der irreführenden Suche nach einer systematischen Verknüpfung beider Verpflichtungssphären. Das rechtsstaatlich-liberale Modell, an dem der Autorin besonders gelegen ist, hätte daher in der Beschränkung auf die kantische Rechtsphilosophie sogar noch an Profilschärfe gewinnen können.

Mit dem Wirtschaftsnobelpreisträger von 1974 Friedrich August von Hayek untersucht Falk einen paradigmatischen Vertreter des Wirtschaftsliberalismus im 20. Jahrhundert. Zur systematisch entscheidenden Frage wird, ob von Hayek Freiheit um ihrer selbst willen verteidigt oder als instrumentellen Wert, um menschlichen Fortschritt zu ermöglichen. Laut Falk sei letzteres der Fall: Freiheit sei ein gesellschaftspolitisches Instrument, um dem Überleben und dem Fortschritt zu dienen. Zu Recht moniert die Autorin eine Reihe von Ungereimtheiten in von Hayeks Ausführungen und Positionen, so die angebliche Belanglosigkeit politischer Partizipationsmöglichkeiten für die individuelle Freiheit oder die Art, wie von Hayek den gesellschaftlichen Druck der Mehrheit in seiner Bedrohlichkeit für ein individuell selbstbestimmtes Leben unterschätzt – ganz anders als noch John Stuart Mill, der eine Tyrannei der öffentlichen Meinung fürchtete.

Sind von Hayeks positive Lehren in sich auch widersprüchlich, so tritt er gleichwohl als Kritiker treffsicher auf, wenn er einen konkreten Gegner vor Augen hat und bestimmte Vorstellungen attackieren kann, wie die Ideen positiver Freiheit und sozialer Gerechtigkeit im Sozialismus oder die überschwänglichen Erwartungen enthusiastischer Rationalisten, die glauben, den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung planen und steuern zu können. Carl Schmitt belächelte den Liberalismus einst als eine laue Gesinnung diskutierender Bürger. In Friedrich August von Hayek, so scheint es, wird das streitbare Niveau der Freund-Feind-Unterscheidung erreicht. Der Liberalismus wird kampflustig und polemogen. Ob ein solcher Liberalismus für Schmitt satisfaktionsfähig wäre?

Von Hayeks Philosophie jedenfalls sei nur aus ihrer Abwehrhaltung gegenüber der drohenden Überhandnahme sozialistisch-sozialstaatlicher Ideale verständlich. Ein schlüssiges Denkmodell liege darin nicht. Dafür erfüllt das wirtschaftslibe-

rale Modell von Hayeks indes genau jenen Begriff, den man in Deutschland mit dem Liberalismus bedauerlicherweise zuerst in Verbindung bringt: eine zur politischen Einstellung gewordene Herzlosigkeit, welche das Laster der Gier zur Tugend stilisiert.

Falk legt analytisch messerscharf die systematische Schwachstelle des hayekschen Liberalismus offen. Es genügt ihr dazu eine Frage: Wie sollen die Schwächeren der Gesellschaft unter von Hayeks Bedingungen vom Fortschritt profitieren (S. 139)? Zwar beanspruche er, mit der optimalen gesellschaftlichen Ausnutzung des Wissens einen allgemeinen Fortschritt und eine Entwicklung zu größerem Wohlstand zu befördern. Von Hayek bleibt aber einen Mechanismus schuldig, der es verhindert, dass nur ein Bruchteil der Gesellschaft in den Genuss der fortschrittlichen Errungenschaften kommt. Da weder an Umverteilung unter der Leitvorstellung *sozialer Gerechtigkeit* gedacht ist, noch daran, dass die sozial Schwächeren auf dem Wege der *Solidarität* am Wohlstand partizipieren werden, entpuppt sich die schöne gesellschaftliche Vorstellung eines Wohlstands für alle auf freiheitlicher Grundlage als „hohle Phrase“ (S. 140).

Man kann es daher als Affirmation des altbundesrepublikanischen Konsenses lesen, wenn die Studie mit dem sozialliberalen Modell Ernst-Wolfgang Böckenfördes fortfährt. Der Wirtschaftsliberalismus wird um eine soziale Komponente erweitert, da es ohne ein gewisses Maß an Umverteilung keine gesellschaftliche Basis für die Freiheit gebe, noch nicht einmal für die wirtschaftliche Freiheit selbst. „Ein liberaler Sozialstaat schafft [...] nur ‚die sozialen Voraussetzungen zur Verwirklichung der rechtsstaatlichen Freiheit für alle‘“ (S. 197). Dementsprechend unterschiedlich wird auch der Sinn der Freiheit bei von Hayek und Böckenförde bestimmt: Diene Freiheit bei jenem dem wirtschaftlichen Fortschritt, so habe Freiheit bei diesem den Sinn individueller Selbstentfaltung in stabilen Gemeinschaftsformen.

Zu den Stärken des Liberalismus darf man seine historische Vielfalt und sogar seine inneren Spannungen zählen, die es ihm erlauben, gegenwärtige problematische Grundstrukturen moderner Gesellschaften abzubilden und durch ein variables Gefüge einander widerstrebender Kräfte auszubalancieren. Dies beweist das rechts- und staatsphilosophische Denken Böckenfördes geradezu mustergültig. Dass es in der politischen Ideengeschichte der Bundesrepublik vor allem mit einem Paradoxon verbunden wird, ist so gesehen zumindest charakteristisch. Prägnant beschreibt

Falk die Grundfrage Böckenfördes. Sie gilt den Quellen einer Gemeinschaftsorientierung im modernen Staat, der auf das Individualwohl und die Wahrung individueller Rechte angelegt sei, obgleich keine Gemeinschaft lebensfähig sei, in der nur individuelle Ansprüche zum Tragen kommen. Böckenförde gelingt eine Balancierung, indem er eine dezidiert auf das Individuum mit seinen subjektiven Rechten fokussierte Theorie der Grundrechte mit sozialstaatlichen Elementen verbindet und indem er neben den Zentrifugalkräften des individualistischen Pluralismus zugleich an jene Ressourcen von gemeinschaftlichem Ethos und Solidarität erinnert, die im gesellschaftlichen Pluralismus eben auch ihre Wurzeln haben. So gesehen repräsentiert Böckenförde nicht ein gleichermaßen einseitiges Modell des Liberalismus, wie es diejenigen Kants und von Hayeks sind, sondern ein historisch reichhaltigeres, systematisch integratives Modell, in dem die verschiedenen Freiheitselemente sorgsam austariert werden.

Falk jedoch stellt die Modelle nebeneinander. Und nur so lässt sich ihr zu von Hayek gleichsam spiegelbildlich erhobener Einwand gegen Böckenfördes Sozialliberalismus verstehen: Dieser bleibe die Antwort auf die Finanzierbarkeit seines Systems schuldig (S. 216). Dagegen ist nur in Erinnerung zu rufen, wie die Autorin selbst Böckenfördes Kritik an einer sozialstaatlichen Grundrechtsauslegung referiert (S. 174f.).

Was also heißt Freiheit für den Liberalismus und wie weit reicht sie? Für eine liberale Aufnahme des Begriffs positiver Freiheit bietet das Buch keine neuen überzeugenden Argumente. Falk lehnt meinen Vorschlag ab, den Liberalismus über die Freiheit hinaus einem ethischen Pluralismus zu öffnen (siehe Dirk Lüddecke „Welche Freiheit des Subjekts?“, in: Enders/Masing (Hrsg.): *Freiheit des Subjekts und Organisation von Herrschaft*, 2006, S. 9–22). Das meint keine „Abkehr vom Freiheitsbegriff“ (S. 231, Anm. 52), wie die Autorin annimmt, sondern es stellt den Versuch dar, den Freiheitsbegriff auf das zu begrenzen, was er leisten kann. Falk räumt selbst ein, Freiheit sei der „flexibelste Begriff der westlichen Philosophie“ (S. 210). Das muss er aber nicht bleiben. Die liberalen Einwände gegen den positiven Freiheitsbegriff sind dabei ernst zu nehmen. Man verliert nichts, wenn man den Freiheitsbegriff negativ versteht, man gewinnt aber konzeptionell an Klarheit. Wo der Begriff positiver Freiheit verwendet wird, stehen jeweils präzisere Bestimmungen zur Verfügung. Wo er illiberal verwendet wird, steht das ganze wunderbare

anklagende Sprachfeld der Bevormundung, Beherrschung und Unterdrückung zur Verfügung; und auch, wo er liberal verwendet wird, gibt es akkuratere Bezeichnungen. „Die Werte und Zwecke, denen Freiheit dienen soll“ (S. 230), brauchen nicht selbst mit dem Namen der (positiven) Freiheit benannt zu werden, sondern sind bei ihrem eigenen Namen zu nennen. Falk formuliert in ihrem Fazit: „Dass der Zustand negativer Freiheit [...] anzustreben und zu verteidigen ist, bleibt unbenommen, aber die Ausgestaltung der Freiheit muss sich zwangsläufig an anderen Werten als der Freiheit selbst orientieren“ (S. 232). Auch diese „anderen Werte“ sind dann bei ihrem Namen zu nennen, statt sie zu unzähligen Erscheinungen „positiver Freiheit“ zu erklären, ob es sich um moralische *Selbstbestimmung* oder individuelle *Selbstentfaltung*, um *liebende Hingabe* oder Formen *solidarischer Lebensteilung* handelt.

Das Buch verdient es, von vielen gelesen zu werden, um den Prozess der Selbstverständigung des Liberalismus zu befördern und dem Verständnis der Freiheit zu dienen. Die Autorin wirft einen optimistischen Blick in die Geschichte: „Dass der Liberalismus höchst verschiedene Weltbilder und politische Entwicklungen in sich integrieren kann, ist [...] vermutlich auch ein Grund dafür, warum er auf eine lange Erfolgsgeschichte zurückblicken kann“ (S. 210). Aber war sie schon so lang, diese Erfolgsgeschichte? Im Blick zurück scheinen Zweifel nicht unangebracht. Aber so muss es nicht bleiben, und die integrative Kraft des Liberalismus ist dafür gewiss zweckdienlich. Darin ist der Verfasserin uneingeschränkt zuzustimmen. Um sich politisch an Freiheit zu orientieren, dafür bietet das Buch wertvolle Klärungen.

München

Dirk Lüddecke

Skizze des Meta-Feldes

Bourdieu, Pierre: Über den Staat. Vorlesungen am Collège de France 1989–1992, 722 S., Suhrkamp, Berlin 2014 (franz. 2012).

Das Œuvre Pierre Bourdieus ist ausgesprochen umfangreich. Gleichwohl lassen sich seine Arbeiten mit den Konzepten von Struktur, Habitus und Praxis fassen. Dass diese Herangehensweise und sein Werk insgesamt dabei in der Soziologie und darüber hinaus von größtem Interesse sind, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass allein

seit 2011 vier ganzheitliche Einführungen erstmals oder als Neuauflagen erschienen sind. Weiterhin gibt es im deutschsprachigen Raum, das sehr lesenswerte, von Stefan Benhard und Christian Schmidt-Wellenburg herausgegebene, zweibändige Werk „Feldanalyse als Forschungsprogramm“ (2012), welches zahlreiche Anwendungsbereiche erschließt.

Im Fall des vorliegenden Bandes handelt es sich um die Vorlesungen, die Bourdieu in den Jahren 1989 bis 1992 gehalten hat. Sie widmen sich dem Staat, der in solch expliziter Form in seinem Werk sonst nicht eigenständig beleuchtet wird (S. 654–657). „Ich hatte anfangs nicht vor den Staat zu untersuchen: Er hat sich mir aufgedrängt“ (S. 38). Die Veröffentlichung soll den Auftakt einer Reihe machen, die neben den Vorlesungen am Collège de France auch die Seminare der siebziger Jahre publiziert (S. 653). Die Herausgabe wurde von Patrick Champagne, Remi Lenoir, Franck Poupeau und Marie-Christine Rivière geleistet und die Übersetzung aus dem Französischen haben Horst Brühmann und Petra Willim besorgt.

Als Professor für Soziologie war Bourdieu seit 1982 am Collège de France tätig. Auf diesem Olymp des französischen Bildungssystems ist man lediglich verpflichtet 26 Stunden pro Jahr, in Vorlesungen oder Seminaren, Einblick in seine aktuelle Forschung zu geben. Dabei besteht der Anspruch immer ein neues Forschungsvorhaben vorzustellen. Die Zuhörerschaft ist nicht etwa eingeschrieben, sondern aus reinem Interesse anwesend. Wie bei anderen Lehrstuhlinhabern dieser altherwürdigen Institution besteht das Interesse die Vorlesungen posthum der interessierten und wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Reiz daran ist, dass das Œuvre der Autoren in der detaillierten Auseinandersetzung während der Vorlesung weiter erhellt wird.

Betrachtet man die Struktur des Bandes, fällt auf, dass für das Studienjahr 1989/1990 nur fünf Vorlesungen eingeflossen sind. Für die beiden folgenden Jahre sind es je neun, also insgesamt 23. Die Zusammenstellung birgt insgesamt ein Fragezeichen, denn Bourdieu spricht bereits in den beiden vorherigen Jahren unter dem gleichen Titel – „A propos de l'État“ – zum Thema. Der schiere Umfang der Edition rechtfertigt ohne weiteres eine Aufteilung, allerdings wäre einer Verortung in der Vorlesungsreihe, entweder in der vorangestellten „Notiz der Herausgeber“ oder in den angefügten Ausführungen „Zur Stellung der

Vorlesung über den Staat im Werk Pierre Bourdieu“, wünschenswert gewesen.

Dem Inhalt nach handelt es sich um vorsichtig – stilistisch, Redundanzen vermeidend – überarbeitete Transkriptionen der Vorlesungen. Zum Teil sind diese von Bourdieu selber umgearbeitet und als Artikel und Bücher veröffentlicht worden (S. 13f.). Die Ursprünglichkeit der Gedankenentwicklung macht hier den Mehrwert der Lektüre aus. „Tatsächlich steht die Form, die Bourdieu für seine Vorlesungen bewußt gewählt hat, der Logik der wissenschaftlichen Entdeckung näher als einer schriftlichen, perfekt geordneten Darstellung der Forschungsergebnisse“ (S. 11f.). Dabei stellt sich ihm allerdings das Problem der Sprache beziehungsweise Vermittlung: „Eine der Schwierigkeiten, denen ich begegne, wenn ich das, was man den Staat nennt, verständlich machen will, liegt in dem Zwang, etwas in hergebrachter Sprache auszudrücken, was der Metasprache zuwiderläuft, [...]. Ich frage mich fortwährend vor allem bevor ich diese Vorlesungen halte, ob ich denn niemals werde sagen können, was ich sagen möchte“ (S. 23f.). Nichtsdestotrotz spürt man in und zwischen diesem Teil Bourdieus Fähigkeit komplexe Zusammenhänge zu vermitteln, auch wenn er sich diese Fähigkeit nicht unbedingt selbst zutraut. „Das sind die Widersprüche des Unterrichts. [...] Ich weiß nicht, wie ich die Forschung, ihren Rhythmus und ihre Ansprüche mit der Lehre, die ich an der Forschung auszurichten versuche verknüpfen soll“ (S. 36).

Die Edition ist insgesamt, zumal als Hardcover, eine runde Sache. Schriftgröße und Zeilenabstand sind deutlich angenehmer als bei den suhrkampschen Taschenbüchern. Die Zwischenüberschriften, die bereits zu Beginn des Kapitels eine Art Abstract bilden, finden sich im Text wieder und strukturieren diesen. Die Variante Anmerkungen in Fußnoten und nicht in Kapitelendnoten zu machen, erleichtert das Durcharbeiten. Die eingefügten Anmerkungen der Herausgeber und Übersetzer in spitzen Klammern sind durchaus hilfreich.

Insgesamt stellt die Sammlung der Vorlesungen aus den drei Studienjahren eine große Bereicherung für die Bourdieu-Rezeption dar. Die virtuose Verwendung seiner eigenen Begrifflichkeit und Konzepte an dem sehr plastischen Beispiel des Staates vorexerziert zu bekommen, macht seine Theorie ausgesprochen greifbar. Bourdieu war nicht nur ein herausragender Soziologe, sondern der geborene Lehrer, der es verstand sein Auditorium – in diesem Fall den Leser – mitzunehmen. Anders als bei seinen üblichen Veröffentlichungen, wo Sätze stellenweise

nahezu Seiten füllend sind, ist die Rezipierbarkeit der Texte durchgehend sehr gut. Den Vorlesungen ist ein großer Leserkreis zu wünschen und die Fortsetzung der Reihe in jeder Hinsicht anzustreben.

Rostock

Christian Nestler

Analytische Leistungsfähigkeit der Utopieforschung

Schölderle, Thomas (Hrsg.): Idealstaat oder Gedankenexperiment? Zum Staatsverständnis in den klassischen Utopien, 322 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Die Alternative, ob in den klassischen Utopien der Idealstaat oder das Gedankenexperiment die Priorität zukommt oder ob sogar die eine Lesart die andere ausschließt, soll dem Herausgeber Thomas Schölderle zufolge den konzeptionellen Rahmen markieren, innerhalb dessen die Stationen des utopischen Denkens vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart in den Beiträgen des vorliegenden Sammelbandes möglichst repräsentativ zur Darstellung gelangen. Doch rechtfertigt der Urtypus eines bis auf den heutigen Tag nachwirkenden Genres, die „Utopia“ (1516) des Thomas Morus, die Zuspitzung auf ein „Entweder-oder“? Oder lassen die klassischen Utopievarianten sich eher innerhalb eines Mischmodells verorten?

Der Herausgeber Thomas Schölderle selbst bezieht eine eindeutige Position: Für ihn ist „der Staat Utopia nicht der Idealstaat des Morus und die inhaltliche Ausgestaltung der Staatsfiktion nicht das normative Ideal ihres Autors“ (S. 71). Aber kann er die Option, „Utopia“ sei nichts anderes als ein Gedankenexperiment, durchhalten? Für ihn ist Morus ein gedanklicher Experimentator ohne normativen Standpunkt, der seine Fiktion eines „besten Staates“, verbunden mit Satire, Ironie und Humor, gedanklich durchspielt, ohne sich auf ein definitives Pro oder Contra festzulegen. Nun hat „Utopia“ in der Tat sehr viel mit einem offenen naturwissenschaftlichen Experiment gemeinsam. Aber einen Unterschied gibt es doch: „Utopia“ ist nicht bloß Ausfluss von Kausalitäten, die – von störenden Nebenwirkungen befreit – in der insularen Versuchsanordnung in Reinform zur Geltung gebracht werden. „Utopia“ hat auch einen normativen Fixpunkt, der aus der Sozial- und Regierungskritik seiner frühabsolutistischen Herkunftsgesellschaft resultiert. Ihr attestiert Schölderle, dass sich der

von Morus unterstellte Spaß in „Grenzen hält“ und „daß sie wenig Raum für die Vermutung [lässt], die Kritik sei nicht Morus' eigene“ (S. 60). Ist aber nicht in der Kritik selbst die Möglichkeit angelegt, dass es einen anderen besseren Zustand geben könnte? Und tendiert nicht dieser Ansatz in Richtung auf einen Idealstaat, der sehr wohl als regulatives Prinzip – wenn auch selbstkritisch gebrochen – politisches Handeln orientieren kann?

Die Mehrheit der in diesem Band versammelten Beiträge legen dann auch nahe, dass es sich bei den klassischen Utopien Platons (Michael Speiker), Thomas Morus' (Thomas Schölderle), Tommaso Campanellas (Peter Kuon), Johann Valentin Andreaes (Eva-Maria Seng), Francis Bacon (Ulrich Weiß), James Harringtons (Stefano Saracino), François Fénelons (Wolfgang Biesterfeld), Johann Gottfried Schnabels (Heidi Nenoff/Ludwig Stockinger), Louis-Sébastien Merciers (Herbert Jaumann), William Morris' (Peter Seyferth) und Jewgenij Samjatins (Thomas Möbius) eher um Mischmodelle handelt, die zwischen den Polen Idealstaat und Gedankenexperiment oszillieren. Diejenigen, die die experimentelle Ausrichtung betonen, können die Suche des Genres nach dem „idealen Staat“ nicht ignorieren. Aber umgekehrt trifft auch zu, dass die Ansätze, welche den Idealstaatscharakter des utopischen Konstrukts stark machen, dessen Abhängigkeit vom Gedankenexperiment voraussetzen. Der Spannungsbogen, der durch diese unterschiedliche Gewichtung entsteht, wird durch das allen Beiträgen gemeinsame Konzept des klassischen, auf Morus' „Utopia“ zurückgehenden Musters zusammengehalten.

Freilich überstrapaziert man die Integrationskraft des klassischen Paradigmas, wenn ihm, wie aus dem Beitrag von Martin Müller hervorgeht, Richard Rorty die Preisgabe der Vernunft zugunsten der Ironie empfiehlt. Denn das hat Morus dem klassischen Muster eingeschrieben: Die Ironie korrigiert die Vernunft, aber sie ersetzt diese nicht. Oder anders formuliert: Die selbstreflexive Utopie erkennt die Dialektik der Vernunft an, aber sie hält gleichzeitig an ihr fest. Doch zu einer lebendigen Auseinandersetzung mit dem utopischen Phänomen gehören auch Grenzüberschreitungen wie diese. Interdisziplinär ausgerichtet und auf einer breiten Quellen- und Literaturbasis argumentierend, gerät so der vorliegende Sammelband zu einer eindrucksvollen Demonstration der analytischen Leistungsfähigkeit des klassischen Utopiebegriffes, aber auch der deutschsprachigen Utopieforschung insgesamt.

Berlin

Richard Saage

Strukturen der Selbstbegegnung

Prinz, Wolfgang: Selbst im Spiegel. Die soziale Konstruktion von Subjektivität, 502 S., Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2013 (engl. 2012).

Herbert A. Simon, früher Aktivist im Feld der „Wissenschaft vom Künstlichen“ und Protagonist „Künstlicher Intelligenz“, sprach von medientechnischen Interfaces als Ort der „Begegnung“ des Menschen mit seinen autoaktiv gewordenen Erfindungen. Für ihn war dies eine Selbst-Begegnung von „Intelligenz als Prozess“ mit „Intelligenz als Produkt“. Prozess und Produkt wiesen darin keine eindeutigen Grenzen auf. Sie befänden sich in innovativer Dauerkonkurrenz, in selektiven, adaptiven Lernschleifen. Konstruktionen begegneten sich. Die These, Intelligenz sei ein physikalisch-kognitiver Zustand, wird immer noch als Stachel in den Debatten um Homination, Humanisierung oder um das Humane empfunden. Gleichwohl sind inzwischen etliche wissenschaftliche Ansätze auf dem Weg, die Physiologie des Gehirns, die Materialität des Denkens, die sozio-, bio- und medien-technischen Bedingungen von Wahrnehmung zu erforschen. Immer mal wieder meldet sich die Frage nach der ‚Natur des Geistes‘ und nach einem ‚im Geist‘ begründbaren Selbstverständnis des Menschen. Wissenschaftliche Kontroversen suchen dabei nach den Vermittlungsstrukturen, die die Potenzialität menschlichen Kognitions-, Abstraktions- und Synthesevermögens mit unvorhersehbaren Naturzuständen situativ zusammenbringen und zusammenhalten könnten. Noch den Gegensätzen von wahrscheinlich versus unwahrscheinlich/möglich verbunden, wird im Menschen nach dessen ‚eigenen‘ Wirklichkeitsbedingungen gesucht. „Selbst im Spiegel“ gibt einen exzellenten Einblick in Forschungen und Hypothesen dieses strukturell ‚eigenen‘, und zwar in der Reinterpretation eines Dauerbrenners: des Spiegels. Diese Metapher ist in vieler Hinsicht verwendet: psychoanalytisch, poststrukturalistisch, in der Neurophysiologie der Spiegelneuronen oder in der Medientheorie Marshall McLuhans am Beispiel von Narziss und Narkotikum. Für Prinz scheint „Spiegel“ eine Berührungsfläche zu sein, in der sich kollaterale Zustände für den einzelnen Menschen berühren und Szenen/Szenarien des Selbst bewirken.

An das Begegnungs-Argument von Herbert A. Simon musste der Rezensent immer wieder denken, während er das Buch von Wolfgang Prinz las. Es ist ein Buch, dessen umfassende

und reizvolle „konstruktivistische“ (S. 86) Argumentation der Simon'schen Frage nach der Intelligenz des Künstlichen nicht entspricht, sondern in beharrlicher Betonung des „Geistes“ Ebenen von Wahrnehmung untersucht. Bei Prinz begegnet sich „Selbst“ in einem von ihm unterschiedenen Kollektiv, dessen „Steuerung sich über mehrere Individuen verteilt“, wobei Steuerung „Szenarien“ meint, also sich immer wieder neu gruppierende agentiale Bedingungen (S. 222ff.). „Selbst“ ist für ihn umstandslos auf „Individuum“ bezogen, aber in keinem Falle freigestellt von Bedingungen, sondern erst in diesen möglich. Mit seiner Arbeit stellt sich der Autor in die Umwelt von radikalem Konstruktivismus, Neurowissenschaften, aktuellen Freiheitsdiskursen oder systemtheoretischer Skepsis gegenüber psychischen Systemen. Indem er „Individuum“, „Geist“ und „Wahrnehmung“ betont, also die zeitliche Dauer von Selbstkonzepten, muss er „Selbst“ als eine Art der „Wiedererkennung“ (S. 95) einführen. Nicht vorrangig subjektive Selbsterfahrung ist damit angesprochen, sondern die wissenschaftliche Beobachtung der Prozesse „hinter der Oberfläche des Sichtbaren“, „vom umfassenderen Gesichtspunkt einer allgemeinen Theorie der Funktionsweise von Wahrnehmungssystemen“ (S. 100). Wahrnehmung beobachtet Prinz unter Aspekten der „Rekodierung und Repräsentation der Information“ sowie als „Verwendung dieser Information als Grundlage“ für die „Berechnung“ von Bedeutung (S. 101). Fragen nach Entwurf, Kreativität, Innovationskodes werden damit nicht erfasst.

„Geist“ ist die Passage, wodurch, geschickt platziert, Kognitionsforschung zur Geisteswissenschaft wird. Geist wird auf das „Verhalten und Erleben von Individuen“ (S. 66) bezogen. Die so eingeführte psychologische „Wissenschaft des Individuums“ befasst sich mit „funktionalen Mechanismen, die sich im individuellen Geist befinden“. Der „theoretische und methodologische Individualismus“ ist zugleich einem „Naturalismus“ verpflichtet. Der Verfasser bestimmt „Naturalismus“ über die „Überzeugung, dass der elementare Aufbau unseres Geistes Bestandteil unserer natürlichen Ausstattung ist“ (ebd.). Der Naturalismus postuliere, „dass Geist und Gehirn genauso wie Lunge und Leber im Individuum entstehen und sich entwickeln“ (ebd.). Geist hat mithin „Funktion“ und diese besteht darin, „Menschen dabei zu helfen, die Welt zu verstehen und auf sie einzuwirken“. Er ist „ein Instrument, das auf die Welt gerichtet ist“; seine „Funktion“ erfüllt er durch „Bildung und Aktualisierung von Überzeugungen über ausgewählte Zustände“ (S. 84).

Damit ist nicht ausgeschlossen, dass Menschen mit ihrem Glauben über die Funktionsweise ihres Geistes, „die tatsächliche Funktionsweise des Geistes“ beeinflussen (S. 85, Hervorhebung im Original).

Die „Geist“-Frage wird von Prinz mit der Dauerfrage verbunden, ob sich „Selbst“ wissenschaftlich nur sinnvoll über die Hypothese „Spiegel“ thematisieren ließe und ob dessen soziale Figuration in der „gemeinsamen Steuerung“ (S. 222) erfolge. Vorab gesagt: Diese reduzierte Frage ist nur ein Schritt, auf das 502-seitige Werk zu reagieren, in dem der frühere Direktor am MPI für Kognitions- und Neurowissenschaften in Leipzig sein wissenschaftliches Plädoyer für die „Offenheit des Geistes“ vorlegt, begründet im Ansatz, dass „Individuen sich nur in und durch die Interaktion und Kommunikation mit anderen schaffen und erfinden können“ (S. 15).

Dreierlei fällt dabei auf: (a) „Interaktion“ wird für die geistig-anregende Kommunikation zwischen Menschen angenommen, wobei Dingen, Gegenständen, materialen Praxen und eben auch den medientechnologischen Interfaces instantaner, digitaler Kommunikation kein agentialer Platz eingeräumt wird; (b) in diesem ‚Inter‘ begründet sich das Konzept der „aus Individuen bestehenden Kollektiven“ (ebd.), in denen kollektivspezifisch „Geist in und durch wechselseitige Interaktion“ nicht emergiere, sondern entworfen und gestaltet werde. Damit ist sehr früh verdeutlicht, dass mit Geist eine „Agentivität“ und „menschliche Subjektivität“ (S. 14) gemeint ist. Die logische Folge dieser Paarung von „Interaktion“ und „Kollektiv“ ist (c) der dritte methodische Schritt, zwischen diesen eine Art semantischer Ökonomie der „Repräsentation“ zu vermuten, gefasst in der Aussage: „Dieser Rahmen betrachtet die eigentliche Funktion des Geistes als das Repräsentieren und Steuern ausgewählter Merkmale der Umgebung“ (S. 15f.). Neues, Überraschendes, Zufälliges werden nicht explizit aufgenommen.

„Repräsentation“ verweist auf Kommunikation, auf „Sprachfertigkeiten“, die „weiter als der Begriff der Sprache“ (S. 410) gefasst sind. Dieses „weiter“ schimmert in „den vielfältigen Arten von Kunstfertigkeiten der Kommunikation“ (ebd.) durch – und in den Überlegungen zu „kultureller Praxis“ (S. 412). Allerdings: Es ist kein ko-evolutionäres oder entwicklungstheoretisches „weiter“, sondern funktional, wenn Prinz schreibt, dass „Kulturen [...] Praktiken zur Beteiligung ihrer Mitglieder an Spielen des Sprechens und Geschichtenerzählens bereit(stellen)“ (ebd.).

Mit diesen Rahmenbedingungen der „Interaktion“, des „Kollektivs“, der „Repräsentation“ und „Funktion“ geht der Autor auf das Spiegel-Argument ein, das er nicht auf den „eigentlichen physischen Spiegel beschränkt“ (S. 91f.), sondern auf die Plausibilität für Selbsterkenntnis und Selbstreflexion hin durchargumentieren möchte (S. 93). Konsequenterweise unterscheidet er „externe Spiegel“, zu denen er „soziale“ und „physische Spiegel“ zählt, von „internen Spiegeln“, die er als „spiegelartige Repräsentationsinstrumente, die innerhalb des Geistes von Personen operieren“ anspricht. Leider wird dabei nicht deutlich, ob Repräsentation normativ, ordnend, setzend (bei allem: durch wen?) oder temporal, räumlich, zeitversetzt, wiederholend et cetera zu verstehen ist. Die angenommene „Agentivität“ des Subjekts reicht nicht aus, um eine „spiegelartige“ adaptive Reaktion zu erklären. Nimmt man an, dass (geistige) Re-Präsentation sowohl repetitive als auch reproduktive Dimensionen aufweisen sollte, so wird für die angesprochenen „kollektiven“ Berufsgruppen der Architekten et cetera die Erklärung unverzichtbar, *Wer Was Warum Wie* in eine repräsentative Pflicht und Hierarchie übersetzt.

Diese soziologische Queranmerkung findet ihren Hauptgrund in der Mischnutzung des Terminus „Steuerung“, der das dritte Kapitel prägt. „Steuerung“ führt Prinz in zwei Richtungen ein: „animative Steuerung“ und „agentive Steuerung“ (S. 180). Im ersten Term ist Mimik, Mimikry, Anima, Animation aufgenommen, also eine anpassende Nachahmung, die sich auf feste Repertoires, stabile Ressourcen und Funktionen bezieht. Im zweiten Term ist Agens, Agentur, Agent mitgeführt und implizit abgegrenzt gegen Actor, Akteur oder Aktant. Über „Agentivität“ führt der Autor die „Maschinerie des Willens“ (S. 219), die eben nicht nur nachahmt, sondern in die Selbststeuerung des „Kollektivs“ eingreift. Dabei umgeht Prinz den System-Begriff und setzt auf „Szenarien“ (S. 222) – ausgestattet mit kontinuierlichen Abhängigkeiten – und „Episoden“ – vergleichbar mit „alternativen Ereignisverläufen“ (S. 256). Interessant ist, wie unter diesen Voraussetzungen der Pfadabhängigkeit und der ereignishaften Episoden die „Induktion von Absichten“ (S. 259) dargestellt und die Entwicklung von „Selbst“ argumentiert wird. Beeindruckend ist die Vielzahl der Belege, über die Prinz Zusammenhänge zwischen Funktion, Repräsentation, Interaktion und Kommunikation herstellt. Sie machen deutlich, dass Selbstbestimmung kein Geschenk ist, sondern eine nach wie vor mit Erkenntnisrätseln belegte Performanz des umweltaktiven und lernfähigen Menschen.

Nimmt man die „Maschinerie“ ernst, stellt sich die Frage, wie – wenn es um „Spiegel“ geht – das Selbst sich von der Maschinerie kollektiver Steuerung abwenden kann, also wie es einen nicht spiegelnden Blick (kein maschinelles kognitives Feedback) erlangt, sich der *top-down*-Steuerung entziehen kann. Seite 292 ist zu lesen: „Wie kann unser Wesen dieser Gefangenschaft entkommen und ‚Freiheit von der Gegenwart‘ erlangen?“. Der vorgeschlagene Weg führt über „duale Repräsentation“, die eine vermeintlich lineare kognitive Architektur aus Repräsentation und Symbolischer Interaktion überwindet. Alternativ-Repräsentation scheint ein Weg. Aber was repräsentiert diese dann?

In zahlreichen Beispielen schlüsselt Prinz diese Frage auf bis zum „Jenseits der Steuerung“ (S. 408ff.). Dennoch bleibt ungewiss, was repräsentiert werden kann, wenn sich Handlung und Beobachtung vom Maschinenego oder Maschinenalter abwendet? Hier wäre es hilfreich gewesen, den nur angedeuteten Zusammenhang inzwischen weitergeführter Forschung zu Koevolution, Epigenese, Paläoanthropologie et cetera aufzugreifen und zu vertiefen. Damit widerspreche ich keineswegs den kritischen Anmerkungen zu Sprache (S. 410ff.) und den Reflektionen zu „herabgestufter Ähnlichkeit“ und Geschwindigkeit von Kommunikation (S. 417f.). Möglich aber, dass die Differenzierungen von Zeichen-, Bild-, Zahl- und Schriftsprachen, deren unterschiedsreichen Entwicklungen und biotechnischen, sozio- und medientechnischen Reichweiten andere Lösungswege statt eines „Jenseits“ der Steuerung hätte liefern können. Damit widerspreche ich auch nicht dem Satz im Epilog: „Die Selbstbestimmung des Menschen ist [...] ganz begrenzt und eingeschränkt“ (S. 427). Versteht man jede Lebenspraxis als eine koevolutionär offene, unentschiedene, selektive Adaptation, müsste die Debatte um die Freiheitsgrade und ihre veränderbare Neuzusammensetzung gehen. Dies beträfe dann auch den unerklärten Gebrauch des Terms „Kollektiv“. Das Selbst wäre dann, wie Vilém Flusser es anspricht, im Übergang vom „Subjekt zum Projekt“, und müsste lernen, ohne Spiegel zu leben.

Frankfurt a. M.

Manfred Faßler

Islamophobia in a Period of Crisis

Sniderman, Paul M. et al.: Paradoxes of Liberal Democracy. Islam, Western Europe, and the

Danish Cartoon Crisis, 200 pp., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2014.

Time and again, Muslim immigration in Western Europe has led to controversies on how to integrate them. Especially in the aftermath of violent events such as the bombings in Madrid and London in 2004/05 or the killings in Paris in January 2015, debates focused on how compatible the cultural and religious background of Muslim immigrants is with Western liberal values. The Danish Cartoon Crisis is another such incidence that lays the ground for this study. The authors consider it a particularly good moment to investigate attitudes towards Muslims, as many would expect a backlash against this group in Denmark. The main message of this study is however that no such backlash occurred. For Paul M. Sniderman, Michael Bang Petersen, Rune Slothuus and Rune Stubager this finding provides the ultimate test for the functioning of a liberal democracy: The majority respects the rights of an unpopular minority in a period of crisis. However, this does not mean that discrimination is absent in Denmark. On the contrary, it is shown throughout the book with a very clear language that Danes welcome some immigrants more than others.

The analyses are based on a series of original experimental surveys that were conducted in spring and summer 2006 and thus started at the peak of the crisis almost half a year after the publication of the cartoons. The story of the book is told in four steps. First, it is shown in chapter 2 that a large majority of Danes stood behind the civil rights of Muslims but that they clearly distinguished between Muslims and Islamic fundamentalists that are largely denied such rights. Chapter 3 focusses on the question to what extent immigrants should be supported by the welfare state. It appears that young immigrants are given the same opportunities as fellow Danes. However, this is not the case for older immigrants that are seen as having failed their duties if they are in need of welfare payments.

In the next chapter, the authors investigate the effects of cultural conservatism and economic egalitarianism on anti-immigrant sentiments. It is shown that, overall, the former plays a very important role. The latter only becomes relevant for people that are also conservative. In the final step in Chapter 5, the concept of inclusive tolerance is presented and tested. Tolerance is most often defined as the willingness to put up with people one does not like. In the present context, this would mean that Danes allow immigrants certain

rights even if they resent them. Inclusive tolerance is however "positive, affirmative, and supportive" (p. 9). The authors show that there are people that not only allow certain rights but also have truly positive feelings towards immigrants.

One of the main problems of this study concerns the fact that it is hardly about Islam and the Cartoon Crisis that prominently appear in the subtitle of the book. The large majority of experiments is about attitudes towards immigrants in general. It is of course debated in the literature whether people make a difference between immigrants in general and Muslim immigrants. However, especially in the context of the Cartoon Crisis such categorical differentiations might become very salient. Moreover, it is problematic to make claims about the (non-)effects of an event if it is not possible to compare attitudes before and after the event or with other countries where no such event took place.

It is indeed remarkable that a large majority supports civil rights for Muslims in such a context (p. 21). Nevertheless, maybe support was even more widespread before the crisis. In addition, more importantly and as emphasized by the authors: Much less support is given to Islamic fundamentalists. True liberal democrats should also tolerate extreme groups as long as they respect the laws of a country as religious faith is an inalienable right in liberal democracies. With regard to this group, an effect of the Cartoon Crisis is quite plausible.

In the end, the reader does not really know the main conclusions of this study. At various points, it is emphasized that Danes have (surprisingly) positive feelings towards immigrants. At the same time the authors conclude that their "results document strong anti-immigration sentiments" (p. 153). Moreover, they find "that when there is a socially defensible opportunity for treating immigrants differently and worse, a larger portion of the public favors a double standard than favors inclusion" (pp. 153–154).

It is repeatedly emphasized that most findings confirm earlier studies about discrimination (however only very few references to the Islamophobia literature are made) and that an important aim of this study is to show that there are also people who truly like Muslim immigrants. However, has anybody ever doubted that? Any study on anti-immigrant attitudes also shows (even if implicitly) how many people are in favor of immigrants, namely those who are not xenophobic. The concept of inclusive tolerance is not very helpful in that regard. It does not become clear

how it is different from “positive feelings”. It would only make sense if we could imagine people that have positive feelings towards a group but still deny them civic rights.

Berlin

Marc Helbling

Blinde Flecken der modernen Ökonomie

Satz, Debra: Von Waren und Werten. Die Macht der Märkte und warum manche Dinge nicht zum Verkauf stehen sollten, 318 S., Hamburger Edition, Hamburg 2013 (engl. 2010).

Debra Satz, US-amerikanische feministische Philosophin und Professorin der Universität Stanford, hat in dem vorgelegten Buch ihre langjährigen Überlegungen zum Verhältnis von Märkten, Gleichheit und Freiheit resümiert. Märkte sind nach Satz eine Art blinder Fleck der modernen Ökonomie. Scheinbar von einer unsichtbaren Hand gelenkt, sind die Eigenschaften und Funktionen von Märkten selten expliziter Gegenstand ökonomischer Theorie. Zu Unrecht, wie Satz findet, da Märkte nicht nur für die Effizienz einer Gesellschaft relevant sind, sondern auch für die Verwirklichung der Vision einer ‚Gesellschaft von Gleichen‘ eine wichtige Rolle spielen – eine Gesellschaft, in der sich alle ohne jegliche Unterordnungen begegnen können. Um diese Rolle besser zu verstehen, brauche es ein umfassenderes Marktverständnis.

Im ersten Teil des Buches beschreibt die Autorin Märkte als gesellschaftliche Institutionen, die auf Basis eines freiwilligen Tausches verschiedener Individuen der Preisbildung und Verhaltenskoordination dienen. Funktionierende Märkte entwickelter Gesellschaften sind auf zahlreiche institutionelle Hintergrundbedingungen wie Eigentumsrechte und Wettbewerbssicherung angewiesen, die weitgehend staatlich gewährleistet werden. Deshalb seien Markttransaktionen keine rein privaten Handlungen, sondern prinzipiell *auch* im öffentlichen Interesse. Zudem zeigt Satz, dass eine ausschließliche Bewertung von Märkten anhand der Effizienz keine ‚wertfreie Wissenschaft‘ ist, da auch diese Bewertung unter normativen Voraussetzungen geschieht.

Im zweiten Teil des Buches entwirft Satz ein Konzept von Märkten und Marktversagen, das Auswirkungen auf das einzelne Individuum mit seiner Präferenzbildung und seinen personalen

Beziehungen sowie die Gesellschaft als Ganzes umfasst. Dabei greift sie auf Einsichten von Vertretern der klassischen politischen Ökonomie wie Adam Smith und Karl Marx zurück: Märkte seien ein System heterogener Beziehungen zwischen sozialen Klassen und konkurrierenden Interessen. Dennoch hätten sie das Potenzial, eine Sphäre der Gleichheit zu schaffen. Diese Erkenntnisse habe die moderne Ökonomie verloren, da sie zugunsten von Formalisierbarkeit und vertiefter Analyse entscheidende Aspekte von Märkten ausgeblendet habe: Die soziale Einbettung in gesellschaftliche Verhältnisse, die Verschiedenartigkeit einzelner Markttypen sowie dynamische Aspekte.

Das Verhältnis von Markt und Gleichheit erörtert die Verfasserin anhand einer kritischen Auseinandersetzung mit dem allgemeinen und speziellen Egalitarismus als zwei Varianten der zeitgenössischen Politischen Theorie. Beide greifen nach Satz trotz wichtiger Einsichten zu kurz. Unter Bezugnahme auf ‚Titanic-Fälle‘ entwickelt sie den Kerngedanken ihrer eigenen Theorie. Wäre es ein moralisches Problem, wenn es auf der Titanic nur Rettungsboote für die erste Klasse gäbe, aber alle Passagiere ursprünglich eine gleiche Kaufkraft und vollständige Informationen über das Risiko der Überfahrt hätten? Ja – im Fall eines Schiffbruches würden die „kooperierenden Angehörigen einer Gesellschaft“ nicht mehr als Gleiche interagieren. Vom Ertrinken bedrohte Menschen wären für einen Platz im Rettungsboot zu *allem* bereit. Wo Märkte aber die Bedingungen untergraben, sich als Gleiche zu begegnen, sind sie nach Satz toxisch.

Konkrete Kriterien toxischer Märkte sind entweder extrem schädliche Ergebnisse für Einzelne beziehungsweise die Gesellschaft oder eine stark asymmetrisch eingeschränkte Handlungsfähigkeit respektive Verwundbarkeit der Akteure. Ob ein Markt toxisch ist, hängt nicht vom ‚Wesen‘ der gehandelten Güter ab, sondern von den Rahmenbedingungen, in die er eingebettet ist. Ob Regulierungen oder Verbote die angemessene Reaktion auf toxische Märkte sind, kann man nach Satz nicht grundsätzlich sagen, nicht zuletzt aufgrund der Relevanz empirischer Aspekte. Zumeist sei aber die Regulierung von Märkten die bessere Alternative als ein Verbot – da Verbote Schwarzmärkte hervorrufen, die sich jeglicher Kontrolle entziehen.

Im dritten Teil des Buches analysiert Satz sehr differenziert Märkte für Reproduktions-, Sex- und Kinderarbeit, Schuldknechtschaft und für Organe. Wo Satz konsequent anhand ihrer

erarbeiteten Kriterien vorgeht, ist dies überzeugend: Leihmutterchaften und Prostitution können tradierte Rollenbilder verstärken; manche Formen der Kinderarbeit und Schuldknechtschaft verhindern die Entwicklung zu voll handlungsfähigen Bürgern und fördern eine Welt von Unterwürfigkeit und Erniedrigung; viele Menschen verkaufen Organe nur aus einer Situation extremer Verletzbarkeit und Uninformiertheit heraus. All diese Märkte untergraben das Ideal einer ‚Gesellschaft von Gleichen‘ und sollten nach Satz reguliert werden. Demgegenüber kann die Autorin nicht in gleicher Weise überzeugen, wenn sie aufzuzeigen versucht, dass ‚essentialistische‘ Gründe zur Bewertung von Sex- und insbesondere Reproduktionsarbeit fehllaufen.

Das lesenswerte Buch fordert zum Weiterdenken heraus – auch weil es manche Fragen offen lässt. So wäre ein vierter Teil des Buches erhellend gewesen, in dem die Verfasserin stärker auf toxische Märkte des globalen Nordens eingeht und ihre Theorie an Beispielen wie Finanzmärkten oder dem Niedriglohnsektor erprobt. Auch bleibt weitgehend offen, ob Märkte ungleiche Ausgangssituationen lediglich verstärken oder hervorrufen. Hier hat Satz selbst einen ‚blinden Fleck‘: Besteht nach ihr das Hauptproblem der ‚Titanic-Fälle‘ darin, dass auf *einem* Schiff Menschen mit und ohne Platz im Rettungsboot reisen, so stellt sich die Frage, ob – um im Bild zu bleiben – nicht die Kreuzfahrtschiffe im Mittelmeer etwas mit den dortigen Flüchtlingsbooten zu tun haben. Dazu hätte Satz ihren Fokus nicht nur auf einzelne Märkte richten müssen, sondern auch darauf, inwiefern das ‚abstrakte Marktsystem‘ innerhalb einer globalen Gesellschaft – angesichts der Grenzen des Wachstums – extreme Vulnerabilität auf der einen Seite und Überfluss auf der anderen Seite bedingt. Ein Fortsetzung des Buches über ‚die Macht des Marktes‘ ist wünschenswert.

Bamberg

Johann Waas

Ein neues Dienstleistungsproletariat?

Staab, Philipp: Macht und Herrschaft in der Servicewelt, 397 S., Hamburger Edition, Hamburg 2014.

Bildet sich in Deutschland im Bereich der sogenannten „einfachen“ Dienstleistungen ein neues Proletariat heraus? Was sind die betrieblichen Bedingungskontexte für eine solche Entwicklung

– und was die Folgen für die Subjektkonstitutionen der betroffenen Beschäftigten? Diesen Fragen geht Philipp Staab in seiner (im Hamburger Institut für Sozialforschung entstandenen) Dissertationsschrift nach. Er schlägt damit einen überaus anregenden analytischen Zugriff auf Wechselwirkungen zwischen Sozialstruktur, Arbeitssituation und Lebensführung im Bereich der (gesellschaftlich weitgehend „unsichtbaren“) Repetitiv- und Normalisierungsarbeiten in Pflege, Einzelhandel, Zustellunternehmen sowie Reinigungsgewerbe vor.

In Abgrenzung zur Annahme Jean Fourastiés, dass Dienstleistungen nicht zuletzt deshalb „die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts“ darstellten, weil sie umfassender Rationalisierung nicht zugänglich seien, wendet Staab jene theoretischen und konzeptionellen Überlegungen auf einfache Dienstleistungen an, die in der Arbeits- und Industriosozologie für die Analyse (männlicher) Industriearbeit entwickelt wurden. Ziel ist es, zu klären, ob hier eine ähnliche Abwertung lebendiger Arbeit festzustellen sei, wie sie in Bezug auf Industriearbeit Proletarisierungsdiagnosen inspirierte. Basierend auf Arbeitssituationsanalysen, Experten- und Beschäftigteninterviews sowie Gruppendiskussionen zeichnet der Autor ein lebendiges Bild der Arbeits- und Lebensrealitäten der untersuchten Beschäftigten. Nach einem Überblick über einfache Dienstleistungsarbeit wird zunächst diskutiert, welche Besonderheiten Herrschaft hier aufweist. Herrschaft stelle nicht mehr die Grundlage des Arbeitsprozesses dar, sondern dessen Effekt, weil sie erst im Rahmen sozialer Aushandlungsprozesse erzeugt werde. Das Kernstück der Studie bilden neun Betriebsfallstudien aus vier Dienstleistungsbereichen, die dargestellt und miteinander verglichen werden, bevor Staab im Zuge theoretischer Verdichtung verschiedene Variationen der Herrschaftslogik im Bereich der einfachen Dienstleistungen sowie die Auswirkungen diskutiert, die jene Konstellationen von Rationalisierung und Vermachtung jeweils auf Arbeitssituation und Lebensführung haben.

Im Zuge einer kritischen Würdigung ist positiv hervorzuheben, dass Staab mit den einfachen Dienstleistungen nicht nur (prekäre) Arbeitsverhältnisse, sondern auch Arbeitsprozesse und Beschäftigte in den Fokus seiner Analyse rückt, die in Debatten der Arbeits- und Industriosozologie eine geringe Rolle spielen, und dabei erprobt, inwiefern deren analytisches Instrumentarium übertragbar ist. Zudem gibt der Anspruch, die Analyse konkreter betrieblicher Arbeitssituationen mit Rückschlüssen auf breitere gesellschaftliche

Entwicklungsdynamiken zu verbinden, einer Tradition von Arbeitssoziologie neuen Schwung, die neben wissenschaftlicher Erkenntnis auch praktische Eingriffe in die Arbeitswelt zugunsten der Beschäftigten anstrebt. In dreierlei Hinsicht ist jedoch auch Kritik angebracht: Erstens ist Staabs Annahme, einfache Dienstleistungen zeichneten sich dadurch aus, dass Herrschaft nicht als Basis, sondern als Effekt des Arbeitsprozesses fungiere, nicht recht überzeugend. Immerhin spielt die Wechselwirkung zwischen Praktiken von Herrschenden und Beherrschten im Arbeitsprozess auch in Industrie (und Industriosociologie) eine zentrale Rolle. Zudem gerieten neben technischer Rationalisierung stets auch soziale Rationalisierung sowie das Ringen um die Ausgestaltung von rationalisierten Arbeitsprozessen in den Blick. Die Arbeitssituation ist also auch in der Industrie vermachet – ein Unterschied zu einfachen Dienstleistungen dürfte allenfalls darin liegen, dass Manager ihre Politik in der Industrie stärker mit Verweis auf angebliche technische Sachzwänge legitimieren konnten, während etwa im Reinigungsgewerbe eher auf Kunden verwiesen werden dürfte. Zweitens bleibt offen, inwiefern in sozialstruktureller Hinsicht tatsächlich ein neues Dienstleistungsproletariat im Entstehen begriffen ist. Es wäre zu belegen, dass (etwa in Hinblick auf die Rationalisierung von Arbeitsprozessen) die Ähnlichkeiten zwischen einfachen Dienstleistungen und industrieller „Einfacharbeit“ die angedeuteten Unterschiede nicht überwiegen. Hier eröffnet sich ein weites

Feld für künftige vergleichende Forschung, etwa mit Fokus auf Phänomene wie Standardisierung, Universalisierung oder „Unterschichtung“, die letztlich die (oft künstliche) Grenzziehung zwischen Industrie- und Servicearbeit überwinden mag. Staabs Argument, das Dienstleistungsproletariat sei schlechter in das Institutionengefüge des deutschen Arbeitsmarktes, aber stärker in das Institutionensystem des Wohlfahrtsstaats integriert als Industriearbeiter, wäre jedenfalls in Zeiten forcierter Aktivierungspolitik zu überprüfen. Drittens fragt man sich, wie es um das Klassenbewusstsein des Dienstleistungsproletariats bestellt ist. Im Text finden sich diverse Hinweise, doch werden vor allem trennende Elemente deutlich, die Solidarisierung erschweren dürften, etwa wenn in der stationären Pflege Hausmeister, Küchenpersonal oder Reinigungskräfte den Druck durch budgetierte Kostensätze schultern müssen, während professionelle Pflegearbeit qualifikatorisch aufgewertet wird. Man wüsste gerne mehr über Widerstandsmöglichkeiten von Arbeitenden, die sich hier ergeben.

Es ist demnach schwer zu entscheiden, was der größte Verdienst von Philipp Staabs Studie ist: Einen theoretisch wie empirisch überzeugenden Einblick in einen quasi unsichtbaren Teil der Arbeitswelt zu eröffnen – oder der Umstand, dass die Studie eine Vielzahl an neuen Fragen für Wissenschaft und Politik provoziert. Wie auch immer man dies beantworten mag: Die Lektüre lohnt.

Göttingen

Nicole Mayer-Ahuja